

der fahrende skolast:  
südtiroler hochschülerzeitung, bozen  
april 1968 13. jahrgang nummer 2

**skolast**

## Gedanken zur Studententagung in Innsbruck?

Mit diesen Zeilen verhält es sich so: Vor der Studienwoche geschrieben, erreichen sie den Leser erst nachher. Der Teilnehmer weiß dann ohnehin alles über den Verlauf. Daher ist nur ein kleiner Hinweis zur Wahl des Tagungsortes, Innsbruck, und zum Themenkreis gerechtfertigt. Da ich aber nicht im Arbeitskreis des Kulturreferenten bin, schreibe ich nur persönliche Ansichten nieder.

Warum Innsbruck? Das ist diesmal die Neuheit. Sicher sind unsere Väter schon oft nach Innsbruck und Wien gepilgert, wenn sie politische Hilfe brauchten, wenn Schwierigkeiten es verlangten. Denn Österreich war anscheinend der Garant für unsere Rechte, nicht unser eigener Staat.

Jetzt aber verlangen Jugendkreise eine Neubestimmung, eine neue Standortbestimmung und wollen nicht in bloßer Abwehrmentalität verharren.

Wir wollen also aus einer Abwehrhaltung gegen Importiertes herauskommen! Wir wollen uns mehr in das Tagesgeschehen mischen, mitarbeiten an den Institutionen des Staates, im freien Wettbewerb aktiv beteiligt sein.

Sie werden sich beim Lesen dieser Zeilen jetzt schon bekreuzen, aber lesen Sie zunächst einmal weiter.

Damit wir diesen Konkurrenzkampf bestehen, in dieser aktiven Auseinandersetzung nicht einer überlegenen Kultur und einem stärkeren Geistesleben unterliegen, müssen wir mit größerer Anstrengung den Anschluß an unseren natürlichen Kulturraum, eben an den deutschsprachigen, suchen. Daß dieser im Ausland liegt, ist nun reiner Zufall. Unser Erhalten-bleiben hängt nicht nur vom Paket und von den Italienern ab, sondern von unserem Bemühen.

Daß dies unser Bemühen zu schwach sein könnte, ist möglich. Zumindest ist ein Teil der akademischen Jugend beunruhigt darüber, daß das Kulturschaffen der Welt für unser Land im 19. Jahrhundert aufhört.

Nun fahren unsere Musikkapellen mit Jodlerbegleitung ins Ausland, meines Wissens meist nach Deutschland, und wirken dort als Aussage für Südtirol, sie bringen Sympathie und Freundschaft und daß die Fremden wiederkommen mögen. Das lese ich aus jedem Kommentar (... Werbung für unser Land). Alles berechtigt.

Aber Nordtirol? Ziemlich lange haben wir zusammengehört. Radio Tirol berichtet jede Woche in einer Südtirolsendung über das Geschehen in unserem Lande. Haben aber wir noch eine Verbindung zu Nordtirol? Die Rangler rangeln noch mitsammen und aus dem Tagblatt erfahren wir sämtlichen transalpinen Aufsalat. Das ist alles. Dabei gäbe es sicher gemeinsame Möglichkeiten, angefangen von einer gemeinsamen Zeitschrift (Vorbild: Brenner) bis zu einer gemeinsamen Handelskammer.

Freilich, vor einem Stehenbleiben in Innsbruck sei ebenso gewarnt wie vor dem Nichtstun, aber suchen wir das Nächstliegende auf. Leider ist im Thema der Tagung das Wörtchen „neu“ ausgeblieben, als Attribut zur Standortbestimmung, aber vielleicht finden sich Wege einer intensiveren Zusammenarbeit.

Ein zweiter Punkt lockt uns nach Innsbruck. Wir wollen nicht identifiziert werden mit dem Bild Südtirols in Presse und Anschauung, dem Bild des letzten freien Bergbauern, des mystifizierten Landes mit den jahrhundertalten Geschlechtern, leider, wir sind nicht nur das stolze Bergvolk. Seht doch die Realität unserer Geschäftswelt, seht unsere Mädchen, die den hübschen Uniformen nachlaufen... Ein Klischeebild existiert in Österreich, man vergleicht uns mit Ostdeutschland, wie es in einem Gespräch einmal geschehen ist, man gewinnt Prozesse mit Argumenten, die irgendeinen Mythos aufleben lassen.

Die schönen Südtirolreportagen sind zu einseitig, was man erlebt, gibt dann unguete Gefühle: „Guck mal, ein Tiroler, wie ulkig!“ oder: „Schlagt sie doch tot, die Italianer!“ Dies rief eine Frau in Wien aus, meines Wissens hat niemand den Saal daraufhin verlassen.

Trotzdem, ich bin nicht glücklich über Vorhaben und Vorbereitung. Nicht alle Gruppen finde ich vertretend, nicht alle Ideen werden zum Zuge kommen. Es bleibt zu hoffen, daß die Diskussionen bereichern. Aber ich kenne ja mich selbst und unsere Pappenhäuser.

Hans NOTDURFTER  
Pressereferent der SH

## Zum Titelbild:

„Der Stammschüler“, Holzschnitt von Leonhard SCHNYDER, zeigt ein leeres Gesicht, dessen Hirn verkümmert ist und mit der Mundpartie verbunden als primitive Waffe erscheint.

# Inhalt

Hans NOTDURFTER, Die Spalte des Pressereferenten . . . . .	2
Hansotto AUSSERHOFER, Interview mit Herbert WEHNER . . . . .	3
Peter Franz FALLA, Vom Sinn und Unsinn, Katholik zu sein . . . . .	6
Die Eule blinzelt . . . . .	9
Fritz OSER, Leonhard SCHNYDER . . . . .	10
Elisabeth SCHNYDER, Gedichte . . . . .	11
Pepi ZELGER, Elisabeth SCHNYDER . . . . .	12
SH-Nachrichten . . . . .	12
Abdi Rhaman SHEKNUR, Der Golf von Akaba . . . . .	13
MAYR, NOTDURFTER, ZELGER, Interviews mit den Parlamentskandidaten . . . . .	14
Promotionen . . . . .	31

## Anschriften der Mitarbeiter:

- Hansotto AUSSERHOFER, 53 Bonn, Ellerstraße 44
- Karl GRUBER, Vintl, Südtirol
- Siegfried MAYR, 39042 Brixen
- Hans NOTDURFTER, 39042 Brixen, Millanderweg 12
- Fritz OSER, Grenchen, Schweiz
- Peter Franz FALLA, 5 Köln - Lindenthal, Klarenbachstraße 1
- Günther POSCH, 6020 Innsbruck, Höttingergasse 26
- Leonhard und Elisabeth SCHNYDER, Schweiz
- Abdi Rhaman SHEKNUR, cand. ius. (Magadiscio, Somali)  
5 Köln - Lindenthal, Klarenbachstraße 1
- Pepi ZELGER, 6020 Innsbruck, Höttingergasse 26

Jeder 1.000.000. Mensch liest den

SKOLAST

Dies trifft auf China 700,  
auf Südtirol nur 0,35

SKOLAST-

=Leser. Werben auch Sie im noch unerschlossenen Gebiet!  
Bestellungen an den

SKOLAST

Südtiroler Hochschülerschaft,  
I - 39100 Bozen, Walther-Haus.



Europagespräch:

# Wiedervereinigung Deutschlands

Ein Interview mit Bundesminister  
für gesamtdeutsche Fragen  
Herbert WEHNER

von Hansotto AUSSERHOFER, Bonn

Die Wiedervereinigung des geteilten Deutschlands ist von allen Problemen auf dem Wege zu einem vereinten Europa das schwerste und wichtigste. Um die Kluft zwischen beiden deutschen Teilen nicht noch mehr zu vertiefen, müssen lang festgehaltene Positionen aufgegeben, vorgefaßte Meinungen geändert und die ganze Problematik neu überdacht werden, um so gemeinsame Ansatzpunkte zu finden. Hierzu sind alle, die in einem demokratischen Staate leben, aufgerufen, auf ihre Art beizutragen, die Lethargie der Öffentlichkeit abzubauen und mit Gesprächen und Vorschlägen einer Lösung näher zu kommen.

Erfreulich ist es, daß in jüngster Zeit zwei christliche Arbeitsgemeinschaften, der katholische „Bensberger Kreis“ und die evangelische „Kammer für öffentliche Verantwortung“, in Studien zur Kernfrage der deutschen Politik Stellung nahmen.

Diese Gesprächsbeiträge, die aus der Besorgnis über die Stagnation der Ost-West-Beziehungen und der ständig wachsenden Entfremdung der beiden Teile Deutschlands entstanden sind, beabsichtigen weder Weisungen zu erteilen noch Ratschläge zu geben, sie legen auch keinen konkreten, in alle Einzelheiten gehenden politischen Plan vor; was sie aber auszeichnet, ist, daß sie aus dem in Jahren genoteten Kreislauf aussteigen und die Dinge transparent machen. Dadurch erscheint vieles gar nicht mehr so hoffnungslos und prädeterriniert.

Daß es möglich ist, ein gemeinsames Konzept zu erarbeiten, von Menschen aus beiden Teilen Deutschlands, zeigt die soeben veröffentlichte neue EKD-Denkschrift. Christen von hüten und drüben haben in dieser Studie ohne faktisches Finassieren, ohne propagandistische Klischees und ohne das jeweils andere System zu beschuldigen, Gedanken über die Zukunft der Welt, Europas und besonders Deutschlands angestellt. Dabei schließen sie sich der Erkenntnis an, die die heikle und für die Vereinigung Europas entscheidende deutsche Frage in den großen Rahmen weltweiter Probleme stellt.

Dem Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen und dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD, Herbert WEHNER, danken wir wärmstens, daß er sich bereiterklärt hat, unsere Fragen zur Wiedervereinigung Deutschlands zu beantworten. Wir sind dem Herrn Minister besonderen Dank schuldig, da er zum erstenmal einer Studentenzeitung ein Interview gewährte. Leider hat dieses Interview durch Kürzungen und durch die lange Wartezeit (ein Jahr) in mancher Hinsicht an Aktualität verloren.

(Hans Rink sei hier besonders gedankt für seine Hilfe bei der Zusammenstellung der Fragen.)

Der Bundesrepublik ist es trotz des intensiven Bemühens der bisherigen Regierungen und der drei Parteien des Bundestages nicht gelungen, der Wiedervereinigung des gespaltenen Deutschlands auch nur einige Schritte näherzukommen.

Glauben Sie, Herr Minister, daß angesichts dieser scheinbar ausweglosen Lage der Bundesbürger die Wiedervereinigung seines Landes noch als die „Lebensfrage der Nation“ empfunden, oder hat er sich bereits innerlich mit dem seit über zwanzig Jahren bestehenden Zustand abgefunden?

Darauf kann ich Ihnen sehr bestimmt antworten, daß sich die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland mit der Teilung unseres Landes nicht abgefunden haben. Das ist keine Vermutung, sondern das Resultat ständiger Umfragen. Außerdem darf in diesem Zusammenhang auch nicht übersehen werden, daß mindestens ein Drittel der Bevölkerung der Bundesrepublik Verwandte im anderen Teil Deutschlands hat, so daß hier schon aus familiären Bindungen heraus die Spaltung unseres Landes bitter empfunden wird. Der politische Wille des deutschen Volkes, seine Einheit wiederherzustellen, wird leider häufig mit falschen Maßstäben bemessen. Wenn auf die Frage, ob die Westdeutschen unter den gegebenen Umständen die Wiedervereinigung Deutschlands für in unmittelbarer Zukunft durchsetzbar halten, eine skeptische Antwort erfolgt, kann nicht daraus geschlossen werden, daß das deutsche Volk auf die Wiederherstellung seiner Einheit verzichtet hatte.

Seit dem Amtsantritt der neuen Bundesregierung hat sich einiges in der Außen- und Deutschlandpolitik gewandelt. Welche konkrete Aufgaben sind in der derzeitigen gesamtdeutschen Politik im Hinblick auf das Endziel einer Vereinigung vorrangig?

Es ist notwendig, ständig nach Möglichkeiten zu suchen, mit denen die Teilung überwunden oder aber zumindest die Folgen der Teilung gemildert werden können. Die Bundesregierung hat in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers und seither stets unterstrichen, daß die sich mühsam durchsetzende Tendenz zur Entspannung und Kooperation in der Weltpolitik nicht vor den Grenzen Deutschlands haltmachen darf. Wenn die großen Fragen zur Zeit nicht gelöst werden können, kommt es darauf an, für die Menschen, die unter der Teilung dieses Landes leiden, das notwendig zu Lösende unter Außerachtlassung von Meinungsverschiedenheiten möglich zu machen. Das setzt voraus, daß keine Seite auf Maximalforderungen beharrt, die praktisch auf die Kapitulation der anderen Seite hinauslaufen, sondern praktikable Lösungen für die Probleme des menschlichen Alltags anstrebt.

In seiner Tischrede in Bukarest hat Außenminister BRANDT von den „bestehenden Realitäten auf deutschem Boden“ gesprochen, von denen man bei einer europäischen Entspannung ausgehen müsse. Ist unter diesen Realitäten die Existenz zweier deutscher Staaten zu verstehen? Und inwieweit stimmt diese Äußerung mit den Überlegungen einiger FDP-Politiker (RUBIN, SCHOLLWER, LEVERENZ) und der Regierungserklärung vergangenen Jahres überein?

Ich will hier andere Politiker nicht interpretieren. Die Bundesregierung geht davon aus, daß im anderen Teil Deutschlands ein politisches System existiert, das eine in vielem gegensätzliche Ordnung hat; das können wir nicht hinweginterpretieren. Das ist Realität. Eine ganz andere Frage ist, ob wir das Regime drüben rechtens halten. Niemand kann von uns verlangen, daß wir die dort entstandene politische Ordnung, in der natürlich Staatsgewalt ausgeübt wird, zum Ausland erklären.

Halten Sie eine möglichst intensive Zusammenarbeit mit dem anderen Teil Deutschlands, besonders auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet, für notwendig, selbst wenn dadurch zunächst ganz eindeutig das drüben herrschende Regime gestärkt wird? Ist die Bonner Ostpolitik nicht immer der Gefahr entronnen, die Bevölkerung im anderen Teil Deutschlands noch mehr zu isolieren, da das DDR-Regime die Normalisierung der Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten mit einer Verschärfung des bisherigen Kurses beantwortete, wie die im vergangenen Jahr abgeschlossenen Pakte mit Warschau und Prag zeigen?

Die kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands halte ich für äußerst wichtig. Einem so weit industriell entwickelten Gebiet wie Mitteldeutschland kann man durch Manipulationen im wirtschaftlichen Bereich weder entscheidend schaden noch besonders stärken. Uns geht es allein darum, jede Möglichkeit des Kontaktes und der Zusammenarbeit zu nutzen, um das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen zu stärken und alle Bindungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands auszubauen.

Teilen Sie, Herr Minister, die Ansicht verschiedener Publizisten und Politiker, die meinen, daß sich in der Bevölkerung Mitteldeutschlands langsam ein eigenes Staatsgefühl herausbilde und gleichzeitig das Interesse an einer Wiedervereinigung abnehme?

Die Verbundenheit mit der Heimat, das Bewußtsein, durch die besonderen Umstände, unter denen man in Mitteldeutschland seit 1945 lebt, in einem besonderen Verhältnis zueinander zu stehen, der Stolz auf die Leistungen, der sich an dem Maß der Widerstände mißt, die überwunden werden mußten, sind mit dem Begriff „neues Staatsgefühl“ nicht zutreffend erklärt. Eine nicht unkritische Haltung der Bevölkerung im anderen Teil Deutschlands uns gegenüber zeugt von der Existenz eines Selbstbewußtseins, dessen Wert für die demokratische Entwicklung in Deutschland nicht hoch genug veranschlagt werden kann.

*Der neue osteuropäische Kurs der Bundesrepublik hat nicht nur im Krenl, der die neue Linie in einer unglauwbwürdigen Taktik begründet sieht, wie es die letzten Noten zeigen, sondern auch im WEISSEN HAUS, das Bonn eine härtere Haltung vorschlägt, Befremden ausgelöst (eine nicht erwartete Reaktion ausgelöst).*

*Wie beurteilen Sie die Stellung der beiden Großmächte zur augenblicklichen Ostpolitik der BRD? Anlässlich des sechsten Jahrestages des Mauerbaues sagte Bundesminister BRANDT über die Westberliner Sender: „Je mehr Freiheit das Ostberliner Regime für die Menschen gewähren würde, desto mehr anerkennende Zustimmung könnte es in der Welt finden.“ Wollte der Außenminister damit andeuten, daß bei politischen Veränderungen im Machtbereich Ostberlins eine internationale Anerkennung der DDR möglich wäre? Und käme den Bewohnern Mitteldeutschlands die Förderung der DDR zum Rechtsstaat nicht zugute, selbst wenn sie der Wiedervereinigung hinderlich wäre?*

*Ich habe auch hier nicht den Bundesaußenminister zu interpretieren. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen wäre es jedoch schon ein Fortschritt für die Menschen im geteilten Deutschland — und insbesondere natürlich für die in Mitteldeutschland —, wenn die Machthaber im anderen Teil Deutschlands Erleichterungen gewährten.*

*Das hätte natürlich Auswirkungen auf die Stellung und das Ansehen der DDR. Rechtsstaatliche Verhältnisse in der DDR würden für die Bemühungen um die Einheit in Deutschland nicht hinderlich sein. Insofern kann ich Ihrer Hypothese nicht folgen.*

*Für eine aussichtsreiche Politik der Wiedervereinigung ist es doch unerlässlich, vor allem das Vertrauen der östlichen Nachbarn zu gewinnen.*

*Könnte eine wenigstens faktische Anerkennung der ODER-NEISSE-Linie vor einem Friedensvertrag — als Voraussetzung einer Aussöhnung mit Polen — den Prozeß der Wiedervereinigung beschleunigen?*

*Die gegenwärtige Haltung des „Alles oder Nichts“ in manchen osteuropäischen Staaten läßt eine Erörterung dieser Frage wenig nützlich erscheinen. Die Bundesregierung hat zu dieser Frage zu keiner Zeit einen anderen Standpunkt eingenommen als den, daß das Problem der deutschen Ostgrenze endgültig erst in einem Friedensvertrag mit Deutschland geregelt werden kann. Sie hat ferner zu keiner Zeit einen Zweifel daran gelassen, daß sie den von ihr ausgesprochenen Verzicht auf Gewalt absolut ernst nimmt und auch bereit ist, diesen Gewaltverzicht vertraglich zu fixieren.*

*Herr Minister, was versprechen Sie sich von der neuen Studie über die politische Neuordnung Mitteleuropas, die das französische Institut für Auswärtige Politik in Paris kürzlich veröffentlichte, und die als „Lösung“ nicht die Wiedervereinigung Deutschlands anstrebt, sondern ein Sicherheitssystem, das zunächst die militärische, später aber auch die politische Neutralisierung Mitteleuropas verbürgen soll.*

*Welche Vorbehalte und Einwände haben Sie gegen die französische Studie? Können Teile daraus in den von der Bundesregierung befolgten ostpolitischen Kurs eingebaut werden?*

*Im Laufe der Zeit werden stets neue Denkmodelle und politische Studien veröffentlicht, die Anlaß zum Überdenken der eigenen Position geben, aber keine „Gebrauchsanweisung“ für politisches Handeln in einem größeren Zeitraum sein können. Dazu ändern sich die politischen Gegebenheiten und gewisse Konstellationen im eigenen und im anderen Bereich zu sehr. Ich kann deshalb nicht sagen, daß dieses oder jenes Modell, dieser oder jener Teil Bestandteil der Regierungspolitik sein wird; denn alle diese Pläne beziehen sich ja auf die Zukunft, und wir haben zunächst die Gegenwart zu gestalten. Die Studie läßt Anknüpfungspunkte an die tatsächliche Situation nicht erkennen.*

*Halten Sie es für möglich, Herr Minister, die DDR in ein System von Gewaltverzichtserklärungen durch ein bilaterales Abkommen mit der Bundesrepublik einzubeziehen?*

*Ja. Der Bundeskanzler hat kürzlich eindeutig gesagt, daß auch darüber geredet werden kann, wenn überhaupt endlich vernünftig miteinander geredet würde; das aber will die Regierung in Ostberlin noch nicht.*

*Wenn die Bundesrepublik bei ihrem Versuch, ihr Verhältnis zum Osten zu normalisieren, scheitert, und es ihr somit nicht gelingen sollte, die Öffentlichkeit für ihre Ostpolitik zu gewinnen, entsteht dann nicht die Gefahr, daß die rechtsradikalen Kräfte in der BRD zunehmen werden?*

*Nach den bisherigen Ergebnissen in der Ostpolitik kann schon jetzt nicht von „einem Scheitern“ der deutschen Ostpolitik gesprochen werden. Im übrigen ist das Problem des Radikalismus keine Frage der Ostpolitik, sondern der Festigkeit der Demokratie in der Bundesrepublik.*

*Ist die Bundesrepublik eigentlich auf die Probleme wirtschaftlicher, kultureller, gesellschaftlicher und staatspolitischer Art vorbereitet, die durch eine Wiedervereinigung hervorgerufen würden?*

*Die in der Bundesrepublik auf diesem Gebiet betriebenen Forschungen können nur Grundsatzfragen behandeln, ohne das Wann oder Wie einer Wiedervereinigung berücksichtigen zu können, so daß Ihre Frage erst nach dem Bekanntsein der Modalitäten einer Wiedervereinigung beantwortet werden könnte.*

# Vom Sinn oder Unsinn Katholik zu sein

Peter Franz PALLA, Köln

Für die katholische Weltanschauung sind an sich viele Erkenntnisse, Beweise, Lösungen usw. notwendig: „daß es Gott gibt, daß nicht nur Materie existiert, daß es eine geistige Seele gibt, daß der Determinismus nicht recht hat, daß Jesus von Nazareth sich für den Sohn Gottes erklärte, daß er eine Kirche gründete, daß er sich hinsichtlich des Weltendes nicht irrte, daß Petrus nicht nur vorübergehend eine Art ‚Kalif‘ in Jerusalem war“<sup>1</sup>. Es mag eine Zeit gegeben haben, in der theologische Streitgespräche in subtilen Argumentationen an der Tagesordnung waren und in der man derlei Diskussionen auf den gesicherten Vorhöfen selbstverständlicher und privateigener Wahrheit zu führen glaubte. Inzwischen sind wir arm geworden. Die an sich klar abgesteckten Begriffe wie Gott, Ewigkeit, Geist, Gutes und Böses, Jenseits, Seele, heilige Kirche bedeuten uns oft nur willkürlich aufgeblasene Ballons menschlicher Vereinfachung. „Alle Worte, die mehr bedeuten als Signale der unmittelbaren, vitalen Behauptung, sind uns Menschen von heute schon irgendwie seltsam und schmerzlich. Wir fassen sie nur mit Mühe und wie unter einer quälenden Anstrengung“<sup>2</sup>. Nicht, daß wir ungläubig wären. Den Unglauben praktizieren nur noch Menschen, die rückständig sind. Dieser Unglaube war zu frech und wußte zuviel<sup>3</sup>. Der Glaube — besaß auch er zuviel? Wir sind empfindlich geworden für allzu viel Licht, obwohl wir die Nacht und deren Dunkelheit nicht lieben. Die Streitigkeiten um das Monopol von Wissenschaftlichkeit verliefen praktisch zugunsten der Naturwissenschaften, und das einmal so große Arsenal von festen und fröhlichen Thesen über Gott und den Menschen und den Seligen wie auch Verdammten erscheint uns höchstens als kurioses Gerümpel altchirwürdiger Meinungen. Wo vor dem reflexen Bewußtsein das streitbare Objekt nicht mehr verifiziert werden kann, erfahren wir in besonderen Maße, daß alle irgendwie metaphysischen Begriffe und Sätze eine grundsätzlich nie abschließbare Verständnis- und Auslegungsgeschichte haben<sup>4</sup>. Dabei sind wir nicht weniger metaphysische Menschen als unsere Vorfahren. Indem wir die Geheimnisse des menschlichen Daseins vor uns kommen lassen: die Endlichkeit, die Angst, den Tod<sup>5</sup>, sind wir wirklich echt empfindlich gegen einen hohlen, angequälten Idealismus<sup>6</sup>, und wir haben den Eindruck, dahinter gekommen zu sein und nichts dahinter gefunden zu haben<sup>7</sup>.

Dazu kommt der fast unerträgliche und grundsätzlich immer mögliche Pluralismus unserer konkreten, geistigen Umwelt betreffs der letzten Deutungen des Daseins, den letzten Haltungen, auf die alles ankommt. Der Mensch erlebt sich täglich mitten in seiner Verwandtschaft, auf dem Feld seines Berufs und im öffentlichen Leben als der „Anders-denkende“<sup>8</sup>, oder man verstummt in körglicher Freundschaft, welcher tröstende Worte fremd sind. Das Buch der Schriften, die Heilige Schrift, nimmt in unseren Familien zwar ihren alten Ehrenplatz ein, zum Teil findet man sie als Gute-Nacht-Lektüre in bestimmten Hotels und Pensionen... Auch sie empfinden wir zunächst als Echo einer untergegangenen Welt, als Aussage in Funktion eines Weltbildes, das uns fremd geworden ist<sup>9</sup>. Wenn wir davon absehen, wie hilflos wir gegenüber bestimmter Praktiken und Imperativen der katholischen Kirche sind, so spitzt sich unsere geistige Situation noch mehr zu, indem wir bedenken, daß kein durchschnittlicher

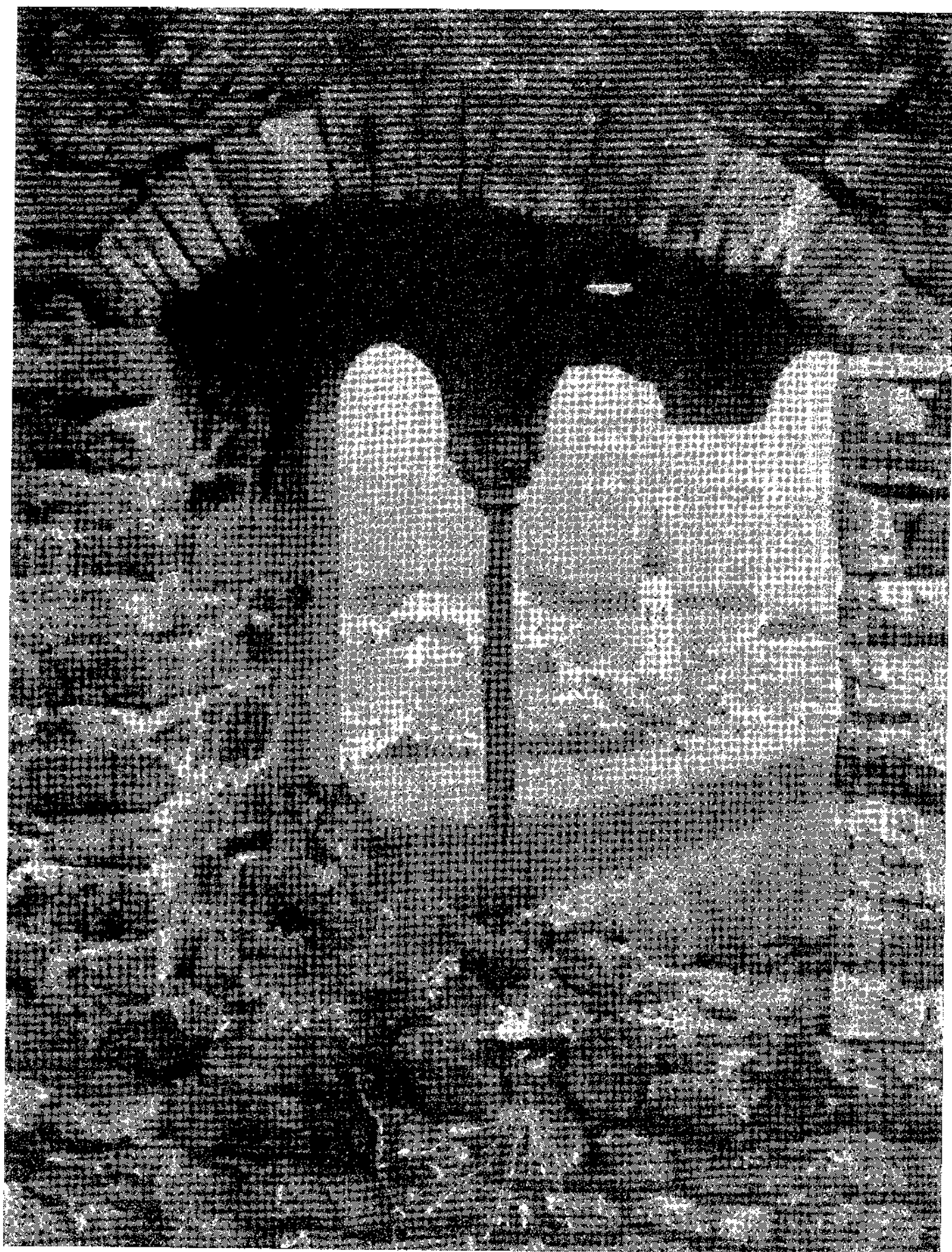
Mensch das wissenschaftlich anzuarbeiten in der Lage ist, was die christliche Weltanschauung in sich doch rechtfertigen könnte. „Wie kann in dieser Lage ein sachlich berechtigtes Glaubwürdigkeitsurteil des Katholiken zustande kommen?“<sup>10</sup> „Wie und warum kann an eine existentielle Ganzheit im ‚Menschen und zwar in durchaus rationaler Weise appelliert werden, die verständlich macht, daß man das Ganze des Glaubens haben kann, ohne dieses Ganze hinsichtlich seiner rationalen Glaubwürdigkeits-Gründe aus allen seinen unabherrschbaren Elementen synthetisch aufgebaut zu haben?“<sup>11</sup> Und selbst dann, so meine ich, besteht für uns moderne Menschen nicht die sichere Chance, bei einer rationalen, restlos aufgearbeiteten und gefestigten Weltanschauung eben diese Weltanschauung als absolut zu erkennen, da wir den Sinn für den absoluten Anspruch unserer Erkenntnis nicht mehr verstehen können. Die unsere Existenz, sofern wir geborene und christlich erzogene ‚Christen‘ sind, betreffende Schizophrenie zwischen Erfahrung und Kirche mit dem Gesamt ihrer Ansprüche erscheint vielen als tödliche Krankheit — uns selbst als bittere Situation. Das Mißverständnis zwischen der älteren und jüngeren kirchlichen Generation erhärtet sich, zumal wir in ungeschminkten Aussagen über Werte sprechen, die unseren älteren Mitmenschen derselben Kirche selbstverständliches Brot (Besitz) sind. Wir vermögen keinen Unterschied zwischen Menschen zu entdecken, von denen die einen sagen: Wir glauben an Gott! und die anderen meinen: Wir glauben nicht an Gott!, solange beide Gruppen Menschen umbringen, herrschen und verachten, solange beide Gruppen absoluten Glaubwürdigkeitsanspruch erheben, sich als allein seligmachend anpreisen, während wir lieber prinzipienlos mit dem Menschen in seiner armseligen Freiheit sprechen, von ihm hören möchten. Nach der Geschichte vielfacher Waffensegnungen, in einer Gegenwart von als Soldaten Christi (Kardinal SPELLMANN) dekretierten Vietnam-Soldaten sind wir jedweden Prinzip des Menschen mißtrauisch geworden und möchten es vertauschen mit dem echten Dialog.

Das Problem für uns junge Mitglieder der Kirche stellt sich also folgendermaßen: Gibt es für uns — in unserer geistigen Situation — die Möglichkeit, noch echtes Mitglied der Kirche zu sein oder bleiben nur die radikale wenn auch schmerzliche Trennung oder das desengagierte Mittum, was höchstens Ausdruck eines langweiligen Lebens sein kann? Denn wo in den ersten Fragen und Stellungnahmen nur bürokratische Beruhigungstabletten genommen werden und noch dazu schadenlos verdaut werden können, da ist ein intensives, persönliches Leben unmöglich. Das Leben ist Anstrengung und Austausch. Auswärtisch jedoch ist nur möglich in einer vorhergehenden Stellungnahme zum Mitmenschen. Diese Entscheidung aber geschieht bewußt oder unbewußt, indem wir die letzten Fragen des menschlichen Daseins vor uns kommen lassen und ausrufen. Wo das geschieht, geschieht die Stellungnahme innerer Wahrhaftigkeit. Innere Wahrhaftigkeit aber ist das Gegenteil von einfachem Mittum und verträgt sich schlecht mit leeren Hülsen eigenen Tuns.

In der sich immer mehr ausbreitenden Stadt- und Industriegesellschaft, in der Gesellschaft des zunehmenden Wohlstandes, des guten Geschmacks, sprechen nur wenige oder niemand von Gott. Einfache Geister werden nervös und fühlen

sich in der hominisierten Welt nicht mehr wohl (hominisiert bedeutet nicht unbedingt menschlich!). Sosehr die katholische Kirche früher besessene Machtpositionen aufgab, bestehen doch Tendenzen, bleiben die Tendenzen, katholische Zentren aller Art zu errichten. Die Fülle von katholischen Blättern, die katholische Jugend, die katholischen Heime, alles Versuche, eine — wie man glaubt — in sich heidnische und böse Welt sakralisieren zu müssen. Alles in allem handelt es sich um verlorene Posten. Die jungen Menschen suchen ihre eigene Welt, leben nach ihrer eigenen Moral. Sie behaupten nicht, daß sie absolute, für alle verbindliche Werte finden, aber sie kehren — ich glaube nicht zu überreiben — der Kirche als institutioneller Heilmutter den Rücken. Sind sie oder wir deswegen gottlos und areligiös geworden? Sind wir immerhin einmal getauft, katholische Studenten gottlos, wenn etwa in den verschiedenen Städten mit 20.000 Studenten nur 200 ‚katholisch‘ praktizieren? Oder wenn kaum jemand von uns sein moralisches Verhalten an den sittlichen Imperativen der offiziellen Kirche mißt? Sind wir areligiös, ehrfurchtslos, wenn wir um keinen Preis mehr den devoten Sinn für kirchliche Hierarchie als Hierarchie haben? Sind wir gottlos, wenn viele von uns kommunistisch denken, vielleicht nihilistisch, zumindest platt materialistisch und auf die Frage: Glaubst Du an Gott? fast verständnislos zurückfragen: Was meinst Du da? Ohne daran zu erinnern, welches Christus- und Gottesbild uns die kirchlichen Amtsträger in der Jugend mitgegeben haben und ohne daher den Grund unserer Abwehr bestimmter Gottes und Christusbilder angeben zu können, steht fest, daß wir kein Bild von Gott haben. Psychologisch nicht und auch nicht theoretisch... Sind wir also deswegen, obwohl als Christen geboren und erzogen, gottlos? Manche sagen es. Wir wissen es nicht. Daß wir uns doch fragen, ob wir wirklich gottlos seien, beunruhigt uns... manchen von uns. Warum fragen wir, da wir das Wort Gott praktisch nicht mehr verstehen können? Warum fragen wir nach unserer Beunruhigung, ob wir wirklich gottlos sind? Warum beunruhigt uns unsere Beunruhigung, wo wir diese sehr leicht psychologisch zu erklären vermöchten? Weil wir den ‚Fehler‘ begehen, nicht ganz Manager zu sein oder zu werden, unser Leben nicht ganz als abgeleitete Funktion des rationalen Fortschritts unserer Gesellschaft zu betrachten. Wir begehen jedoch nicht den Fehler, sondern wir selbst sind dieser Fehler. Mehr als vielleicht je zuvor überraschen wir uns mit den letzten Fragen in der Form der Erfahrung des Sichtenziehens der selbstgeschaffenen Welt in eine neue Unverfügbarkeit, die Erfahrung der Verantwortung des schöpferischen Menschen von einem schauervollen Ausmaß, die Erfahrung der abweisenden Härte und Nüchternheit der neuen Welt und endlich die Erfahrung, daß das welthafte Schöpferium des Menschen gar nicht sein Leben adäquat bestimmen kann<sup>12</sup>. „Er erfährt sich als der, der sein Leben wie nur in einem Ideal investieren kann, der die Summe dieser seiner Haltungen selbst nie als die berechnete und beherrschte vor sich bringen kann, um sich selbst in der Geglücktheit einer solchen Synthese zu genießen“<sup>13</sup>. Die fast unerträgliche Pluralität unseres Ichs beunruhigt noch umso mehr, wo der alles umfassende ‚Gott‘ einer christlichen Erziehung selbst einen perschwindenden Posten in dieser Pluralität eingenommen hat, und wo in unserem Be-





Kirche und Tradition

Foto: Karl GRUBER, Vintj, Blick von Schloß Baimont auf St. Pauls.

wußtsein die Aussage des göttlichen Daseins, die letzten Fragen des menschlichen Daseins, die wir selbst sind, vor uns kommen lassen, dann können wir noch einmal die Frage stellen, ob wir gottlos sind oder ob wir uns als Gottlose bezeichnen müssen, weil wir die Beziehung zur Kirche verloren haben, oder weil wir niemals die rationalen Begründungen und wissenschaftlichen Forderungen der christlichen Weltanschauung als einzelne aufarbeiten können noch möchten. Daß nicht Wissenschaft, sondern der Austausch und das liebende Gespräch über die menschliche Situation selbst unserem Leben Endgültigkeit verleihen, insofern der geheimnisvolle Charakter des anderen niemals ganz von mir funktionalisiert werden kann, befreit uns vom Dünkel und Gefängnis einer klaren Weltanschauung hin zur Person. In der Zeit des Todes Gottes (im weltan-

schaulichen Sinne!), in der Zeit, in der man den Eindruck hat, Gott -- so es ihn gibt -- müsse sich selbst rechtfertigen: or einer gequälten Kreatur, die der Rechtfertigung nicht bedarf<sup>19</sup>, erfassen oder erfahren wir die selbstverständliche Unentrichtbarkeit der Verbundenheit eines um sich Wissen- den und sich selbst aufgebürdeten Daseins auf das absolute Geheimnis<sup>20</sup>. Das absolute Geheimnis des Lebens, der Wirklichkeit, dem wir in unserem menschlichen Dasein -- bewußt oder unbewußt -- immer gegenwärtig sind. Oder warum sind wir uns im Gespräch, in der Liebe, doch irgendwie endgültig, absolut, obwohl wir uns selbst als Leere erfahren?

zur Gänze funktionalisieren lassen, insofern sie sich innerschon dem Ganzen stellen -- nach dem Bestand, der Endgültigkeit fragen, so weigern wir uns selbst endgültige Antworten zu geben, da gerade die Situation unserer geheimnisvollen dialogischen Existenz eine Antwort vom grundsätzlich anderen erheischt. Wäre dem nicht so, wäre unsere Situation keine grundsätzlich dialogische, sondern nur nebenbei. Daher öffnen wir uns, insofern wir wahrhaftige Menschen sein wollen, weil die Monologe, die wir mit uns selber führen und in denen wir nur uns selber wiederholen, uns längst zur Verzweiflung getrieben hätten<sup>21</sup>. Wir akzeptieren den archimedischen Punkt außerhalb unser selbst, da wir in unserer reinen Subjektivität verzweifeln müßten. Wir brauchen einen Punkt außerhalb unser selbst, „der

Unsere Gedanken sind karg geworden. Sie begnügen sich mit dem Erklären und Beschreiben, mit dem theoretischen Erfassen objektiver Sachverhalte (objektiv = gegenständlich). Trotz des glanzvollen Fortschrittes ist uns Gottlosen -- bewußt oder unthematisch -- ständig die Bitte um die Erfahrung lebendig, daß der Mensch nicht nur die versperrte Höhle seiner eigenen Nichtigkeit sei, sondern auch das schöne gesegnete Land<sup>14</sup>. An die Stelle sicherer Gottesbeweise, der Anerkennung von Dogmen, der Heilsgewißheit, tritt ein Bitten, welches nicht immer -- eher selten -- reine Hoffnung ist. Es ist ein Versuch, ein Sich-Beschränken auf den Menschen, dessen Gültigkeit wir möchten. Gleichzeitig jedoch erfahren wir, daß der nie überholbare Wert, der Sinn beglückender Gegenart nicht im Menschen sein kann. Menschliche Ideale, menschliche Vorstellungen und Wünsche -- seien sie noch so erhaben und groß -- erwiesen sich als hohl. Wir wissen, daß der Mensch um Gottes willen Menschen verachtete, tötete, daß der Mensch um der Freiheit willen zum Schrittmacher der Guillotine (Merleau-Ponty) geworden ist... werden kann. Wir möchten ohne Ideale, ohne Systeme leben -- aber nicht ohne den Menschen.

Was anderes ist der Mensch aber, wo anders ist der Mensch gerade Mensch als im Dialog, im Austausch? Im anderen Menschen -- falls wir einen offenen Sinn haben -- begegnen wir einer Wirklichkeit, die in ihrem grundsätzlich niemals aufhebbar Geheimnis uns selbst zum niemals aufhebbar Geheimnis macht. Im Gespräch des Du erfahren wir die Einheit des Geheimnisvollen in größter Verschiedenheit personeller Zweierheit. So erfahren wir die Ideale, die weltanschaulichen Beweise und Ansprüche als leere Selbstgespräche, während wir das Geheimnis des anderen und damit unser eigenes entdecken. Die Freiheit des anderen und damit die unsere, und in dieser Freiheit wird jene Notwendigkeit bewußt, die wir als Dialog bezeichnen. Dialog als die Offenheit, als die Bereitschaft das Wort des anderen prinzipiell und immer als sein Wort anzunehmen und nicht bloß aus jener Toleranz, die hingenommen wird, weil einem die Macht fehlt, den anderen zu vernichten<sup>16</sup>. Es ist die „Demut eines empfänglichen Geistes, Bereitschaft zur Wandlung, Mut zum Schmerz einer neuen Erkenntnis<sup>17</sup>. Nun wird die Erfahrung wirklicher Wahrheit möglich, da sie neu in uns eindringen, uns aufsuchen, bedrohen, uns in die Gegenden des Geistes zwingen kann, in denen wir die Einsicht nicht mit der Gewohnheit verwechseln können, in denen wir uns nicht zuhause fühlen<sup>18</sup>.

Wenn wir diese von uns als notwendig erkannte Möglichkeit annehmen -- sie bedeutet Anstrengung -- wenn wir nicht zu milde geworden sind im Trommelfeuer der Fragen: Akademiker wo stehst Du? und im weltanschaulichen Geplänkel noch einmal

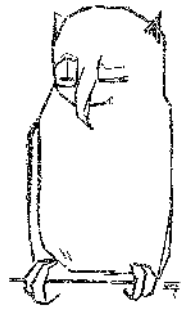


Staat und Kirche  
(„l'arma benemerita e la fede cattolica")  
Foto: Karl GRUBER, Vinil

Wenn uns in der Begegnung mit dem anderen Menschen das Geheimnis bewußt wird, wenn wir so erst im Dialog die Menschen werden, die -- da sie sich nicht

nicht der autonomen und unkontrollierbaren ideologischen Wandelbarkeit der eigenen Subjektivität ausgeliefert ist<sup>22</sup>, also die Gemeinschaft, die Erfahrung langer Zeiten. Im Alltag versuchen wir den Sinn, den Bestand jeweils in der liebenden Antwort des Mitmenschen. Wir verzweifeln nicht ob der Seltenheit unseres Gelingens und umfassen gerade in echter Liebe die Brüchigkeit des anderen -- und sei es, wenn diese erst durch dessen Tod offenbar würde. Die Antwort des Mensch jedoch ist zu klein. Trotzdem und grundsätzlich kann vom anderen her eine je für mich endgültige Antwort gegeben werden, für den Augenblick eine unendlich selige, um nicht vielleicht der befreienden Dimension des Austausches bewußt zu machen, um grundsätzlich zu erfahren, daß nur von einem Du her die beständige Seligkeit des ge-





## blinzelt

## Von der Schönheit unserer Hörsäle

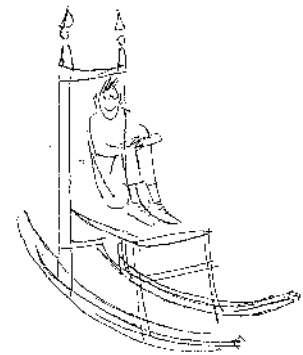
«Und in den Sälen, auf den Bänken vergeht mir Hören, Sehn und Denken.» Ihnen auch? In Abwandlung eines berühmten Ausspruchs könnte man rufen: Sage mir, ob Dir Hören, Sehen und Denken vergeht, und ich sage Dir, was für ein Mensch du bist. Sie haben es schon erraten: es geht um die Hörsäle und die Hörbänke in unserer Universität und um die Frage, ob das notwendig auch Denkbänke sein müssen. Die Fragestellung lautet genauer so: Müssen die Bänke und Säle in unserer Universität so sein, wie sie sind, oder ist es denkbar, daß sie auch anders wären? «Denkbar» selbstverständlich. Folgen Sie mir bitte auf der Höhenwanderung in Gefilde der Phantasie, die ich Ihnen abverlangen werde:

Ort der Handlung: Universität. Ein angenehmes Schnurren läutet die Stunde x Uhr 15 ein. Man begibt sich gemütlich in die Hörräume. Um x Uhr 15 betritt der Dozent den Raum. Herzlichkeit um sich verbreitend begibt er sich zu seinem Polstersessel und zündet sich eine Zigarre an, denn er ist zufällig Raucher. «Entschuldigen Sie, Kollege X, Sie rauchen ja auch, darf ich Ihnen eine vom Unterrichtsminister gestiftete Zigarre anbieten?» «O, danke, selbstverständlich gerne!» Angenehme Tabakswolken breiten sich im Raum aus. Die Damen essen Kekse und trinken Limonade oder Kaffee, den der Pedell schon vor Beginn der Stunde liebenswürdig serviert hatte. «Ist jemandem in der vorigen Stunde etwas unklar geblieben?» Einige Damen und Herren melden sich. Nach einer Viertelstunde sind alle Unklarheiten beseitigt und man schreitet in der Wissensvermittlungs- und -verarbeitungs-

keit weiter. Auf eines ist unser scharfer Blick noch gefallen: Im Hörsaal, d. h. Raum, stehen eine ganze Menge Schaukelstühle. Sie haben richtig verstanden: Schaukelstühle! Wie kam man auf diese Idee? Ganz einfach: der Ordinarius hatte sich durch zahlreiche psychologische Experimente davon überzeugt, daß Schaukelstühle eine entspannende und lösende Wirkung auf 80% der Gemüter haben, und diese 80% sitzen jetzt in den Schaukelstühlen, während die anderen in gemütlichen Polstersesseln Platz genommen haben. So schafft man also das richtige Klima zur gemeinsamen geistigen Arbeit! Daß wir eines nicht vergessen: natürlich sind im Hörsaal auch Vorhänge an den Fenstern und an den Wänden hängen Bilder, angebracht vom Zentralausschuß für Raumverschönerung der Hochschülerschaft. Und eines ist besonders wichtig: selbstredend hat sich in diesen gemütlichen Hörräumen eine schier unwahrscheinliche Studierlust ausgebreitet.

Was der Blödsinn soll, den Sie jetzt gelesen haben? Natürlich bin ich nicht der Ansicht, daß der sogenannte Bildungsnotstand überwunden wird, wenn alle Studenten bei den Lehrveranstaltungen anfangen Zigarre zu rauchen oder Apfelstrudel zu essen. Aber gestehen Sie mir folgendes zu: Zur Zeit herrscht immer noch das allgemeingültige Dogma, daß man nur in kahlen Sälen sachliche Wissenschaften betreiben könne. Kennen Sie jemanden, der in einem kahlen Saal schon einmal eine Doktorarbeit geschrieben hat? Wohnen Sie in einer kahlen Bude, in der kein einziges Bild hängt, um darin Ihre Wissenschaft zu ungehobten Blüten zu treiben? Wahrscheinlich nicht. Aber in der Universität gehört das zur Selbstverständlichkeit. Warum eigentlich? «Man sieht nichts Grünes, keinen Baum, und in den Sälen, auf den Bänken vergeht mir Hören, Sehn und Denken» (Goethe).

güpo



heimlichscollenen Daseins möglich wird. So verstehen wir, daß unsere Entscheidung vor den letzten Fragen des menschlichen Daseins niemals private Sache sein kann, da diese Entscheidung nur sinnvoll wird im Vollzug des personalen Gesprächs, insofern eine rein private Stellungnahme zum Geheimnis, das zunächst wir selbst über uns selbst hinaus sind — deswegen sind wir Geheimnis —, zu kurz bemessen die grundsätzliche Offenheit auf den anderen übersteht und gerade so aus zu partikulärer Sicht niemals zum Ganzen Stellung nehmen kann. Unsere geistige Anstrengung führt daher immer weg von Vorurteilen, Ideologien, Systemen — das Geheimnis schließt System aus — hin zum anderen, zur Gemeinschaft, zur ganzen Wirklichkeit, die uns, jeweils dem Ich als personales Du begegnen kann.

Ob das alles ist? Von unserer Seite ja. Denn damit entfernen wir uns von einem weltanschaulichen Bühnenspiel des Glaubens oder Unglaubens, von den blinden Vorwürfen gegen eine für unsere Begriffe unkirchliche Kirche, vom pseudoengagierten Kritizieren der Stellungnahmen anderer, von der Frage, ob wir gottlos oder gottselig seien, vom erbärmlichen Begehrenwollen der anderen zur eigenen Seligkeit, vom feierlichen Erklären, daß die Welt doch gut sei und daß man auch als Late Gott dienen könne, dann entfernen wir uns vom religiösen Bereich klembürgerlicher Behüßigkeit, vom Streit der Unwissenschaftlichkeit oder Wissenschaftlichkeit des Glaubens und beginnen langsam zu verstehen, daß die Möglichkeit unserer Zugehörigkeit oder Nicht-zu-Gehörigkeit zu einer Glaubensgemeinschaft nicht von uns allen abhängt. Dann verstehen wir vielleicht, daß unser Glaube nicht identisch ist mit dem rationalen Zustimmung oder Nichtzustimmen bestimmten abstrakten Theorien gegenüber, sondern daß Glaube von unserer Seite aus gesehen nichts mehr bedeuten kann als die Offenheit, als die Armut, die Bereitschaft, als die Hingabe an den Menschen. Wo diesem Glauben die selige Erfahrung der Wahrheit der Auferstehung geschenkt ist, wo mehrere von uns die Beständigkeit Christi erfahren, da mögen sie sich glücklich und dankend Kirche nennen — auch für die anderen —, da sie wissen, daß ihnen in wunderbarer Weise bewußt wird, was der ganzen Welt schon geschenkt ist, daß nämlich unser ganzes Leben, die Anstrengung, Liebe, unser Irren, Sterben, umfaßt sind von dem alles vollendenden Geheimnis Gottes in dem fleischgewordenen Sohne. Dieser Glaube, falls er uns so geschenkt wird, „dieser bittere, schwere, aber zöhe Glaube ohne falsches Pathos ist ein ständiges Herrhilf-meinem-Unglauben, ist getragen von der letzten Kraft unseres Herzens und ist in einem die letzte Kraft für unser Herz. Er ist darum nicht neugierig“<sup>22</sup>. Er weiß, — oder es ist ihm selbstverständlich —, daß Kirche nicht sichbare Unfehlbarkeit bedeutet. Geist der Kirche bedeutet, daß das tätige Subjekt der Kirche, der Lehrverkündigung und Lehrentwicklung als sündiger und beschränkter Mensch vom Erbarmen und der Wahrheit Gottes umfaßt<sup>23</sup> bleibt. Irrtum, Übereilung, theoretische Primitivität sind kein Nachweis, daß Gott in dieser Idee seine Wahrheit nicht bezeugt, sondern daß menschlicher Irrtum sich offenbart<sup>24</sup>.

Wo wir so glauben dürfen, daß dieses unser armseliges und schizophrenes Leben sich schon umfängen weiß von der Liebe Gottes, dort können wir unbefangen und geduldig den unverwalteten Pluralismus unseres Daseins annehmen, in dem Gott mit seiner Gnade auch dort ankommt, wo kein eigens errichteter Altar Gottes steht<sup>25</sup>. Wo wir so glauben dürfen, dort werden wir uns zur gegenseitigen Freude versammeln zum Gedächtnis des Herrn. Die Frage der Kirche wird für uns nicht mehr zur Frage, ob wir einem institutionellen Apparat angehören wollen oder nicht, sondern zur Erfahrung, daß sie in Wirklichkeit die Gemeinschaft jener ist, denen das menschliche Leben — und das bedeutet

Irrtum, Langeweile, Anstrengung, Beschränkung und Tod — denen das menschliche Leben also zwar nicht erspart bleibt, die aber jenseits ideologischer Angst und Selbstverteidigung vor dem erlösten Grund jener aufbrechenden Beständigkeit und jenes Sinnes stehen, die sich in unserem menschlichen Dasein anzeigen. Sie werden sich in dieser Welt nicht einen besonderen Platz erarbeiten, sich eine Sonder Eintrittskarte für alle gesellschaftlichen Bereiche errotzen, sondern gerade mitten in unserer Welt mit ihr sie selbst durch hoffende Liebe erträglich machen.“ Sie brauchen Dich nicht immer im Munde zu führen, sie sollen Dich beim Namen nur nennen, wenn der Atem der reinsten Seligkeit oder der letzten Schmerzen sie erfüllt. Sonst sollen sie Dich mit Schwiegen ehren!“<sup>27</sup>

Wo für uns die Frage der Kirche nicht zu dieser Erfahrung wird, nicht zur Erfahrung der so glaubenden Einheit mit Menschen, dort bleibt oder ist aus der menschlichen Situation erfordert, die Möglichkeit der Wahrhaftigkeit zu dieser Situation.“ Dort, wo der Mensch in der Inbesitznahme seiner geistigen Subjektivität

als ganzer in der Erfahrung seiner eigenen Endlichkeit, die er als ganze umgreift und annimmt und ausleidet, in der Frage nach dem Sein im ganzen dem unsagbaren Geheimnis standhält, wo er der Fraglichkeit und Fragwürdigkeit aller einzelnen Wirklichkeiten, die in das namenlose Unendliche verweisen, nicht ausweicht, wo er nicht sich der Wirklichkeiten bemächtigt ergreifen, sondern von ihrer Abgründigkeit ergriffen werden will, wo er nicht redet, sondern ambetend verstummt, dort ist die eigentliche und ursprüngliche Wahrheit daheim und dort kommt sie bei uns an“<sup>28</sup>.

Das enge Gebäude privater Erfahrung, privater Ideale, privaten Glaubens oder Unglaubens zu sprengen ist mühsam. Für uns aber — in unserer eigenen Beunruhigung, sofern vorhanden — notwendig und möglich. Solange wir uns nicht zur Reflexion über unsere Situation aufaffen, uns aus innerer Wahrheit von uns selbst zum Dialog befreien, solange bleiben wir im Geplätscher billigen Weltanschauungshandels, solange versperren wir uns der Möglichkeit des Geistes, des Sinnes, des Du, und solange wird unser Leben eigentlich zu tiefst langweilig sein. (Anmerkungen S. 31)

# Der Genchiner Dichter Fritz Oser schreibt

## über den Luzerner Künstler Leonhard Schnyder:

### I

Leonhard SCHNYDER wurde 1935 in Kriens geboren, wuchs dort auf und bildete sich in Luzern zum Schriftsetzer aus. Sein Sinn für Formen und deren Wieder-gabe trieb ihn zum Graphiker-beruf. Während drei Jahren be-suchte SCHNYDER die Kunstge-werbeschule Luzern. Als er dann in Salothurn als Typograph ar-beitete, wurde er bald — 23-jährig — als Zeichnungslehrer an die Gewerbeschule berufen. Nun zog es ihn vorwärts, ganz Künst-ler zu sein. Er schuf Schnurmosai-ke, stilisierte Fabelliere und -gebilde, die uns heute in den Holzschnitten teilweise wieder begegnen. Er begann dann groß-formatig in Öl zu malen, nahm auch die Spachtel zur Hand, schuf reliefartige Plastiken, die er mit Farben subtil übermalte. Und vor allem: Er beschäftigte sich mit der Linie, die für ihn Kontur, Struktur und Fläche ist. Später schuf er dann die Holzschnitte, die zum Erfolg in den Galerien führten.

Dieser Weg ist so lange, wie der Weg der Entstehung eines jeden Bildes. Die Stationen werden still, aber entschieden vollzogen.

### II

Leonhard SCHNYDER schreibt über sich selbst: „Ich bin der Hof-narr!“ Ebenso gut könnte er sa-gen: Ich bin japanischer Dichter, oder einer, der sich in mathema-tischen Zeichen ausdrückt, die in die Augen stechen, voll Exaktheit sind. Nur dem Aufmerksamen und Wissenden wird die volle Bedeutung bewußt. Er schafft da-mit ein Gespräch, das zu jedem findet, der seine Holzschnitte ge-nau betrachtet. Wie ist nun dies-es Gespräch?

Der Hofnarr sagt Dinge, die ein anderer nicht sagen darf oder nicht sagen will. Die Alternative darauf ist Empörung oder Ge-lächter. Beides aber sind Be-standteile unmittelbarer Begeg-nung.

„Ich bin der Hofnarr!  
Im Reich der Gegenwart,  
das für manchen schon Vergan-genheit ist  
und für andere noch Zukunft,  
diene ich bei Hof.  
Mein Herrscher ist der Zufall,  
dem ich gerade begegne.  
Ich bin ein Freund der Wahrheit,  
die niemand gerne hört.  
So kleide ich die Ehrlichkeit,  
die Bosheit, die Frechheit  
in die Poesie feinsten Linien,  
schneide sie in Holz.  
Ich lächle, wenn ich den treffe,  
der es nicht merkt;  
und besonders, wenn Du lächelst  
und es erst nachher merkst.“

### III

Leonhard SCHNYDER schneidet seine Zeichen in Holz, und wir

sollen sie lesen und verstehen. Wir haben aber die Zeichen-sprache verlernt und das Mediti-eren vergessen. Es ist wie mit dem Buche I Ging: Die Zeichen müssen mit viel zu vielen Worten uns wieder verständlich gemacht werden. Daher gibt uns SCHNY-DER eine Hilfe: den Titel unter das Bild. Dieser ist meistens so vielsagend, daß er allein schon ein inneres Lachen heraufbe-schwört und uns dann wesentlich ins Bild hineinwirft:

diesen Weg aber nie vollends austreten. Immer wieder treibt es ihn an die Peripherie. Und er muß nochmals zurückgehen, noch-mals das Herz finden, um aus seinem Puls unter seinen Hän-den das Liniennetz, ein sich ständig bewegendes Bild, ent- stehen zu lassen. Jede Linie ist eine Episode der Entstehung. Die Episoden sind hintereinanderge-schichtet und nach immer wieder-holt sich ihre Bewegung. Das Bild lebt.

Er: ... (Schweigen)

Ich: ja

er: ... (Schweigen)

beide: ... (Schweigen)

Er wollte mir etwas sagen, aber ich glaube, er hatte in seiner Einsamkeit die Worte vergessen, ich meine das Sprechen außer-halb seiner Bilder.

### VI

Was der Künstler ausgibt, ist immer für den da, der ihn mit der



### V

SCHNYDER liebt die Einsamkeit, solange er an einem Bild ar-beitet. Er muß einen Gedanken rei-nigen und auf eine allgemein verständliche Zeichensprache um-deuten. Mit der Fertigstellung des Bildes wird also ein Gedanke zu Ende gedacht, das Gedachte überprüft, das Überprüfte kon-trolliert... es sind Metaunter-suchungen. Die Einsamkeit ist für ihn nur ein Optimum für die Kristallisation. Sie ist das zu Er-tragende. Künstlerisches Tun hat an sich nie etwas Tragisches. Es sind die Umstände, die dazu föh- ren. Einer dieser Umstände ist die Einsamkeit, die sich darin ausdrückt, daß der Künstler nicht unmittelbar teilnimmt an neuen Geschehnissen und neuen Erleb-nissen. Er zieht sich zurück, bleibt „zu Hause“, in seinem Schweigen.

Leonhard SCHNYDER hat mich einmal telefonisch angerufen:

Spannung einer verborgenen Liebe umgibt. Irgendwo, unsicht-bar, liegt ein goldener Teppich: darauf geht er schneller voran, hört besser was unhörbar ist, sieht schärfer, was im Innern liegt, tastet näher die Begeg-nung ab. Bei Schnyder ist diese verborgene Liebe, dieser gol-dene Teppich, seine Frau Leslie. Hamlet würde sagen: „Denn du wirst, als läßtst du nichts, indem du alles lästest“. Sie ist es, die die Spannung einer Gedanken-welt trägt, welche sich zu Ende denkt und dann ins Gestalterische überträgt. Sie ist es, die dem Maler die Zeit gibt, indem sie alles tägliche, ohne daß er es selbst merkt, erledigt, und sie ist es, die das wichtigste Wort im Bilde hat; denn wenn sie es be-jagt, ist es für immer bejagt. Leonhard kann sagen:

In deiner Hand  
wird der Stein eine Schwalbe  
die in südlichen Dächern  
Zeit sinnstet

Die Rechnung ist bezahlt  
Das dritte Auge des Falstaff  
Neugierde  
2 Seelen, ach...  
Blüte der Fäulnis  
Entwurzelt  
Gebet der Dichterin  
usw.

Wir müssen das Angedeutete weiterspinnen, bis wir es in je-nem übergreifenden Raum ver- stehen, wo Sprache aufgehoben ist...

### IV

„Ich gehe von der Linie aus und suche den Mittelpunkt des Bil-des!“ So ist es, wenn ich ein fremdes Haus betrete. Es ist mir Geheimnis, bis ich darin den Mittelpunkt gefunden habe. Von hier aus geht eine Beziehung zu den übrigen Räumen und zum Leben darin. SCHNYDER kann

## SUCHEN

ich suchte  
den berg der wahrhaftigkeit  
und fand  
auf seinen trümmern  
einen irren wanderer

ich suchte  
den hügel des glaubens  
und fand  
die ausgetretenen pfade  
der hoffenden

ich suchte  
das tal des gewissens  
und fand  
verlassene heimstätten

ich suchte  
den weg der liebe  
und fand  
den blinden  
mit brennender fackel.

## GEBROCHENES WORT

worte  
können nicht  
durchdringen  
zum harten gebäck  
meiner gedanken  
das  
wie eine mauer.  
meine sinne  
umschließt

seelen  
zwiespältig  
wie die zungen  
der marktweiber

worte  
in den wind gestreut  
kannst du nicht  
säen  
und nicht  
ernten

## LICHT UND SCHATTEN

gleich  
wie das firmament  
sich lichtet  
dem beginnenden tag  
gleich  
wie der himmel  
sich rüstet  
für die nacht  
gleich  
diesen gottewigen wechseln  
lösen sich ab in uns  
die schatten  
des schmerzes  
das licht  
der freude.

*Elisabeth Schnyder*

Gedichte Seite 11

*Leonhard Schnyder*

Hofnarr (Holzschnitt) Seite 10

Selbstgespräch eines Blinden  
(Holzschnitt) Seite 11

Masko (Holz) Seite 12

## SCHICKSAL

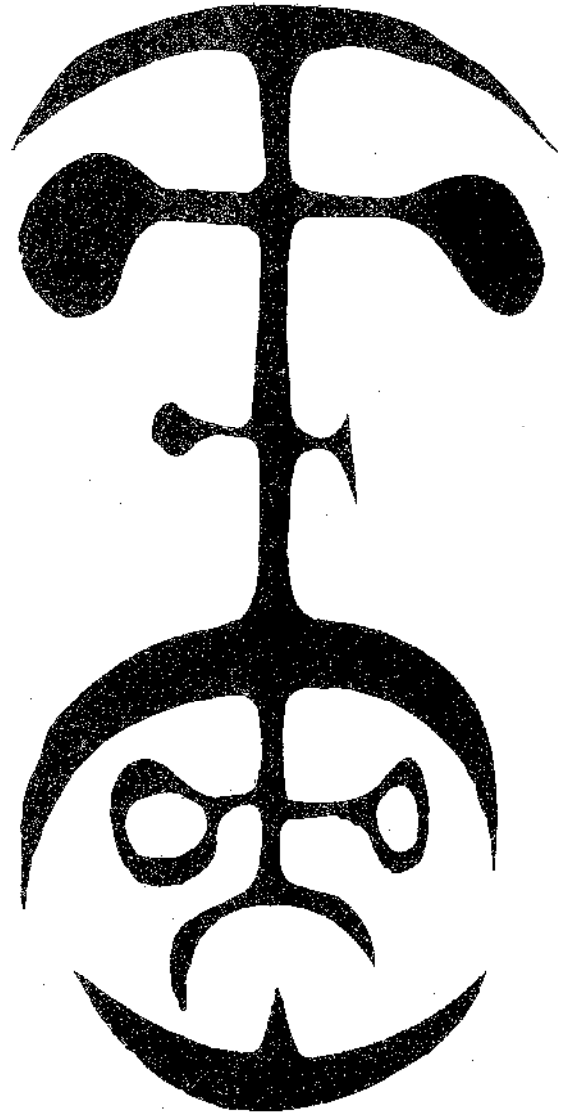
beneiden wir nicht  
die vögel  
um die freiheit  
ihres fluges  
gottes weizen  
wächst  
zu ebener erde.

## TAGTRÄUMEREI

meine seele geht spazieren  
auf den unberührten pfa den  
des fremden  
auf den gläsernen saiten  
der phantasie  
auf den weben  
gesponnener träume  
im tschungel  
jenseitiger gedanken

wandelt  
im garten eden  
naschend  
von der frucht  
des verbotenen

schwimmt  
im teich  
vergossener tränen  
hinüber  
ans ufer  
der wirklichkeit



## UNABWENDBARES

schwerster zeit  
in deinen augen  
ist das verborgenste  
gegenwart

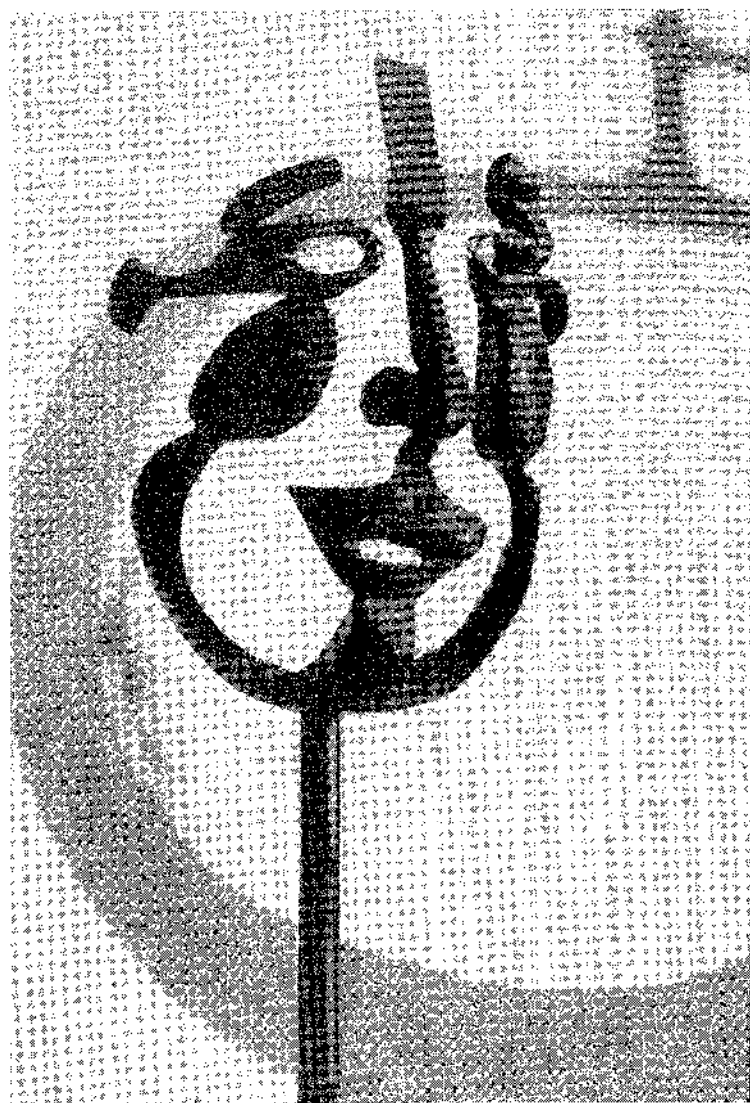
dein mund  
spricht  
die sprache  
der stummen

deine stirn  
birgt  
die weisheiten  
der ungeborenen

dein körper  
ist sand  
in den händen  
der unwissenden

schwerster zeit  
dein gang  
ist ewiges gesetz  
wir sind  
ungewollt  
deine diener.

on Papi ZELGER, Innsbruck  
Elisabeth SCHNYDER ist fran-  
zösisch-schweizerischer Abstam-  
mung, lebt aber in der Schweiz.  
Nach einer sturmreichen Jugend-  
zeit, in die die acht obigen Jah-  
resjahre fallen, erlebte sie ei-  
nen Jahresaufenthalt in ihrer Va-  
terstadt Paris. In der Folge be-  
gann sie das Musikstudium als  
Klosterschülerin — dies allerdings  
nicht ganz freiwillig — in einer  
schweizer Klosterschule. Die Ruhe  
und Ausgeglichenheit an solcher  
Stätte einerseits, machte sie dem  
angestürmten jungen Gemüt noch  
so aufgedrängt worden sein, hin-  
terließ Spuren, die erst heute  
wahrnehmbar sind. Andererseits  
ist sie physisch stark unter der  
großen Beanspruchung des  
Studiums, so daß sie es aufgeben  
mußte. Das Wort, dem sie in ih-  
rer Kindheit schon größte Beach-  
tung geschenkt hatte, bekam erst  
wieder nach ihrer Verheiratung  
(1958) mit Leonhard SCHNYDER  
volle Bedeutung. Die Zwischen-  
stationen in der Zeit vorher ga-  
ben ihr Gelegenheit genug, den  
Menschen in seiner ganzen Viel-  
fältigkeit zu studieren. In diese  
Zeit fällt auch der Anfang einer  
Freundschaft mit dem israeli-  
schen Dichter David Rokeah, die  
heute noch fort dauert. Auch die  
Geburt ihrer ersten Tochter — sie  
hat zwei Töchter im Alter von  
neun und drei Jahren — hielt sie  
nicht davon ab, den Büchern  
den Vorrang zu geben. Im schny-  
derschen Haushalt herrschten To-  
tranz und das gedruckte Wort.  
So wurde die Entfaltung zur  
Persönlichkeit von keinem der  
beiden beschnitten. Das Wort  
versteht Elisabeth SCHNYDER  
als Brücke vom Menschen zum  
Menschlichen, sich selbst als gel-  
genden Erbauer eben dieser Brük-  
ken.



## SH-Nachrichten

### Sozialreferat

#### 1. Ferienbeschäftigung

Der Sozialreferent möchte nochmals darauf hinweisen, daß die an Sommerarbeit interessierten Kollegen sofort alle näheren Angaben an das Sekretariat der SH schicken möchten, damit rechtzeitig die nötigen Schritte in dieser Angelegenheit unternommen werden können.

#### 2. Supplenzstellen an Mittel- und Höheren Schulen Südtirols

In einem eigenen Rundschreiben an das Schulamt Bozen und an alle Mittel- und Höheren Schulen Südtirols wurden die betreffenden Direktoren ersucht, sich im Bedarfsfall an die Südtiroler Hochschülerschaft zu wenden. Gleichzeitig möchten wir alle Kollegen, die an einer längeren oder kurzfristigen Supplenzstelle interessiert sind, ersuchen, dies sofort unserer Zentrale bekanntzugeben. Ein derartiges Ansuchen wird dann umgehend an das Schulamt

und an die Schulen weitergeleitet werden.

#### 3. Sonderbedingungen für Hochschüler beim Ankauf eines „FIAT-500“-Wagens

Die FIAT gewährt den Univeritätsstudenten folgende Zahlungsverleichterungen:

Anzahlung:	
Mindestbetrag	L. 215
29 Monatsraten zu	L. 23.070
1 Monatsrate zu	L. 27.200

Diese Bedingungen gelten nur für Ankäufe von „Fünfhundertern“. Die Bezahlung der Versicherungsprämie für 30 Monate ist in den Raten inbegriffen. Hat der Student jedoch Verdienstmöglichkeiten, so kann diese Verfügung auch auf größere FIAT-Wagen ausgedehnt werden. Eine Inskriptionsbestätigung an einer Universität sowie das durch die Unterschrift bekundete Einverständnis des Vaters sind erforderlich. Jedoch werden keine weiteren Garantien verlangt.

#### 4. Militär

Das Problem der beschränkten Aufenthaltsverlaubnis für militär-

pflichtige Studenten, die im Ausland studieren, wird für die kommende Legislaturperiode in neuer Form angegangen werden. Der Sozialreferent arbeitet derzeit ein „Promemoria“ der bestehenden Verhältnisse aus, das dann allen Südtiroler Abgeordneten vorgelegt wird, damit diese mit entsprechendem Nachdruck bei den zuständigen Stellen in Rom intervenieren möchten.

Der Sozialreferent  
Siegfried Mayr

#### HOCHSCHULGRUPPE VERONA

Wie bekannt, wurde im April vorigen Jahres in Verona eine eigene Hochschulgruppe der an der dortigen Universität (Außenstelle der Univ. Padua) studierenden Südtiroler Hochschüler gegründet. Da die Besucherzahl der deutschsprachigen Studenten an den derzeit bestehenden Fakultäten — Handelswissenschaften, Sprachen und Magistero — ziemlich hoch ist, wurde von der SH Gruppe

Verona die Errichtung einer „Bude“ beabsichtigt und ein entsprechendes Gesuch an das Südtiroler Kulturinstitut gerichtet. (Nachres über die Universität von Verona siehe „Dolomiten“-Beilage.) Das Südtiroler Kulturinstitut hat nun dieses Gesuch um Finanzierung der Bude in großzügiger Weise angenommen und die entsprechenden Mittel zum Ankauf der Einrichtungsgegenstände und für die Bezahlung der Miete bereitgestellt. Sobald das Lokal vollständig eingerichtet sein wird, sind alle Kolleginnen und Kollegen von Verona zu einer kleinen Feier in der neuen Bude eingeladen. Das genaue Datum wird noch bekanntgegeben. Adresse der Bude: Verona, Vicolo S. Francesco 6 (gleich neben der Uni).

Die Hochschüler von Verona möchten auf diesem Wege dem Südtiroler Kulturinstitut den aufrichtigen Dank für das großzügige Entgegenkommen ausdrücken.

Für die Hochschulgruppe Verona  
Siegfried Mayr

# Die Völkerrechtliche Lage am Golf von Akaba

von Abdi Rahman SHEKNUR, cand. jur., Somali-Mogadiscio, dtz. Köln

1

Das Rote Meer teilt sich im Norden in zwei Arme, die die Sinai-Halbinsel umgeben; der westliche Arm ist der Golf von Suez, der östliche wird Golf von Akaba genannt. Der Zugang zum Golf von Akaba ist die Straße von Tiran, eine Meerenge, der eine kleine Inselgruppe vorgeleiert ist.

Mehr als tausend Jahre kontrollierten ausschließlich arabische Volksstämme die Territorien, die den Golf von Akaba umgeben. Eine einheitliche politische Gewalt über diese Gebiete erlangte in der Neuzeit erst das Osmanische Reich im Jahre 1517 und übte diese nominell bis zum Ende des ersten Weltkrieges aus. Als Schifffahrtsstraße hatte der Golf von Akaba damals kaum Bedeutung; er wurde von arabischen, hauptsächlich kleinen ägyptischen Schiffen, für die traditionelle Pilgerfahrt zu den heiligen Stätten des Islam, Mekka und Medina, benutzt. In neuer Zeit, nach der Gründung der Staaten Jordanien und Israel, erlangte der Golf für die internationale Schifffahrt eine gewisse Bedeutung; die Haupthäfen am Golf sind das jordanische Akaba und das israelische Eilat.

Jordanien, die VAR und Saudi-Arabien, das sind die arabischen Anliegerstaaten am Golf, unterhalten keine diplomatischen Beziehungen zu Israel, sie haben die Existenz eines israelischen Staates und die Qualität Israels als Anliegerstaat am Golf von Akaba bisher völkerrechtlich nicht anerkannt.

Der israelisch-arabische Konflikt ist die Hauptursache für die Schwierigkeiten und die Behinderung der nationalen und internationalen Schifffahrt in diesen Gewässern.

Ich möchte nur einige Beispiele anführen, die die Problematik der völkerrechtlichen Lage am Golf von Akaba verdeutlichen können; ich habe diese Beispiele willkürlich ausgewählt: Am 1. Juli 1951 beschloß die ägyptische Marine den britischen Frachter „Empire Roach“. Das Schiff hatte Kriegsmaterial für Jordanien geladen.

Am 29. 1. 1953 hielt Ägypten das dänische Schiff „Andres Boye“ das von Mombasa nach Eilat fuhr, 24 Stunden lang fest.

Am 10. 3. 1953 wurde dasselbe Schiff 33 Stunden lang festgehalten.

Das griechische Schiff „Barnon enroute“ wurde ebenfalls auf der Fahrt von Mombasa nach Eilat am 1. 9. 1953 elf Tage lang festgehalten, wobei die Ladung durchsucht wurde.

Am 3. 12. 1953 wurde der amerikanische Frachter „Albion“ von der ägyptischen Küstenbatterie beschossen. Das Schiff hatte Weizen für Jordanien geladen.

Bei Sharm El Sheik und Nasrani, auf der Südspitze der Sinai-Halbinsel und auf den Inseln Tiran und Sinabir befinden sich starke ägyptische Befestigungsanlagen. Von hier aus hat die VAR mit Ausnahme der Zeit, in der UN-Streitkräfte diese Punkte kontrollierten, die Straße von Tiran, den Zugang zum Golf von Akaba, für Schiffe unter israelischer Flagge gesperrt. Seit der Einstellung der Kampfhandlungen im Juni 1967 übt Israel, das die Sinai-Halbinsel besetzt hat, die Kontrolle über den Golf von Akaba aus. Im Moment ergeben sich daher kaum tatsächliche Schwierigkeiten für die Schifffahrt von und nach Israel. Die rechtliche Lage hat sich durch diese letzten Veränderungen kaum geändert. Israel hat keinerlei Annexionswillen in Bezug auf die Sinai-Halbinsel geäußert. Da die israelische Besetzung nur provisorischen Charakter hat und ich keinerlei Spekulationen über die künftige politische Entwicklung in der Golf-Region anstellen möchte, habe ich meine Arbeit hauptsächlich auf der Lage vor Ausbruch der letzten offenen Kampfhandlungen aufgebaut. (Die jüngste Blockade im Mai 1967 wurde von Israel als Angriffshandlung bewertet.)

ii

Über die Durchfahrt durch den Golf von Akaba gibt es zwischen Ägypten und Israel keinerlei friedensvertragliche Vereinbarungen. Auch die Bestimmungen der Internationalen Seerechtskonvention von Genf im Jahre 1958 treffen in diesem Falle nicht zu, da sie sich nur auf Golfe beziehen, die Eigentum eines einzigen Staates sind.

Der Golf von Akaba aber hat, wie eingangs dargestellt wurde, mehrere Anliegerstaaten, so daß die Maßregeln der Genfer Seerechtskonvention von 1958 auch nicht analog Anwendung finden können.

iii

Die offizielle arabische Argumentation, die diese Vorfälle zu rechtfertigen versucht, beschreibt zwei Wege: Einmal wird die Existenz irgendwelcher israelischer Souveränitätsrechte am Golf bestritten und zum anderen werden Blockade und präsenrechtliche Maßnahmen immer wieder mit einem zwischen den arabischen Staaten und Israel bestehenden Kriegszustand begründet.

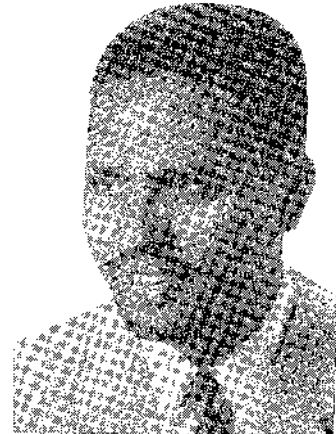
Zunächst möchte ich die territorialen Fragen und Rechte am Golf darstellen und später auf die sich aus dem behaupteten Kriegszustand ergebenden Fragen eingehen.

Der Golf von Akaba als Hohe See. Zunächst soll untersucht werden, ob der Golf von Akaba Teil der Hohen See ist. Als Hohe See wird begrifflich derjenige Teil des Meeres bestimmt, der jenseits der Staatsgrenzen und damit außerhalb der nationalen Hoheitsgewalt liegt. Die Hohe See steht allen seefahrenden Nationen gemeinsam

zur Verfügung, es gilt der Grundsatz der freien Schifffahrt, der Blockademaßnahmen und anderer Behinderungen der Schifffahrt verbietet.

Wenn der Golf als Teil der Hohen See angesehen werden kann, dann gelten die Regeln für die Hohe See, also auch der Grundsatz der freien Schifffahrt, auch für die Straße von Tiran, denn nach Art. 10 der Genfer Konvention über die Hohe See sind die Regeln über die Hohe See auch für diejenigen Meerengen anwendbar, die zwei Teile der Hohen See miteinander verbinden.

Gegen den Status des Golfes von Akaba als Teil der Hohen See sprechen allerdings wichtige Argumente: Seine größte Breite beträgt 17 Seemeilen. Da aber die VAR und Saudi-Arabien jeweils eine 12-Meilen-Zone als Küstengewässer beanspruchen, unterliegt der Golf in seiner gesamten Ausdehnung der Inanspruchnahme nationaler Hoheitsgewalt. Internationale Stellungnahmen, besonders die der USA, Großbritanniens und Israels, berufen sich auch nicht auf



IV

den Rechtsstatus des Golfes als Teil der Hohen See. Mir ist auch nicht bekannt, daß Israel oder ein anderer Staat gegen die Ausdehnung der ägyptischen bzw. Saudi-Arabischen Küstengewässer Einspruch erhoben haben. Nach der Konvention ist eine Ausdehnung der Küstengewässer bis zu 12 Meilen zulässig. Damit aber ist der Golf von Akaba nicht als Teil der Hohen See anzusehen.

Da die Straße von Tiran einen Teil des offenen Meeres und eine Bucht miteinander verbindet, könnte man vielleicht die allgemeinen Regeln für Golfe und Buchten anwenden. Diese Regeln besagen, Die Rechtshoheit des Uferstaates über seine territorialen Golfe und Buchten ist mit derjenigen identisch, die er über seine eigenen Gewässer hat. Der Staat ist also berechtigt, den Zugang und Aufenthalt ausländischer Schiffe in diesen Gewässern unter gleichen Bedingungen zu regeln. Wo jedoch Buchten oder Golfe eine internationale Wasserstraße bilden, muß Handelsschiffen vom Uferstaat das Recht der „innocent passage“ gewährt werden. Als Beispiel wäre hier der Korfu-Kanal-Fall zu nennen: Am 15. 5. 1946 und am 22. 10. 1946 wurden englische Kriegsschiffe von albanischer Seite bei der Durchfahrt beschossen bzw. durch Minenexplosion beschädigt. Der daraufhin angerufene Internationale Gerichtshof entschied die Freie Durchfahrt von Kriegsschiffen durch eine Meerenge, die zwei Teile der Hohen See verbindet und von der internationalen Schifffahrt regelmäßig benutzt wird, sei in Friedenszeiten völkerrechtlich zulässig und unterliege nicht der Reglementierung durch den Küstenstaat. Der Korfu-Kanal sei angesichts der Verkehrsdichte, der geographischen Situation und der bisherigen Benutzung ein internationaler Wasserweg.

Eine Anwendung der in diesem Urteil aufgezeigten Grundsätze auf den Golf von Akaba scheitert an einer mangelnden Friedensregelung im Nahen Osten. Es erscheint rechtlich zumindest bedenklich, den faktischen Gegebenheiten Rechnung zu tragen und der Zustand der Einstellung von Kampfhandlungen durch bloßen Waffenstillstand dem Friedenszustand gleich zu achten. Gerade im fehlenden Abschluß eines solchen Friedensvertrages bringen die Parteien zum Ausdruck, daß sie den aus dem Abschluß einer solchen Friedensregelung erwachsenden Folgen ihre zustimmende Bereitschaft versagen wollen.

Ob der Golf von Akaba eine internationale Wasserstraße ist, bleibt weitgehend umstritten. Hier stehen zwei Standpunkte gegenüber: Israel, USA, GB, Kanada und noch einige andere Staaten behaupten, daß der Golf eine internationale Wasserstraße sei, mit der Begründung, daß er mehrere Anliegerstaaten habe und die Schifffahrt der Anliegerstaaten bzw. die fremden Schiffe, die die Güter für

(Lies weiter Seite 30)



# Wie schlägt ihr Puls?

## Interviews mit den Parlamentskandidaten

Fragen von Siegfried MAYR, Hans NOTDURFIER, Pepi ZELGER — Photos von Pepi ZELGER

*Die nächsten Jahre der Südtirol-Politik werden die Männer mitbestimmen, die der 19. Mai ins Parlament bringen wird. Nachdem unsere Landespresse nicht über alle Wahlkandidaten gleich und ausreichend informiert, haben wir uns trotz des hohen Aufwandes dazu entschlossen, sie in Einzelinterviews und in einem Foruminterview vorzustellen. — Mehrere Kollegen arbeiteten fast zehn Tage in Bozen. — Wir müssen noch bemerken, daß wir alle Herren gebeten haben, möglichst kurz zu antworten. Aus den dennoch langen Antworten wollten wir nur Wiederholungen herausstreichen. Drei erste Fragen betrafen grundsätzlich das „Paket“, Meinungen zur Verankerung und mögliche Alternativen. Die nächsten Fragen waren für jeden verschieden. Wir freuen uns darüber, daß einige der Parlamentskandidaten uns versprochen im Falle ihrer Wahl, für die Belange der Jugend und der SH einzutreten. Zur rechten Zeit werden wir sie an ihre Versprechungen erinnern.*

### Hans BENEDIKTER

SVP, Kammer

Dr. Hans BENEDIKTER, 28 Jahre, aus Prettau im Ahrntal stammend, Studium in Wien und Journalist bei der „Presse“, seit 1961 Leiter des Presseamtes des Landesausschusses Bozen, seit 1967 im Parteausschuß, Bürgermeister in Prettau. Interview am 3. April 1968, in der Redaktion der „Südtiroler Nachrichten“.

*Würden Sie im Falle Ihrer Wahl die Vorschläge der italienischen Regierung, die im Paket enthalten sind, auch ohne internationale Verankerung annehmen?*

Nein, ich würde keineswegs bereit sein, mein Ja zu einem Lösungsvorschlag zu geben, wenn seine Durchführung nicht durch eine ausreichende internationale Verankerung gesichert ist. Dies aus dem einfachen Grund, weil die Parteigremien diesen Beschluß gefaßt und es ganz klar gesehen haben, daß eine echte internationale Verankerung notwendig ist und eine unabdingbare Voraussetzung für jegliche Lösung. Und ich glaube, daß jedes Mitglied der Partei, von oben herab bis zum letzten Parteimitglied, sich an diese Beschlüsse halten muß und an sie gebunden ist, sofern sie nicht widerrufen werden.

*Und Ihre persönliche Meinung?*

Meine persönliche Meinung ist die, daß Italien nun tatsächlich den guten Willen hat, das Südtirolproblem zu lösen und konkrete Vorschläge zu machen. Man kommt endlich auch in Rom zur Überzeugung, daß eine Minderheit nicht eine Belastung des italienischen Staates darstellt, sondern eine Bereicherung; daß die Minderheit etwas ist, worüber sich der Staat freuen könnte. Wenn Italien eine solche Einstellung hätte, dann bestünde kein Grund mehr, sich gegen die internationale Verankerung zu sträuben, zudem es Möglichkeiten einer internationalen Verankerung gibt, die das sehr starke Prestigedenken Italiens gar nicht beschränken oder beeinträchtigen würden. Ich denke z. B. an den Vorschlag von Assessor Dr. BRUGGER, der Italien aufgefordert hat, die noch fehlenden Artikel der Europäischen Streitbeilegungskonvention endlich zu ratifizieren?

*Sie würden auf jeden Fall ohne eine ausreichende internationale Verankerung die Annahme des Paketes nicht befürworten!*

Ich persönlich würde nie mein Ja dazu geben.

*Daraus ersehen wir, daß nach Ihrer Meinung das Paket ohne Verankerung keine effektive Gewähr gegen die Überfremdung der deutschen und ladinischen Bevölkerung in Südtirol bietet?*

Ich bin der Meinung, daß das Paket zwar gegenüber den früheren Vorschlägen ein brauchbarer und guter Fortschritt ist, und daß sich Italien im Paket bereit erklärt hat, uns wesentliche Zugeständnisse zu machen. Jedoch fehlen meiner Meinung nach auf wichtigen Gebieten noch die Voraussetzungen für eine brauchbare Lösung. Ich denke z. B. an die unbefriedigende Regelung der Arbeitsämter, der Meldeämter usw. Hier handelt es sich um Kompetenzen, auf die es entscheidend ankommt, da Italien morgen vielleicht den jetzt bestehenden guten Willen auch nicht mehr haben könnte und tatsächlich noch einmal den Versuch einer neuerlichen Überfremdung der Südtiroler Bevölkerung machen könnte. Ich persönlich glaube, daß gerade eine Frage bei Pro und Kontra zum Paket entscheidet. Hat Italien den Gedanken der Assimilierung endgültig aufgegeben oder nicht? Ich persönlich bin der Meinung, daß man gegenüber der Zeit des Faschismus und der ersten Nachkriegszeit gewisse Fortschritte buchen kann, daß aber die Idee einer langsamen, stillschweigenden und unmerklichen Assimilierung noch nicht unbedingt und endgültig aufgegeben worden ist. Heute allerdings spricht man von Integration, nicht mehr von Assimilierung.

*Wenn die italienische Regierung auf ihrer Ablehnung jeglicher internationalen Verankerung besteht, welche Möglichkeit sehen Sie zu einer Lösung?*

Das ist eine sehr schwierige Frage, weil ich natürlich kein Hellseher bin und auch nicht Kassandra spielen möchte. Ich glaube, daß man dann eine Revision der gesamten Südtirolpolitik einleiten müßte. D. h. die Partei müßte sich völlig neue Gedanken machen und die ganze Situation neu überprüfen. Man könnte sich z. B. überlegen, noch einmal zu den Vereinten Nationen zu gehen. Man könnte vielleicht auch den Europarat — und das wäre ein Vorschlag, den ich persönlich sehr unterstützen würde — viel stärker einzuschalten versuchen. Südtirol ist doch ein europäisches Problem und es wäre ein Absurdum, wenn ein europäisches Problem nicht vor den europäischen Gremien behandelt und diskutiert werden könnte. Ob bei den Vereinten Nationen oder beim Europarat auch schon die Lösung liegt, muß man freilich bezweifeln, weil der einzige Partner, mit dem wir verhandeln müssen, doch Rom ist. Eine Lösung wird nur in Rom zu erzielen sein.

*Nach diesen allgemeinen Fragen möchten wir Ihnen noch einige persönliche stellen. Sie sind doch der jüngste SVP-Kandidat*

*für die Kammer. Aus welchen Gründen haben Sie sich für diese Kandidatur entschieden?*

Ich möchte hier klar feststellen, daß ich mich um die Kandidatur nicht beworben habe, sondern sowohl bei der Sitzung des SVP-Bezirksausschusses im Pustertal als auch bei der entscheidenden Sitzung des Parteausschusses ersucht habe, von meiner Nominierung Abstand zu nehmen. Erst nach Drängen maßgeblicher Parteiconcepten habe ich mich bereit erklärt, die Kandidatur anzunehmen. Um auf Ihre Frage zurückzukommen: Ich wollte durch meine Kandidatur in erster Linie der Meinung entgegen treten, daß ein nicht unbeachtlicher Teil der Südtiroler Jugend am politischen Leben desinteressiert sei und abseits stehe. Die Südtiroler Jugend hat nach längerer Zeit wieder einmal einen Kandidaten, und ich glaube, das ist eine Chance, die man vielleicht nicht ungenutzt lassen sollte.

*Sie haben das Problem der Jugend angeschnitten. Haben Sie konkrete Vorschläge? Wollen Sie sich als Abgeordneter besonders den Problemen der Jugend widmen und wie?*

Sollte ich gewählt werden, so ist es klar, daß ich mich als junger Kandidat um die Probleme der Jugend, besonders auch der studentischen Jugend, kümmern werde. Ich möchte mich heute schon dazu verpflichten und glaube, daß da noch manches zu tun wäre. Gerade die studentische Jugend wird durch einige noch offene, ungelöste Probleme betroffen. Ich glaube, in erster Linie müßte man das Problem der Studentien zu regeln versuchen, z. B. die Anerkennung der deutschen und einiger österreichischer Studententitel, die in Italien noch nicht anerkannt werden. Dann ist jenes unsinnige Problem noch nicht gelöst, das mit etwas gutem Willen von römischer Seite sofort behoben werden könnte. Ich meine jene Normen, nach denen es militärpflichtigen Südtirolern, die im Ausland studieren, verwehrt wird, außer bei den offiziellen Ferien in ihre Heimat zurückzufahren. Ein noch vorrangigeres Problem wäre die Sicherung der Arbeitsplätze für die Jugend in Südtirol, so daß nicht mehr ein so großer Teil der Jugendlichen gezwungen ist, sich des Fortkommen in der Fremde zu suchen.

*Herr Dr. BENEDIKTER, Sie sind Journalist und Leiter des Presseamtes der Landesregierung. Sehen Sie in einer gut organisierten Pressearbeit die Möglichkeit, einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der Südtirolfrage leisten zu können?*

Ich kann diese Frage nur absolut positiv beantworten. Durch eine gut organisierte Pressearbeit im Ausland erreicht man, daß die Nachbarstaaten Verständnis für unsere Rechte und unsere Forderungen in Rom bekommen und ich glaube, daß ist für eine kleine Minderheit, wie für die Südtiroler doch ganz wesentlich. Wir haben nämlich nicht die Möglichkeit, auf Rom solchen Druck auszuüben, daß eine Lösung in aller nächster Zukunft zu erwarten wäre. Wir sind in der Suche nach einer Lösung sehr auf die moralische Hilfe des Auslandes angewiesen.

*Und wie beurteilen Sie das Pressewesen, wie es derzeit in Südtirol ist?*

Die Frage ist etwas schwierig. Ich will sie in dem Sinn beantworten, daß in Südtirol noch manches nachzuholen wäre. Ich finde die Information der Südtiroler Öffentlichkeit absolut nicht als ausreichend. Schon wenn man bedenkt, welche Verwirrung mit dem Begriff „Paket“ geschaffen worden ist, muß man zugeben, daß man vielleicht durch eine ausreichendere und intensivere Information der Südtiroler Öffentlichkeit viele Unklarheiten, Verwirrungen und Zweifel von vornherein hätte vermeiden können. Ich bin nämlich der Meinung, daß es Aufgabe sowohl der Südtiroler Presse als auch der Südtiroler Volkspartei wäre, die Bevölkerung zum richtigen Zeitpunkt und nicht zu spät über alle wesentlichen Vorgänge so zu informieren, daß sie sich darüber ein klares Bild machen kann. Nur darf diese Information nicht in Form von Propaganda erfolgen. Die Bevölkerung und besonders die Jugend zeigt in zunehmendem Maße auch in Südtirol ein feines Gespür für den Unterschied von Propaganda und Information. Sie will sich die Meinung nicht aufzwingen lassen, sondern will über alle wichtigen Fragen, wie z. B. über Paket und Verankerung, so viel wissen, daß sie imstande ist, sich ein eigenes Urteil zu bilden.

*Der Abgeordnete DIETL hat einmal für kurze Zeit den Versuch gemacht, ein ita-*

*lienischsprachiges Informationsblatt, nämlich die „Realtà Südtirolese“, herauszugeben. Das Blatt ist dann wieder eingegangen. Aber warum ist es den Südtirolern noch nicht gelungen, und warum hat man sich nicht bemüht, die Italiener in einer italienischen Zeitung zu informieren?*

Sie haben recht, das ist ein ganz grober Mangel, ein Versäumnis, das gar nicht als schwerwiegend genug empfunden werden kann und dem man endlich abhelfen müßte. Die Information der italienischen Öffentlichkeit wäre eine der wichtigsten Aufgaben. Denn wie wollen wir von der italienischen Öffentlichkeit Verständnis erwarten, wenn wir nicht bereit und imstande sind, sie ausreichend über unseren Standpunkt zu informieren? Auf diesem Gebiete gibt es noch so viel nachzuholen, daß das bisherige Fehlen eines solchen Blattes verständlich ist. Sie müssen bedenken, daß die Südtiroler Volkspartei bis heute noch kein eigenes Presseferat hat und erst jetzt eines errichten will.

*Herr Dr. BENEDIKTER, die italienische Tageszeitung „Il Giorno“ hat Sie bei der Bekanntgabe der Kandidatentliste als „braccio destro“ von Abg. DIETL bezeichnet. Was haben Sie dazu zu sagen?*

Ich kann dazu nur sagen, daß ich zum Leidwesen des „GIORNO“ weder der rechte noch der linke Arm des Abg. DIETL bin, daß ich DIETL aber in seiner menschlichen und politischen Einstellung sehr schätze. Ich bin gewohnt, selbständig zu denken und zu handeln und zu tun, was ich als richtig empfinde. Ich habe dabei den Vorteil, jung und von verschiedenen Vorurteilen frei zu sein, d. h. natürlich nicht, daß ich nicht noch manches zu lernen hätte.

Auf jeden Fall werde ich jenen Weg gehen, von dem ich überzeugt bin, daß er die Lösung der vielfältigen Probleme unserer Volksgruppe, besonders jener der Südtiroler Jugend, am besten gewährleistet.

**PETER BRUGGER**

SVP, Senat

Dr. Peter BRUGGER, aus St. Peter im Ahmstal, 48 Jahre, seit 1951 Beamter im Landwirtschafts-assessorat in Trient, seit 1952 im Südtiroler Landtag. Seit 1953 Assessor für Landwirtschaft. Interview am 3. April 1965 im Büro des Viehzuchtverbandes, Bozen.

*Würden Sie die derzeitigen Vorschläge der italienischen Regierung, die allgemein als „Paket“ bezeichnet werden, auch ohne internationale Verankerung annehmen?*

Die Vorschläge der italienischen Regierung sind wohl im Paket angeführt, aber wir haben keinerlei Gewähr, daß sie durchgeführt werden, wie sie im Paket enthalten sind. Denn das Paket ist vorläufig ein Geheimdokument, von welchem wir nicht wissen, wie es aussehen wird, wenn es einmal offiziell gilt. Sie fragen mich, ob ich das Paket annehmen würde, wenn keine internationale Verankerung möglich wäre? Unter der Voraussetzung, daß wir zum Paket kein Ja sagen müßten und unter der Voraussetzung, daß Italien erklären würde, was im Paket steht, wird auf Grund des Art. 6 der Verfassung gegeben, ohne daß sich dazu die österreichische Regierung irgendwie verpflichten müßte, so würde ich wesentliche Maßnahmen des Paketes als eine Verbesserung der bestehenden Autonomie ansehen, ohne daß eine Verankerung da wäre. Allerdings dürfte dann keine Abfindungserklärung unsorerseits verlangt werden.

*Soweit es bekannt ist, haben Sie ja Alternativvorschläge für den Fall, daß die italienische Regierung weiterhin auf dieser Ablehnung besteht?*

Alternativvorschläge wären in dem Sinne vielleicht möglich, daß sich Italien dazu bereit erklärt, zunächst einmal ohne ein Ja unsererseits jene Maßnahmen durchzuführen, die mit einfachem Regierungsdokret und die mit einfachen Gesetzen eingeräumt werden können. Besonders interessant und der einfachste Vorschlag wäre, daß Italien die Garantiebestimmungen im Paket, die wir fordern, ins Regionalstatut einbaut. Dies wäre möglich, weil die Änderungen der Garantien im bestehenden Regionalstatut durch einfache Gesetze erfolgen könnten, ohne Verfassungsänderung. Um das bestehende Mißtrauen aufzulockern, wäre es doch eine günstige, entgegenkommende Maßnahme, zuerst diese im Paket enthaltenen Garantien für die italienische Sprachgruppe Südtirols, da es so einfach wäre, in das bestehende Regionalstatut einzuarbeiten. Dazu braucht es keine Änderung des Verfassungsgesetzes. Dieser Vorschlag — neben einer Reihe anderer Möglichkeiten — würde einiges dazu beitragen, auf beiden Seiten das bestehende Mißtrauen etwas abzubauen. Denn so lang das Mißtrauen auf beiden Seiten größer wird, kann man durch die Unterzeichnung des neuen Vertrages nicht ein besseres Verhältnis der Volksgruppen in Südtirol erreichen. Sie vertrauen sich erst dann besser, Staat—Südtiroler, Südtiroler—Italiener, wenn das Mißtrauen fällt. Dazu müßte Italien den ersten Schritt tun, weil nach meinem Dafürhalten der Staat in erster Linie das vorhandene Mißtrauen verursacht hat, um ganz von den ersten Verwaltern der Regionalautonomie zu schweigen.

*Herr Doktor, haben Sie eine Erklärung dafür, daß die Verhandlungen über das Paket von Seiten der SVP als auch von Seiten der Regierung geheim gehalten wurden? Befürchtet man eine gewisse negative Reaktion der öffentlichen Meinung oder liegen andere Gründe vor? Wie stellen Sie sich die Reaktion dann vor, wenn einmal mit offenen Karten gespielt wird?*

Wir befinden uns bei diesen Paketverhandlungen in einer Vorphase, und ich glaube, wir nehmen die vorhandenen Ergebnisse zu ernst. Ich sehe ein, daß man in der Vorphase vertraulich vorgehen soll, um zu wissen, wo man sich zu dem Zeitpunkt befindet, an dem man wirklich Ernst macht. Ich glaube auch, daß die Geheim-



haltung des Paketes die Ursache zu Teil darin haben kann, daß man italienische Nationalisten- und Extremistenkreise nicht frühzeitig auf den Plan ruft. Aber auch die andere Erklärung der Geheimhaltung soll zur Kenntnis genommen werden, daß man in der Vorphase eben vertrauliche Verhandlungen durchführt, um überhaupt zu sehen, ob man zu einem Ergebnis kommen kann. Erst wenn man sich klar wird, daß ein Ergebnis möglich ist, kann man besser an die Öffentlichkeit. Wir sprachen hier von Geheimverhandlungen des Paketes. Der „Aito Adige“ hat den Inhalt des Paketes längst der Öffentlichkeit preisgegeben. Nun wundert es mich nur, wozu für den einen die Möglichkeit einer Preisgabe an die Öffentlichkeit besteht, warum nicht für die andere Seite auch.

**War diese Veröffentlichung im „Aito Adige“ wahrheitsgetreu? In jeder Hinsicht?**

Es ist nicht gerade alles bis auf den Beistich enthalten, was im Paket drinnen ist, doch glaube ich, daß man das Paket selbst nicht in dieser heutigen Textierung hundertprozentig ernst nehmen muß. Wir müssen erst sehen, was herauskommt, wenn man den Inhalt des Paketes einmal in rechtliche Formeln umkleidet und wenn diese rechtlichen Formeln dann über die gesetzgebenden Körperschaften laufen. Was dann übrig bleibt, das ist für mich heute noch die Frage. Aus dieser Erwägung heraus bin ich gegen ein präventives Ja zum Paket, weil man hier einen Vorschub für Dinge gibt, von denen wir nicht wissen, wie sie dann zuguterletzt sich auswirken. In diesem Ja, was man von uns verlangt, ist eine Verzichtserklärung gegenüber dem enthaltenen, was während dieser Verhandlungen angewendet und verlangt wurde, und im Paket nicht enthalten ist, so wie ein Kompromiß immer das Ergebnis verschiedener Verzicht auf beiden Seiten darstellt. Aber der Kompromiß, und das Paket ist ein Kompromiß, hat die Eigenschaft, daß mit der Annahme auch auf das, was man an Forderungen angewendet und nicht erreicht hat, verzichtet wird.

**Bieten diese Vorschläge nach Ihrer Meinung eine effektive Gewähr gegen die Überfremdung der deutschsprachigen und ladinischen Bevölkerung Südtirols?**

Nein, aber die Bestimmungen im Paket sind ohne Zweifel eine Verbesserung gegenüber der bestehenden Lage. So, wie ich sie heute auszulegen imstande wäre, kann ich nicht behaupten, daß sie eine Gewähr gegen die Überfremdung bieten können. Ich möchte dazu noch etwas sagen: nicht rechtliche Bestimmungen werden uns in Südtirol in unserer Eigenart erhalten, sondern jeder Südtiroler selbst muß seine Verpflichtungen im täglichen Leben kennen, damit wir uns zu erhalten imstande sind. Wir können beide Dinge gut zusammenführen, aber die rechtliche Formel allein, glaube ich, auch wenn sie viel besser wäre als ich sie aus dem Paket ersehe, wird uns nicht retten!

**Herr Doktor, warum haben Sie sich für den Wahlkreis Bozen entschieden? Man weiß, daß dieser Wahlkreis gefährdet sein soll, und würden Sie sich nach Ihrer Wahl für eine Neueinteilung der Wahlkreise Südtirols einsetzen?**

Ich habe mich für den Senatskreis Bozen deshalb entschieden, weil ich vom Bezirk Bozen und vom Bezirk Unterland als Kandidat vorgeschlagen war. Und zum Wahlkreis Bozen gehören zur Zeit drei Bezirke: Ich glaubte, mich als Kandidat für diesen Wahlkreis anmelden zu können. Ich war für Bozen deswegen, weil ich wusste, daß der Senatskreis Brixen nicht frei ist. An einem früheren Zeitpunkt glaubte ich, daß der bisherige Senator SAXL nicht mehr kandidieren würde. Später hat sich herausgestellt, daß Herr Sen. SAXL wesentlich auf eine Kandidatur in diesem Senatskreis Wert legt. Bozen ist frei gewesen, weil Senator SAND vorher zurückgetreten war, und ich nicht gerne jemanden, der seinen Dienst an der Bevölkerung recht gut geleistet hat, verdrängen

wollte. Sofern ich die Möglichkeit hätte, mich für einen dritten Senatswahlkreis einzusetzen, werde ich dies tun.

**Eine italienische Tageszeitung hat geschrieben, daß Sie nach Ihrer Wahl von dem gegenwärtigen harten Kurs auf eine gemäßigte Linie umschwanken müssen, um im eigenen Lager Erfolg zu haben.**

Ich bin mir nicht im klaren, wie man von einem harten Kurs sprechen kann. Nach meinem Dafürhalten habe ich keine Behauptungen aufgestellt, die man sachlich nicht vertreten könnte. Ich möchte behaupten, daß ich mich gerade mit den italienischen Vertretern der Autonomistenbewegungen Oberitaliens außerordentlich gut verstehe und sie mit meinen Ansichten hinsichtlich Autonomie und Selbstverwaltung recht einverstanden sind. Wir finden uns gerne mit jedem Italiener, welcher sich zum Ziele setzt, verantwortungsbewußter Demokrat zu sein und in der Gesellschaft Ordnung zu halten, bzw. in der Gesellschaft einlich zu sein. Wenn man in seiner Ehrlichkeit gelegentlich auch eine harte Kritik üben muß, dann kann ich wohl nicht daraus schließen, daß dieser Mann unbedingt ein harter Mensch sein mußte.

**Herr Doktor, Sie haben kürzlich vor dem außenpolitischen Ausschuß der Universität Innsbruck ein vielbeachtetes Referat über die internationale Verankerung gehalten und dabei betont, daß für die ablehnende Haltung Italiens weitgehend der Außenminister Fanfani verantwortlich sei. Daraufhin hat das Außenministerium dies dementiert und erklärt, daß dieses immer**



**in Übereinstimmung mit Ministerpräsident Moro gehandelt hätte. Was sagen Sie dazu?**

Das Referat in Innsbruck ist tatsächlich, mehr als es wert gewesen ist, beachtet worden. Der ehemalige Außenminister Doktor TONCIC hat seine Einwendungen dagegen gemacht, daß es nicht wahr wäre, daß sich Österreich bei den Verhandlungen hätte fast demütigen lassen, um weiterzukommen. Ich hatte das in dem Sinne gemeint, daß es für den Partner Österreich eher demütigend ist, denn die UNO-Resolution spricht von Verhandlungen zwischen Österreich und Italien. Wenn Österreich verhandeln will und der italienische Partner nur Gespräche führen will, so erklärt er sich nicht einmal bereit, dieses Zusammenzusetzen als Verhandlungen zu werten. Was die Berichtigung von der Farnesina betrifft, in der es hieß, daß FANFANI immer jeden Schritt mit dem Einverständnis und nach Aussprache mit MORO getan hätte, muß ich zugeben, daß ich mich in meinem Referat getäuscht habe, als ich erklärte, MORO würde uns gegenüber entgegenkommender sein. Ich glaube, auf Grund dieser Berichtigung der Farnesina, berichtigen zu müssen, daß auch MORO etwa ähnliche Gedanken hegt, wie FANFANI. Vielleicht ist er nur imstande, sie viel kluger vorzutragen und uns den Eindruck erweckt, daß man mit dem Ministerpräsidenten MORO recht verständnisvoll sprechen könne, währenddem FANFANI vielleicht in einer echteren Art uns gleich zu verstehen gibt, was er von uns denkt.

## Valerius DEJACO

SVP, Kammer

Dr. Valerius DEJACO, 54 Jahre, Doktor der Philosophie (Sprachen), Tätigkeit im Buchhandel, seit 1946 Mittelschulprofessor in Brixen, seit 1952 Bürgermeister von Brixen. Interview am 2. April 1968 in seiner Wohnung in Brixen.

**Herr Doktor, würden Sie im Falle Ihrer Wahl die derzeitigen Vorschläge der italienischen Regierung, die allgemein als Paket bezeichnet werden, auch ohne internationale Verankerung annehmen?**

Ich bin nicht Mitglied des Parteil Ausschusses und habe daher auch nicht an der berühmten Klausurtagung des vorigen Jahres — ich glaube im März 1967 — teilgenommen. Anderen ist ja der volle Inhalt des Paketes nicht zur Kenntnis gebracht worden. Ich müßte infolgedessen Vorbehalte wegen der unvollständigen Kenntnis des Paketinhaltes machen. Immerhin, einige Kenntnisse habe ich und nun möchte ich das so zusammenfassen: 1. Wir sind reine Empfänger. Es ist, glaube ich, da von manchen Seiten ein Fehler begangen worden, wenn man uns fast als Vertragspartner Italiens ansieht, sofern wir uns für das Paket aussprechen. Das sind wir nicht. Es gibt nur einen Vertragspartner für Italien und das ist Österreich. Wenn die italienische Regierung uns diese Zugeständnisse macht, dann hat ja, glaube ich, laut Paketsvereinbarung, Österreich die Möglichkeit, den Streitfall als beigelegt zu erklären, sobald es glaubt, daß diese Zugeständnisse verwirklicht seien. Ich frage mich, wird es jemals zu einer solchen Erklärung des österreichischen Parlamentes kommen? Auf Grund dessen, daß wir nichts zu erklären haben, bin ich überzeugt, daß wir es annehmen können; umso mehr, als eine Verankerung dieses Paketes im IGH nach meiner Ansicht wertlos wäre.

Im übrigen ist ja das Leben eines Volkes keine Stasis. Es ist eine fortlaufende Entwicklung. Es werden ganz neue Momente, neue Aspekte, neue Situationen auftauchen, die sich alle wieder eingliedern lassen in den Pariser Vertrag, und von diesem Standpunkt her, glaube ich, ist das Lebendige des Volkswillens, nämlich immer wieder zurückzukommen auf den Vertrag, der unsere Rechte sichert, jederzeit und ohne weiteres gegeben.

**Wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann berufen Sie sich ausschließlich auf den Pariser Vertrag. Praktisch würden Sie dieses Paket ohne internationale Verankerung annehmen, so wie sie von der SVP dargelegt wurde und die die italienische Regierung ablehnt?**

Ja, so sehr ich eine Verankerung als wertvoll ansehen würde, wenn sie über den IGH hinausginge, könnte das Paket trotzdem angenommen werden. Ich würde meinerseits als gültige Verankerung nur einen italienisch-österreichischen Vertrag ansehen und den würde ich gerne sehen. Aber so wie die Dinge heute sind, kann ich nur wiederholen: Wir sind nur Empfänger; wir haben aber jederzeit und immer wieder die Möglichkeit, auf unsere Rechte zu pochen, die wird uns niemand nehmen.

**Aber auch ein Vertrag zwischen Italien und Österreich muß eine Instanz haben, bei der eventuelle Kontroversen vorgetragen werden können.**

Sicher, aber er ist die Grundlage, um überhaupt der Instanz die Möglichkeit zu geben, sich auszusprechen. So wie die Dinge heute sind, würde der IGH das Paket gar nicht behandeln können, weil es eine interne italienische Angelegenheit ist.

**Italien erkennt Österreich doch als Partner an?**

Nicht bezüglich des Paketes, nur bezüglich des Pariser Abkommens, von dem es behauptet, daß es erfüllt sei.

Wie erklären Sie sich die Verhandlungen über das Paket zwischen den beiden Staaten?

Ja, sie sind da, aber sie haben noch zu nichts geführt.

Glauben Sie, daß die Vorschläge im Paket dann genügen, um eine Überfremdung der deutschen und ladinischen Volksgruppe zu verhindern?

Nein, grundsätzlich genügen sie nicht. Wenn die Italiener wollen, dann setzen sie eine Überfremdung jederzeit wieder ein. Augenblicklich tun sie es ja nicht. Aber grundsätzlich ist es keine genügende Sicherung.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, um eine Überfremdung zu vermeiden?

In der Stärkung des eigenen Volkes, in jeder Beziehung, wirtschaftlich, sozial, kulturell, im eigenen Lebenswillen. Kein Paragraph wird uns jemals genügend schützen können.

Sie waren bereits 1963 Kandidat für das Parlament. Aus welchem Grund haben Sie sich wieder für die Kandidatur entschieden?

Wirklich nur wegen des Drängens der übergroßen Mehrheit des Brixner Bezirksausschusses. Ich habe meine Antwort, ob ich annehme oder nicht, erst nach der Abstimmung gegeben. Die Abstimmung hat von 93 Stimmen 83 positive ergeben. Daraufhin konnte ich eigentlich aus Respekt zum Bezirksausschuß nicht mehr nein sagen.

Welche konkreten Ziele haben Sie bei einem Wahlerfolg?

Ich sehe vor allem Aufgabenbereiche in den Fragen der Schule und Kultur. Ich komme aus diesem Beruf und glaube, daß es naturgegeben ist, daß ich mich vor allem um diese Dinge kümmern. Aber ich glaube schon, daß meine 16jährige Tätigkeit als Bürgermeister mir ganz bestimmt auch eine Menge Aufgaben auf dem Gebiet der Verwaltung bringen würde. Also, das Vorantreiben des berühmten neuen Gesetzes über die Lokalfinanzen, Gemeindefragen überhaupt. Wenn auch bei der Gemeindeordnung die Region primäre Gesetzgebungsgewalt hat, so überschneiden sich doch viele staatliche Verordnungen und Gesetze auch mit diesen Regionalgesetzen. Denken wir nur, wie sehr unsere Gemeinden von der neuen Steuergesetzordnung, der Abschaffung der Konsumsteuer betroffen werden!

Glauben Sie, die offenstehenden Probleme der Südtiroler Schule auch ohne Lösung der politischen Frage Südtirols einer befriedigenden Lösung zuführen zu können und wie?

Nein, ich glaube, ohne politische Lösung werden sich immer nur kleine Teilerfolge ergeben, um die wir sicherlich auch dankbar sein müssen. Aber eine grundsätzliche Lösung gibt es nur auf politischer Ebene.

Ist das Paket in Sachen Schule hinreichend?

Ich glaube zu wissen, daß gerade das Gebiet der Schulautonomie im Paket der schwächste Teil ist. Ich spreche nicht von der Übernahme der Lehrpersonen durch die Provinz. Das halte ich für nebensächlich. Ob jetzt das Personal in einer staatlichen Stammrolle drinnen ist oder in einer Landesstammrolle, spielt eigentlich keine Rolle. Aber die gesamte Verwaltung der Schule müßte doch in unserer Hand sein, und diesbezüglich ist im Paket weniger enthalten als die Neunzehnerkommission vorgesehen hatte.

In unserer Organisation wurde wiederholt von einer Gründung einer Filiale der Universität Innsbruck in Brixen gesprochen. Wie würden Sie sich als Abgeordneter zu einer solchen Initiative stellen?

Wenn sie realistisch wäre, absolut positiv. Aber ich glaube nicht daran. Ich glaube nicht, daß Italien als souveräner Staat es sich jemals gefallen lassen wird, daß eine

Filiale einer ausländischen Universität errichtet werde. Ich glaube, da muß man ganz andere Wege gehen.

Wenn diese Filiale zustande käme, bestünde dann nach Ihrem Dafürhalten eine Möglichkeit echter Zusammenarbeit im europäischem Sinn zwischen der zu gründenden Filiale Innsbruck und der „bestehenden“ Filiale von Padua?

Soviel ich von verschiedenen Universitätsprofessoren von Padua gehört habe, ist das Professorenkollegium von Padua sehr geteilter Meinung. Ein Teil glaubt, daß dies möglich wäre. Ein Teil ist natürlich nationalistischer eingestellt und lehnt dies ab. Ich glaube, daß die Lösung der Universitätsfrage in Südtirol darin besteht, daß man zum Aufbau einer vollkommen neuartigen modernen Universität kommt. Nicht als Filiale von Padua, nicht als Filiale von Innsbruck. Absolut ablehnen würde ich eine Filiale irgendeiner Universität Italiens, die praktisch als kulturpolitisches Strahlungszentrum wirken würde. Andererseits ist auch einmal eine sehr kleine Lösung in Betracht gezogen worden, eine Universität in Südtirol nur für unsere Jungakademiker allein, sogar mit eigenem Personal. Das würde ich ablehnen, weil sie einen zu beschränkten Horizont haben würde. Unsere Jungakademiker müssen die Möglichkeit einer bedeutenden Erweiterung haben. Wohl aber eine Universität



auf internationaler Grundlage, wie z. B. in Freiburg in der Schweiz, eine Universität, die nicht doppelsprachig, wohl aber verschiedensprachig ist, mit verschiedensprachigen Kursen, wobei zumindest für die deutschsprachigen Kurse durchwegs Professoren aus dem deutschsprachigen Kulturraum eingesetzt werden müßten.

Glauben Sie, daß der italienische Staat sich bereit erklären wird, eine solche Universität errichten zu lassen, die auf internationaler Basis aufgebaut wäre und also auch mit Fachkräften aus dem gesamten deutschen Sprachraum?

Ich glaube schon, mit der Zeit wird es möglich sein. Ich weiß, daß es an italienischen Universitäten Professoren gibt, die sehr sehr national eingestellt sind, ich weiß auch, daß die italienischen Universitäten enorm autonom sind. Wissen Sie, daß heute schon jeder Universität die Möglichkeit gegeben wäre, bei einer Prüfungskommission einen ausländischen Professor heranzuziehen? Im Rahmen dieser weitgehenden Autonomien, die die Universitäten bereits haben, glaube ich, daß Italien eines Tages wirklich bereit sein wird, eine neue Universität zu errichten, denn sehr viele Kräfte sind am Werk, auch in Italien, die Universitäten auf ganz anderer Grundlage zu verlangen, und es könnte ein Musterbeispiel werden.

Hans DIETL

SVP, Kammer

Hans DIETL, in Schlanders 1915 geboren, Hochschulstudium in Innsbruck, 1952 Mitglied des Landes- und Regionalrates, Regionalassessor in Tirol für Landwirtschaft und Forstwesen, 1963 Abgeordneter der römischen Kammer. Interview am 2. April 1968 in der Redaktion der „Südtiroler Nachrichten“.

Herr Abgeordneter, würden Sie im Falle Ihrer Wahl die derzeitigen Vorschläge der italienischen Regierung, die ja im berühmten Paket enthalten sind, auch ohne internationale Verankerung annehmen?

Nein.

Können Sie uns ein paar Gründe angeben?

Ich kann da auf die Ausführungen verweisen, die ich vor einem Jahr gemacht habe, beim Pressogespräch mit dem Fahrenden SKOLAST und die auf Grund der bisher eingetretenen — leider Gottes — eher negativen Entwicklung nur bestätigt wurden.

Sie sagen, daß die Vorschläge praktisch keine effektive Gewähr bieten gegen eine Überfremdung der deutschsprachigen und ladinischen Volksgruppe in Südtirol?

Da wäre eigentlich die Vorfrage zu klären, ob man überhaupt von echten verbindlichen Vorschlägen in der gegenwärtigen Lage der Dinge sprechen kann. Man spricht vom Paket als Ergebnis der bisher zwischen Österreich und Italien, und ergänzend zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Parteiboss geführten Verhandlungen. Aber Tatsache ist, daß wir jetzt auf Grund der ganzen Entwicklung feststellen müssen, daß eigentlich von einem verbindlichen Verhandlungsangebot insofern nicht die Rede sein kann, als sich Italien ja weigert, den Text, ganz abgesehen von der Frage der Verankerung, zwischenstaatlich festzulegen. Bevor das nicht der Fall ist, kann man doch von einem verbindlichen Verhandlungsangebot gar nicht sprechen. Und daß man überhaupt die Unverfrorenheit aufbringen kann, ein Angebot zu machen, wie es dem früheren Außenminister Dr. TONCIC gegenüber gemacht worden ist, daß man die Verhandlungsergebnisse wegen eines Carabinierioffiziers auf neutralem Boden, nämlich in der Schweiz übergibt und das als eine Art Akkordierung oder als eine Art Verankerung anschauen kann, daß man ein solches Angebot überhaupt machen kann, das, glaube ich, zeigt schon, wie sehr man die Nachgiebigkeit und Kompromißbereitschaft der anderen Seite ins Kalkül zieht.

Welche Möglichkeiten sehen Sie dann, die Südtirolfrage einer Lösung zuzuführen, wenn die italienische Regierung weiterhin auf die Ablehnung der internationalen Verankerung besteht?

Ich glaube, die Frage der internationalen Verankerung muß man in erster Linie unter einem besonderen Aspekt sehen, was uns betrifft und auch was Österreich betrifft, weil es ja in erster Linie eine Angelegenheit Österreichs ist: Es scheint mir, daß es eine Frage der Würde eines Staates ist, daß Verhandlungen, die zwölf Jahre — seit 1956 — gepflegt wurden, auch einmal in einem verbindlichen Dokument festgehalten werden, damit dann die Möglichkeit besteht, sollten die Maßnahmen nicht oder ausbleibend durchgeführt werden, daß eine internationale Instanz die Durchführung erzwingen kann. Und die Tatsache allein, daß Italien mit mehr oder weniger Berechtigung sehr viel auf Prestige hält, daß Italien den Eindruck gewinnen konnte, in der letzterflossenen Zeit herauf, daß man auf österreichischer Seite bereit wäre, auch mit dem Scheitern einer Verankerung einverstanden zu sein, bestätigt, daß man eben mit zu großer Kompromiß- und Konzessionsbereitschaft letzten Endes das Gegenteil dessen erreicht, was man erreichen will.



Und daß dadurch die Ausgangspositionen nicht verbessert, sondern verschlechtert werden.

*Sie bestehen natürlich auf die internationale Verankerung. Welche Möglichkeit sehen Sie, ihr Ziel durchzuführen?*

Ich möchte die Sache nicht nur rein auf die Frage der Verankerung abwälzen, weil das letzten Endes ja in erster Linie eine Angelegenheit Österreichs ist. Ich möchte schon auch auf die Verhandlungsergebnisse Gewicht legen, die noch sehr in Schwere sind. Einmal das. Dann ist noch ein sehr wichtiger Punkt in Betracht zu ziehen, daß man von uns zuerst das Ja verlangt, wir aber gleichzeitig wissen, daß die letzte Entscheidung dem italienischen Parlament zusteht. Es kann der Umstand eintreten, daß

österreichischer Seite ermuntert und aufgefordert, zu diesem Vertrag, der sich dann ganz und gar nicht als ein Meisterstück diplomatischer Kunst herausgestellt hat, unser Einverständnis zu geben. 1948, bei der Verabschiedung des Autonomiestatuts, ist ebenfalls von Österreich ein gewisser Druck ausgeübt worden, daß man Ja sage und wenn es bei der Praxis des ehemaligen, gottlob ehemaligen Außenministers TONCIC geblieben wäre, dann muß man auch sagen, daß man jetzt das gleiche hat feststellen müssen. Mir scheint, daß wir sowohl nicht gehen können, und es ist auch die Verantwortung zu groß. Und in diesem Zusammenhang, glaube ich, wäre es falsch, wenn man die Dinge darstellte, wie oft gesagt wird, indem man jemandem unterschiebt, er sei absolut gegen jeden

kommt mit allen Hypotheken, die drinnen sind, und mit allen Folgen, so daß man in einem Jahr schon sagen wird, daß es ein Fehler war.

*Herr Abgeordneter, aus den Zeitungen erieht man vielfach, daß den Pessimisten der Vorwurf gemacht wird, ich meine diesen Leuten, die gegen eine prinzipielle Annahme sind, daß sie einfach eine zu starre Haltung haben und daß man dem italienischen Staat wenigstens einmal einen guten Willen zeigen müßte. Man solle nicht immer auf dem Nein bestehen, vielmehr müsse man dem Staat auch zeigen, daß man wirklich bereit ist, auch irgendwelche Konzessionen zu machen.*

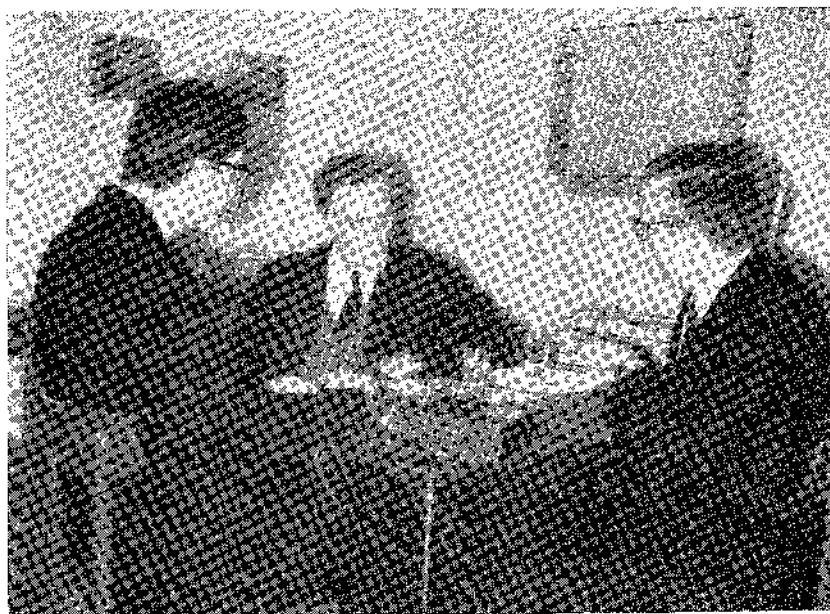
Zum Teil habe ich eigentlich schon vorher geantwortet. Aber ich möchte schon, daß klargestellt wird, daß die Art, wie man dieses Verhalten darstellt, den Tatsachen einfach nicht mehr entspricht. Denn eines ist zu sagen: ich bin gegen das Paket; und etwas anderes ist zu sagen, ich bin dagegen, daß unter diesen Voraussetzungen, unter diesen Begleitumständen, nachdem noch alles unklar ist, abgeschlossen werde. Das ist ein Unterschied. Wenn wir jetzt ein kategorisches Ja ablehnen, hat es noch nichts mit einem Ablehnen schlechthin zu tun.

*Es ist bekannt, daß sie früher immer ein Hauptgegner gegen die Richtung Aufbau waren. Können Sie uns dazu Ihre Motive und Gründe ein wenig näher erklären.*

Ich glaube, da muß man sich in die Zeit zurückversetzen und an die Umstände erinnern, unter denen es zur Richtung Aufbau, bzw. der Veröffentlichung des bekannten Manifestes — ich glaube, es war am 30. September 1961 — gekommen ist. Im Juni gleichen Jahres waren die Sprengstoffanschläge. Eine Woche später war der — man kann es schon Polizeiterror nennen. Man denke an die Mißhandlungen, wie sie damals waren. Und daß man ausgerechnet in jener Zeit, nur wenig später, hergeht und ohne die Sache zuerst in der Partei zu behandeln, überhaupt ohne einen Antrag zu stellen, praktisch erklärt, wir dürfen jetzt von der internationalen Seite der Südtiroler Frage abgehen, wir dürfen nur klein intern verhandeln, wir müssen auch dementsprechende Umstellungen vornehmen usw.! Ich glaube, das allein schon wäre Grund genug, daß man sagt, daß man in einem solchen Zeitpunkt eine solche Aktion einfach allein aus realpolitischen nüchternen Erwägungen heraus nicht machen kann und nicht machen sollte. Dazu kommt die ganze andere Frage über die Art und Weise, wie es gemacht worden ist, und daß man den Eindruck gehabt hat und haben mußte, es handle sich um eine Art Putschversuch in der Partei. Nur durch wirtschaftliche Maßnahmen kann man eine so eminent politische Frage, wie sie die unsere ist, einfach nicht aus der Welt schaffen!

*Man wirft Ihnen öfters vor, daß Sie mehr Politik betreiben und sich nur wenig mit anderem beschäftigen!*

Ich glaube, daß, wenn man einmal von gewissen, wohlüberlegten Grundforderungen in der Politik nicht abgeht, dient man gerade auch der Wirtschaft. Schließlich auch in Sache Paket. Der Widerstand gegen die jetzige Annahme des Paketes ist nicht Politik in den Wolken oben. Wenn z. B. das Vetorecht eingebaut ist, dann sind die Voraussetzungen für eine ordentliche Verwaltungstätigkeit nicht gegeben, so daß auch die Wirtschaft mit der Politik leidet. Ich möchte hier nur ein Beispiel aus der früheren Zeit erwähnen. Ich war damals — 1952 — zum Regionalassessor für Landwirtschaft und Forstwesen in Trient gewählt worden, mußte aber dann 1955, nachdem alle Bemühungen, den Artikel 14, nämlich die Verwaltung von der Region auf Südtirol, bzw. auf das Trentino zu übertragen, durch den Widerstand der Trentiner Mehrheit mißlungen waren, daraus die Folgerungen ziehen. Obwohl zuerst daraus weiß Gott welche Befürchtungen für die Wirtschaft ausgesprochen wurden,



wir Ja gesagt haben, dann aber verschiedene Punkte des Paketes noch im Parlament abgeändert werden und wir dann keine Möglichkeit mehr haben, von unserem Ja wieder abzugehen und die Frage neuerdings aufzuwerfen. Es ist sicher, daß am Tag nach unserem Ja die ganze internationale Presse die Meldung verbreiten wird, daß praktisch die Südtiroler Frage jetzt hin aus der Welt geschaffen sei und daß man mehr intern als bilateral die Regelung erreicht hätte. Wie ich es sehe, kommt diesem Aspekt sehr große Bedeutung zu. Da möchte ich nur ein Beispiel zitieren: Das Vetorecht. Da wird dann zeitgerecht dafür gesorgt werden, daß man bei der Behandlung in den beiden Häusern des Parlamentes die Lage der italienischen Einwohner in Südtirol weiß Gott wie düster schildert und daß man hier und dort das Vetorecht, das heute schon besteht, noch wesentlich oder beachtlich ausbaut. Das hat zur Folge, daß dann von einer halbwegs gesunden Verwaltung überhaupt nicht die Rede sein kann. Es handelt sich um eine grundsätzliche Frage: Kann man von uns verlangen, von europäischer Warte aus gesehen, und letzten Endes auch, wenn man das italienische Prestigebedürfnis in Betracht zieht, kann man von uns verlangen, daß wir jetzt in einer so unklaren Lage Ja sagen?

Die Erfahrungen der Vergangenheit beweisen das Gegenteil. 1948 hat man uns auch fast erpreßt. Und es ist Ja gesagt worden, und das Ergebnis war eine Verschlechterung der Lage. Das könnte sich wiederholen. Schließlich dürfen wir bei der ganzen Sache nicht vergessen, daß Österreich mit mehr oder weniger Berechtigung froh wäre, wenn die Südtiroler Frage aus der Welt geschaffen ist. Hier spielt auch das EWG-Veto eine große Rolle. Man hat uns schon 1946 beim Pariser Vertrag von

Abschluß. Eines ist, daß unter gewissen Voraussetzungen abgeschlossen wird, etwas anderes ist, in einer solchen Situation, wie wir sie jetzt haben. Ich bin davon überzeugt, und auch Gespräche mit italienischen Kollegen haben mich darin bestärkt, daß Italien jetzt auch in kleinen Fragen nichts gewährt, in der Erwartung und Hoffnung, daß wir, weil die Dinge schon sehr weit gediehen sind, zum Ja unter diesen Voraussetzungen bereit sind. Wenn man hingegen in Rom den Eindruck bekommt, daß wir unter diesen Voraussetzungen nicht bereit sind, abzuschließen, dann kann ich nur noch einmal sagen, und zwar auf Grund von Kontakten mit italienischen Kollegen, bin ich überzeugt davon, daß dann Italien intern das eine oder das andere — nicht weiß Gott wie wichtige Dinge — durchführen wird. Und das ist dann schon einmal ein neuer Beginn. Dann haben wir eher einen Beweis dafür, daß ein Gesinnungswandel eingetreten ist und man kann mit weniger berechtigtem Mißtrauen der weiteren Entwicklung entgegensehen. Und dann könnte vielleicht auch der Zeitpunkt kommen, an dem man sagen könnte, bitte, nachdem die Verhandlungen wieder aufgenommen werden, nachdem durch die Umbesetzung oder Neubesetzung am Ballhausplatz in Wien Voraussetzungen bestehen, daß man mit mehr Zielklarheit und mehr diplomatischem Geschick und mehr Einsatz, vor allem mit mehr diplomatischem Geschick, an die Frage herantritt, daß es dann für einen späteren Zeitpunkt möglich sein wird, daß man doch zu einer Lösung kommt. Aber bis dahin, bin ich überzeugt, wird Italien, wenn es sieht, daß unter diesen Voraussetzungen ein Ja nicht zu erreichen ist, intern das eine oder das andere durchführen. Und dann ist mir die Lösung viel lieber, auch wenn Österreich nicht mitreden kann, als wenn ein Ja zustande-



könnte doch wenige Jahre später durchgeführt werden, was 1955 noch als unmöglich erschienen ist. Und das war eine eminent wirtschaftliche Frage.

Meinen Sie, daß Ihr Prozeß eine positive Auswirkung auf die Wählerzahl hat?

Darüber habe ich mir eigentlich noch keine Gedanken gemacht und ich würde dem Prozeß — es sind auch schon zwei Jahre vergangen — keine Bedeutung beimessen.

Sie gelten bekanntlich als Exponent der harten Linie. Welche Erfahrung haben Sie da im Parlament gemacht? Bei Ihren italienischen Kollegen, und wie reagiert die italienische Öffentlichkeit darauf?

Ich möchte da streng unterscheiden zwischen Kollegen und der Presse, die sich einseitig manövrieren läßt. Was die Kollegen betrifft, kann ich in aller Offenheit sagen, daß ich in keiner Weise irgendwelchen Eindruck gehabt habe, daß deswegen meine Position irgendwie schlechter gewesen wäre. In keiner Weise. Im Gegenteil, mir scheint, daß einmal die Aufhebung der Immunität eher positiv wirkte. Es war der erste Fall, daß jemand aus politischen Gründen darauf bestand, daß die Immunität aufgehoben wird, und daß seinem Wunsch dann Folge geleistet wurde. Einmal das. Aber vor allem scheint es mir, unten wichtig zu sein, daß man zu verstehen gibt, was wir eigentlich wollen. Und daß sie den Eindruck haben, daß das, was man sagt, daß das auch empfunden wird und daß das nicht nur irgendeine Erklärung beim Fenster hinaus ist. Und ich glaube schon, daß es in dieser Hinsicht sehr wichtig ist und daß man auf diese Weise Verständnis findet. Man braucht nur darauf hinzuweisen, und ich habe es oft schon getan, und zu sagen, bitte, was tätest Du, wenn Du in unserer Lage wärest?

Wollen Sie damit gleichzeitig sagen, daß es Vertreter Südtirols in Rom gibt, die sich nicht einmal getrauen zu sagen, was Südtirol will?

Nein, ich möchte nur besonders betonen, diesen Punkt besonders unterstreichen.

Ich verstehe nicht ganz, diese Aufhebung der Immunität, mit der die Kollegen einverstanden gewesen sind... Würden Sie das als Positivum ansehen? Meiner Ansicht nach haben Sie das vielleicht deshalb getan, damit...

Ich habe die größten Schwierigkeiten gehabt, die Aufhebung der Immunität überhaupt zu erreichen. Ich könnte es nachweisen. Z.B. vor der Aufhebung, vor der Behandlung am 13. Juli 1965, hat mich der Fraktionschef, der Abg. FERRI, angerufen und hat mit Bezug auf den Tagesordnungspunkt erklärt, daß seine Partei aus grundsätzlichen Erwägungen heraus gegen die Aufhebung stimmen müsse und das auch erklären wolle und dafür eine Begründung angeben werde. Ich habe ihn darauf gebeten, wenn irgendwie möglich, davon abzugehen. Immerhin sah ich ein, daß sie es von ihrem Standpunkt aus machen müßten und ich habe ihn gebeten, sie sollten wenigstens keine Erklärung abgeben, und zweitens, daß nur eine kleine Vertretung komme, damit sie zahlenmäßig kein Gewicht haben. Und er hat keine Erklärung abgegeben und es waren nur zwei oder drei Sozialisten dort, die zwar gegen die Aufhebung gestimmt haben, eben weil sie aus prinzipiellen Erwägungen bei einem Kollegen, der wegen politischer Vergehen angeklagt ist, gegen die Aufhebung sein müssen. Weil ja die Immunität in diesem Falle der notwendige Schutz für die Opposition ist. Interessanterweise war darunter auch Loris FORTUNA, der sich nachher dann aus freien Stücken bereit erklärt hat, meine Verteidigung zu übernehmen. Es klingt vielleicht sonderbar, aber es war wirklich so, daß ich die größten Schwierigkeiten gehabt habe, die Aufhebung der Immunität zu erreichen, weil es eben grundsätzlich eine politische Frage ist, die letzten Endes alle Parteien betrifft. Denn wenn es im einen Fall gewährt wird, könnte es unter Umständen auch in einem anderen Falle gewährt werden.

Von verschiedenen hört man, daß praktisch in jener Kundgebung von Sigmundskron 1957 die Keime für die folgenden Sprengaktionen gelegt wurden. Was sagen Sie dazu, Herr Abgeordneter?

Da möchte ich in aller Form erklären, daß davon überhaupt keine Rede sein kann. Und ich möchte dazu ergänzen, daß schon 1956 im September durch die unbefriedigende Entwicklung in Trient — Regionalautonomie —, durch die forcierte Zuwanderung die Absicht bestanden hat, eine Protestkundgebung in Bozen abzuhalten, die damals verboten worden ist. Und es ist dann praktisch beim Verbot geblieben. Dann hat man sie 1957 durch einen konkreten Anlaß regelrecht provoziert. Und zwar hatte der damalige Minister für Öffentliche Arbeiten, anstatt, daß er sich um die Südtiroler Straßen gekümmert hätte, zusätzlich zu den vielen Millionen, die für das forcierte Wohnbauprogramm in Bozen bewilligt worden waren, noch weitere 2,5 Milliarden als außerordentliches Programm dafür ausgeworfen. Die Lage in Trient hatte sich ebenfalls in der Zwischenzeit verschlimmert, so daß es notwendig war, der Bevölkerung einmal die Gelegenheit zu bieten, in einer Willenskundgebung sich zu äußern. Unsomewhat, als immer wieder, sei es in Tirol wie in Trient, damals der Standpunkt vertreten worden ist, es seien bei uns eigentlich nur zwei oder drei, die aus der Politik ein Geschäft machen, in Wirklichkeit sei die Bevölkerung mit der Situation zufrieden. Draußen in Sigmundskron ist, was die Partei betrifft, wirklich alles getan worden, um den Unmut, der bestanden hat und berechtigt war, in gereinigten Bahnen zu halten und es bei einer disziplinierten Protestkundgebung bewenden zu lassen.

Wir baten Dr. Egmont JENNY, uns je einen Kandidaten der SFP für Kammer und Senat zu nennen. Diese haben wir interviewt.

## Hans Toni HOFFER

SFP, Senat

Hans Toni HOFFER, geboren 1916 in Bozen, Kaufmann in Bozen, Senatskandidat der SFP im Wahlkreis Bozen. Das Gespräch fand am 2. April 1968 in den Räumen der SF statt.

Sie sind Kandidat der SFP. Aus welchem Grund haben Sie sich für die Parlamentskandidatur in dieser Liste entschieden? Wir bitten Sie möglichst kurz zu antworten!

Das hängt damit zusammen, warum ich mich überhaupt entschieden habe, da ich



nie in einer Partei war. Ich habe mich immer mit politischen Problemen befaßt, weil es mich interessiert und in letzter Zeit ist auch die Sorge dazugekommen, wie ich finde, daß die Zustände langsam nicht mehr tragbar und nicht mehr zu verantworten sind. Ich sehe, daß man irgendwas unternehmen muß. Wo ist die Partei, die auch meinen Anschauungen entspricht? Die SFP ist insofern ideal, weil sich meine persönlichen Ansichten mit dem Programm der SFP decken. Jedoch muß ich dabei zwei Sachen unterscheiden: grundsätzliche Einstellung zur Umwelt, einerseits und die Probleme in Südtirol andererseits. Ich bin ein Mensch, der sehr aktiv ist. Ich bin im Vorstand und ich wurde als Kandidat bei der Abstimmung vorgeschlagen. Ich bin der Anschauung, daß man diesen Entschluß, sich zur Wahl zu stellen, fassen mußte, denn die Glaubwürdigkeit unserer Partei als Alternative hätte darunter gelitten, wenn wir uns bei dem ersten größeren Treffen gedrückt hätten. Wünschenswert wäre gewesen, wenn zuerst die Regionalratswahlen gewesen wären, weil wir dabei mit einem Achtungserfolg auch ein politisches Ergebnis gehabt hätten. Wir sind uns der Problematik sehr bewußt, natürlich wie die SVP es hinstellt, daß es ein Stimmenverlust und Schaden ist für Südtirol; so einseitig möchte ich dies nicht sehen. Theoretisch gesehen — man weiß natürlich nicht, inwieweit bei den Unzufriedenen der Wunsch nach Demokratisierung und nach einer neuen Linie da ist — besteht die Möglichkeit, daß die Südtiroler Volksgruppe sogar drei Senatoren bekommt anstatt zwei. Was wir bei den Abgeordneten vielfach verlieren, könnte man unter Umständen bei den Senatoren dazugewinnen. Es ist immer der Dreh der SVP zu den Wahlzeiten gewesen, das Volk zusammenzuhalten und, wie es heißt, zur Treue zur Heimat aufzurufen, um die Wahl als Einheitspartei zu bestechen, sich bestätigt zu sehen. Und dann geht es im alten Trott weiter. Ich finde, daß man die Wahl nicht nur nach dem Gesichtspunkt der Mandate beurteilen soll, so sehr das wünschenswert ist. So wie ich die Dinge jetzt sehe, sind es die ersten freien Wahlen seit dem Zusammenbruch der Demokratie, also seit 1922... Jedochmal, wenn eine Gruppe in der SVP seit 1946 versucht, eine eigene Meinung zu vertreten, wird sie in Kürze erledigt sein, wie damals beim „Aufbau“, bei RAFFENNER, bei Dr. JENNY. Und als letztes das Interview von Dr. SAND, heute noch SVP-Senator, das wohl zu wenig beachtet worden ist, und an das man sich in späterer Zeit noch sehr erinnern wird. Gerade die Südtiroler Volksgruppe kann nicht ohne Freiheit und Demokratie auskommen; entweder man entscheidet sich für die Einheitspartei, für ihre Marschroute oder für die Demokratie; das ist die wesentliche Frage. Man kann uns nicht vorwerfen, wie Abg. VAJA gerade vorhin gesagt hat, „vergeßt Südtirol nicht!“. Das ist unfair, uns das vorzuwerfen, nur weil wir nicht die Richtung der SVP einhalten. Man wird nicht einem Bundesdeutschen vorwerfen, er ist kein guter Deutscher, weil er Sozialdemokrat ist... Das gibt es in der ganzen freien Welt nicht. Es muß einmal auch zugestanden werden, daß jemand, der nicht den sturen Parteiparolen der SVP folgt, trotzdem, vielleicht sogar deshalb, ein guter Südtiroler sein kann. Es heißt, man kann innerhalb der Volkspartei seine Meinung ohne weiteres vertreten. Das kann man nicht. Das sage nicht ich, die letzten Jahre beweisen das. Das genügt.

Glauben Sie, daß dieser Wahlausgang für den Bestand Ihrer Partei entscheidend ist und daß er Auswirkungen auf die im Herbst bevorstehenden Landtagswahlen hat?

Der Ausgang ist nicht in dem Sinne entscheidend, daß wir bestehen oder nicht bestehen, denn, wenn sich eine Gruppe von Idealisten — es kann sich nicht um

anderes drehen, es ist nicht herauszuholen, höchstens finanziell zuzulegen. Für uns ist es eine Bestätigung, daß wir da sind. Jeder Erfolg ist ein Achtungserfolg. Was über einen bestimmten Prozentsatz hinausgeht, würde ich geradezu als Sensation bezeichnen...

*Herr HOFFER, glauben Sie, daß eine politische Spaltung der Südtiroler Bevölkerung jetzt auf nationaler Ebene im Parlament die Durchschlagskraft der Südtiroler bei der Verwirklichung ihrer politischen Ziele schwächt?*

Ich bin Unternehmer, ich bin Kaufmann, ich habe ein besonders feines Gespür für Slogans. Ich schaue mir jedes Plakat an, mich interessiert die Werbung in der Zeitung. Ich mache mir Gedanken darüber. Und das Wort Spaltung, das mir immer von Freunden und anderen vorgelegt wird, hat einen gewissen Eindruck auf mich ausgeübt: das muß ich offen zugeben. Daß es mit der Volkspartei nicht mehr geht, das sehen wir ein. Sie rufen zur Einigkeit und zum Sammeln auf, dabei sieht jeder Südtiroler, der sehen will, daß sie innerhalb der Partei selbst streiten. Das ist auch nicht das Demokratische, das ist ein Personenstreit um Positionen und Stellen. Es gibt wohl Richtungen, die eine ist radikalere, die andere gemäßigter, aber Meinungsbildung nach europäischem Muster, dem Muster der freien Welt, gibt es nicht. Ich würde dem Vorwurf nur dann zustimmen, wenn eine der beiden Parteien Anti-Südtirol-Politik betreiben würde. Da ist die SVP natürlich nicht ausgenommen. Im Gegenteil, ich bin der Meinung, daß die SVP und die Südtirolpolitik der letzten Jahre der Südtirolpolitik tatsächlich geschadet haben. Aber wenn die SVP behauptet, und ich bin auch überzeugt, daß sie bona fide dies sagen, die Südtirolinteressen zu vertreten und wir dasselbe tun, so kann es höchstens eine Sache der Wege, der Mittel sein. Das ist ja das demokratische Kräftespiel, daß man miteinander spricht und zur gegebenen Zeit gemeinsam das Ziel verfolgt. Und ich kann mir nicht vorstellen, daß, wenn man in Rom zu zweit auftritt, also ein Südtiroler von der SFP und ein Südtiroler von der SVP, daß das ein Nachteil sein könnte. Nachdem wir ja alle das Beste wollen, ist aber auch das eine Demokratisierung notwendig. Auch da muß jemand sein, der sich erlauben kann zu sagen, mein lieber Freund, das geht nicht. Es wäre z. B. seit Jahren notwendig gewesen, zu sagen: Nein, keine Geheimverhandlungen. Denn, um kurz die Sache zu streifen, der Höhepunkt der Südtirolverhandlungen war zweifellos die Erkenntnis vom damaligen Außenminister SARAGAT und die Einvernahme des damaligen österreichischen Außenministers Dr. Bruno KRELSKY, das sogenannte Paket zur Durchführung zu bringen, ein internationales Schiedsgericht, eine Kommission zu nennen, die fünf Jahre lang die Verwirklichung dieser Rechte und Kompetenzen verfolgt und überwacht. Und nach fünf Jahren können die Interessierten Teile, das sind in diesem Falle die Südtiroler als Interessierte und Österreich als Schutzmacht, sagen, wir sind zufrieden oder nicht, d. h. ob sie der Ansicht sind, daß dieses Paket in die Realität umgesetzt worden ist oder nicht. Das war der Höhepunkt der Südtiroler Verhandlungen, während TONCIC, der frühere Außenminister, in den letzten zwei Jahren alle diese kleinen Vorteile, die Österreich im harten Ringen und im diplomatischen Kampf instande war, an sich zu ziehen, alle wieder aus der Hand gegeben hat. Die sind jetzt so weit, daß man sich streitet, ob man den Haager Gerichtshof erreicht oder nicht. Der Haager Gerichtshof ist aber ein alter Hut. Der Haager Gerichtshof nützt uns überhaupt nichts. Es ist ein internationales Forum, das lediglich auf Antrag von Mächten entscheidet, ob dieses oder jenes Abkommen laut Gesetz durchgeführt worden ist. Es hat keine Durchführungsmöglichkeit. Haag kann lediglich Wege feststellen. Das dauert aber Jahre. In dieser Zeit, die ver-

streicht, sind die Südtiroler ja längst schon geliefert.

*Der Vorsitzende der SFP, Dr. JENNY, hat wiederholt die Kulturpolitik unseres Landes kritisiert. Sie sind doch Vorsitzender des neugegründeten Kulturringes. Könnten Sie uns vielleicht sagen, welche Kulturpolitik Sie betreiben wollen?*

Sehen Sie, auch auf diesem Gebiet dreht es sich um eine Demokratisierung. Die SFP, ich selbst schaue mit Sympathie auf jede Äußerung von Willensbildung, von Opposition, die von seiten der jungen Menschen, der Akademiker und Studenten kommt. Z. B., ich nehme in diesem Zusammenhang „Die Brücke“, obwohl „Die Brücke“, weiß Gott, nicht sanft mit uns Sozialdemokraten umgegangen ist. Aber allein die Tatsache, daß sich junge Menschen Zeit nehmen — das Geld haben sie gekriegt und das ist zu begrüßen, und es ist ganz wurscht an sich, wo es herkommt —, jedenfalls die Tatsache allein, daß sie den Mut haben, eine Opposition, das wäre auch eine Opposition gegen die Volkspartei letzten Endes, zu bilden und ihrem Willen Ausdruck zu verleihen... Ob sie uns dann kritisieren, darüber läßt sich reden. Das ist Demokratie. Sie sollen ruhig uns kritisieren, wir werden uns wehren, wir werden versuchen, unseren Standpunkt zu verteidigen. Was in Südtirol passiert, ist im ganz kleinen Umfang dasselbe, was in Europa passiert. Diese Studentenunruhen, von denen natürlich der Spießher sagt, was wollen diese Lausbuben, die sollen lieber studieren, ohne daß er sich Gedanken darüber macht, daß jede politische Meinungsbildung, jeder Ruf nach Freiheit und Demokratie einen Grund haben muß. Nur um die Zeit zu vertreiben, nur um sich unsympathisch zu machen, machen das diese jungen Leute nicht. Studentenunruhen in Spanien, in Italien oder in Deutschland, wenn sie auch aus verschiedenen Gründen entstehen, und diese Belebung, dieses Interesse der Südtiroler Hochschüler und dieser jungen Leute überhaupt, das ist ein Zeichen dafür, daß sich die Jugend Gedanken macht, daß sie sich auch Sorgen macht über den Zustand. Und das ist zu begrüßen. Es ist nämlich, wenn man die Südtiroler Situation betrachtet, von unserer Seite schwer zu sagen, wo es eigentlich schlimmer steht. Steht es am schlimmsten auf wirtschaftlichem Sektor, oder auf kulturellem Sektor, oder auf sozialem Sektor, oder auf politischem Sektor. Wenn man nun ein Problem nach dem anderen betrachtet, kommt man eigentlich zur Überzeugung, daß alles sehr schlecht steht. Auf kulturellem Sektor ist es untragbar, daß ein Privatverein, das Kulturinstitut, sämtliche Hebel der kulturellen Betätigung in den Händen hält, daß es Stipendien vergibt nach eigenem Gutdünken und eigener Höhe.

Man muß wissen, Südtirol lebt und wird so weiterleben, wie seine Jugend weiterbesteht. Leute so wie ich, die fünfzig Jahre sind, die können noch Verschiedenes leisten. Aber maßgebend für die Zukunft können wir nicht sein. Die Zukunft heißt Jugend. Die Zukunft sind die Jungen, sind die Leute, die heute studieren, die heute ihr Abitur machen, die heute ihren Doktor machen. Die formieren sich in den nächsten Jahren, die verheiraten sich, die bilden den Humus, das ist das eigentliche Südtirol. Und daß diese Leute sich Gedanken machen und ihre Gedanken zu Papier bringen und eine Zeitung herausbringen, Diskussionen machen und sich mit den Problemen, ob diese jetzt religiöser oder kultureller oder politischer oder sozialer oder wirtschaftlicher Natur sind, das ist für Südtirol an sich ein Novum. Das hat es ja noch nie gegeben.

Uns hat in erster Linie das Kulturproblem ins Auge gestochen. Wir haben diesen Kulturring gegründet, in dem ich provisorischer Obmann bin, um in das Kulturgeschehen von Südtirol in das, was uns durch Prof. ZELGERS Gnaden präsentiert und dargeboten wird, eine Variante hineinzubringen. Ich würde auch begrüßen, wenn

morgen ein Gerhard ZWERFENZ oder der Günther GRASS aufgeführt würde. Nicht, daß ich über Günther GRASS beglückwünsche bin. Es dreht sich auch hier um eine kulturelle Befreiung. Ich mache mir Gedanken und frage mich, wann wird der Südtiroler mündig? Wann ist er volljährig? Wann darf ein Mensch, der zwanzig, dreißig, vierzig, fünfzig Jahre alt ist, wann darf der einmal sehen, hören, lesen, was ihm paßt? Rund um ihn herum, in ganz Italien, im ganzen westlichen Europas gibt es ja nichts anderes mehr. Diesen Gewissenszwang, diese Diktatur in der Kultur, das ist ja ein Unikum. Südtirol bildet beinahe auf der kulturellen und politischen Landkarte Europas einen weißen Fleck. Mit der Ausrede, daß wir völkische Probleme zu verteidigen haben und „Mander, nur nicht lugg lassen“ und zusammenhalten, wird größtes Schindluder getrieben. Und das brauche ich nicht zu beweisen. Sie brauchen nur zu schauen, was sich da abspielt. Z. B. in Deutschland regt sich die Jugend auf und protestiert, weil ein Axel Springer ein Pressemonopol in den Händen hat. Kein Mensch macht sich aber Gedanken, daß die Athesia durch Beherrschung fast der gesamten Presse ein Monopol in den Händen hat. Dagegen ist Axel Springer nur ein Waisenknabe. Und wenn ich das Programm vom Grillhof lese, daß der Toni EBNER spricht über Möglichkeiten der politischen Meinungsbildung, dann kann ich nur trocken husten. Denn das ist ein derartiger Witz, weil er weiß, wie schwer es ist, beinahe unmöglich, eine oppositionelle Tageszeitung zu gründen.

Diese ganzen Umstände haben uns bezwungen, den Südtiroler Kulturring zu gründen, der natürlich momentan stillliegt, weil die Wahlvorbereitungen vorgenommen werden. Aber wir wollen Vorträge bringen, Dichterlesungen, Ausstellungen, Konzerte, Theateraufführungen, um in diese kulturellen Darbietungen eine Variante hineinzubringen, um die Sache ein bißchen aufzulockern, um den Leuten die Gelegenheit zu geben, einen Vergleich anzustellen. Wobei ich gar nicht sagen will, daß der Vergleich zu unseren Gunsten ausfallen muß. Aber allein in der Tatsache, daß auch hier demokratisiert wird, daß die Leute die Möglichkeit haben, verschiedenes zu hören, zu sehen, allein da liegt an sich schon der Vorteil.

## Luis LUNGER

SFP, Kammer

Luis LUNGER, Interview am 3. April 1968 im Sekretariat der SFP.

*Würden Sie die derzeitigen Vorschläge der italienischen Regierung, die im sogenannten Paket enthalten sind, auch ohne internationale Verankerung annehmen?*

Das Paket an sich kenne ich nicht, aber soweit aus den Presseberichten hervorgeht, würde ich es auf keinen Fall annehmen, schon aus grundsätzlichen zwei Erwägungen heraus: 1. Müßte das Paket von allen Südtirolern diskutiert werden und nicht nur von einer Gruppe allein, und 2. müßte es sich um ein internationales Abkommen handeln, das international verankert ist. Man kann das Paket nicht als Geschenk betrachten. Wir von der SFP sind der Ansicht, daß eine befriedigende Lösung nur in Form einer vollständigen Landesautonomie möglich ist.

*Herr Dr. LUNGER, Sie sind Kandidat der SFP. Aus welchem Grunde haben Sie sich für die Kandidatur in die Kammer für diese Liste entschieden?*

Ich bin sowieso schon von allem Anfang an bei dieser Gruppe gewesen. Ich war schon bei der Gründung des Arbeitskreises

für sozialen Fortschritt beteiligt und bin selbstverständlich nach dem Hinauswerfen Dr. JENNYs freiwillig aus der SVP ausgestiegen. Nachher war ich auch Gründungsmitglied der SFP. Daher finde ich es als Selbstverständlichkeit, daß wir uns dieser Wahl stellen, um damit endlich den für Südtirol unbedingt notwendigen Demokratisierungsprozeß einzuleiten.

Und wie stellen Sie sich die Zusammenarbeit mit den Parlamentariern der SVP auf nationaler Ebene, nämlich in Rom vor? Gibt es überhaupt eine Zusammenarbeit und wenn ja, auf welchen Gebieten?

Ich glaube, daß eine Zusammenarbeit auf nationaler Ebene durchaus möglich sein müßte, selbstverständlich abgesehen von unserem grundsätzlichen Standpunkt als Sozialdemokraten. Aber ich glaube, nach den Wahlen muß jeder Vertreter in Rom die Interessen der Südtiroler Bevölkerung vertreten, ob er aus der SFP oder aus der SVP ist. Dabei hat selbstverständlich jeder seine eigene Meinung darüber, wie er am besten die Südtiroler Volksgruppe vertritt.

In dieser Hinsicht gehen Sie also parallel mit der SVP und haben die gleichen Grundsätze?

Was heißt „die gleichen Grundsätze“? Man kann das von vornherein nicht sagen. Erstens war ich nie in Rom und zweitens kennt man als neuer Kandidat von vornherein die Verhältnisse in Rom nicht so genau, aber ich glaube, in grundsätzlichen Fragen der Südtirolpolitik müßte doch eine Zusammenarbeit möglich sein, vorausgesetzt, daß die Südtiroler Volkspartei die Soziale Fortschrittspartei als Partner der Volkspartei ansieht.

Man wirft dem Parteivorsitzenden Dr. JENNY vor, daß seine Partei einen ideologischen Sozialismus vertrete, der in dieser Form von den Sozialisten Österreichs und Deutschlands (Godesberger Programm) als überholt aufgegeben wurde. Dr. JENNY führt seine Opposition ja noch im Sinne des Klassenkampfes, während die sozialistischen Parteien Österreichs und Deutschlands diese Prinzipien bereits ablehnen. Was sagen Sie dazu?

Ich glaube, daß die Meinung, die Sie da vorbringen, nicht ganz richtig ist. Ich glaube nicht, daß Dr. JENNY eine überholte Ideologie vertritt. Wir haben uns schon von Anfang an, abgesehen von allen übrigen Freunden der Sozialistischen Partei in Österreich, an Dr. KREISKY angelehnt und wir sind immer der Meinung gewesen, daß ein Sozialismus in Südtirol sich nur nach den Verhältnissen in Südtirol richten kann. Man kann weder einen österreichischen Sozialismus nach Südtirol verpflanzen, noch einen französischen, noch einen deutschen. Genauso wie man nicht den italienischen Sozialismus nach Südtirol verpflanzen kann. Der Sozialismus muß den Verhältnissen in Südtirol angepaßt werden, wobei die Grundsätze des Sozialismus aufrecht bleiben.

Welche sind die „Grundsätze des Sozialismus“, die Sie hier im Hintergrund vertreten?

In erster Linie eine möglichst vollständige Demokratie — eine vollständige Demokratie werden wir wahrscheinlich nie zustande bringen —, aber eine möglichst vollständige. Dies ist genau der Grundsatz des demokratischen Sozialismus. Und ich glaube, in diesem Grundsatz ist alles übrige enthalten, sowohl die politischen und sozialen, als auch die wirtschaftlichen Grundsätze.

Können Sie uns beispielsweise die wirtschaftlichen Grundsätze, die darin enthalten sind, aufzählen, d. h. Ihr wirtschaftliches Konzept kurz kennzeichnen?

Das wäre sehr weitläufig. Demokratie heißt vor allem einmal „Gleichberechtigung für alle“, so daß jeder Mensch das Recht hat, seine Gedanken darzulegen und öffentlich zu vertreten. Auf wirtschaftlichem Gebiet müßte man über die einzelnen Sparten sprechen. Es wäre vor allem die Arbeitsbeschaffung für jeden in der

Heimat zu nennen, damit verbunden das Problem der Industrialisierung, die Abwanderung vom Lande, die Entwicklung der EWG. Ich glaube, es gäbe hier einen sehr langen Diskurs. Auf kulturellem Gebiet natürlich genau dasselbe: Eine Kultur kann niemals von einer Gruppe oder von oben her bestimmt werden, sondern muß sich aus einer Gemeinschaft heraus entwickeln, wobei vor allem alle Strömungen und Richtungen mit berücksichtigt werden müssen.

Die Grundeinstellung diesen Problemen gegenüber hätten wir gern klarer ausgedrückt bekommen. Stimmt sie in großen Zügen mit der der SVP überein?

Ich glaube nicht, denn die SVP hat immer den Standpunkt vertreten: Zuerst Politik, dann erst Wirtschaft, soziale Fragen und Kultur. Diese Fragen wären erst dann anzufassen, wenn wir einmal die Landesautonomie erreicht hätten. Das ist falsch. Denn sie können niemals von der Politik getrennt werden. Man kann nicht sagen, die Politik hat den Vorrang vor der Wirtschaft. Die letzteren Fragen sind genauso in der Politik zu berücksichtigen, wie die politischen Fragen in der Wirtschaft. Die SVP hat hier immer einen anderen Standpunkt eingenommen und hat gemeint: Politik geht vor Wirtschaft. Die Folgen sehen schlimm aus. Wir sind z. B. von 1951 bis 1966 im Pro-Kopf-Einkommen vom 12. auf den 25. Platz (der Provinzen) herabgesunken. Umgekehrt sind die Investitionen in der Privatwirtschaft und in der öffentlichen Verwaltung 1966 am 61. Platz gestanden. Damit stehen wir ziemlich unten. Man hat also auf wirtschaftlichem Gebiet viel zu wenig getan.

Man wirft der Partei vor, daß sie Opposition nur der Opposition willen betreibt und keine positiven Alternativvorschläge macht. Was sagen Sie dazu?

Wir führen keine Opposition der Opposition willen, sind aber überzeugt, daß die Herbeiführung einer demokratischen Ordnung in Südtirol nur durch eine zweite Partei möglich ist. Weil in einem einheitsparteilichen System nur eine gewisse politische Gruppierung die Geschicke der Partei bestimmt, kann eine demokratische Entwicklung nicht stattfinden, weil keine Kontrolle und kein Wettbewerb möglich sind.

Vertreten Sie noch das „Prinzip des Klassenkampfes“ im Sinne von Marx — wir möchten damit an eine obige Frage wieder anknüpfen — und wenn ja, mit welchen Gegebenheiten in Südtirol begründen Sie es?

Eine gewisse Art von Klassenkampf wird immer vorhanden sein. Aber der Marxismus ist für uns eine geschichtliche Tatsache, die seinerzeit ihre Berechtigung gehabt hat, aber heute nicht mehr. Heute ist der Marxismus überholt und gehört in die Lehrstuben der Hochschulen.

Aber was verstehen Sie dann unter dem „Prinzip des Klassenkampfes“? Und warum wäre es auf Südtirol anzuwenden? Dr. JENNY behauptete im SKOLAST-Interview am 11. Dezember 1965 und im Regionalrat, der Klassenkampf wäre in Südtirol noch stärker zu forcieren. Was sagen Sie dazu?

Ich habe mich mit Marxismus sehr wenig beschäftigt. Den Sozialismus passen wir in Südtirol auf die heutigen Verhältnisse an.

Aber Sie verteidigen das „Prinzip des Klassenkampfes“ als sozialistisches Prinzip?

Ich habe schon gesagt, daß ein gewisser Klassenkampf immer da sein wird. Z. B. der Kampf der Gewerkschaften für bessere Verhältnisse der Arbeiterschaft. Aber dieser Klassenkampf ist ein ganz anderer als er damals war im Sinne des Marxismus. Wenn Sie heute zu einem Arbeiter sagen: Du bist ein Proletarier, dann wirft er Sie zur Tür hinaus. Heute ist im Gedanken des Klassenkampfes vielleicht ein humanitärer Gedanke enthalten.

## Karl MITTERDORFER

SVP, Kammer

Dr. Karl MITTERDORFER, aus Gries bei Bozen, 48 Jahre, Beamter, seit 1958 Abgeordneter in der römischen Kammer. Interview am 3. April 1968 in der SH, Bozen.

Herr Abgeordneter, würden Sie im Falle Ihrer Wahl die Vorschläge, wie sie jetzt im Paket vorliegen, auch ohne internationale Verankerung annehmen?

Die Verankerung stellt ein echtes Anliegen unsererseits dar, da der ganze Streit, sofern er vor den Vereinten Nationen dargelegt werden konnte, seinen Ursprung in der mangelnden Durchführung des bestehenden Statuts gehabt hat. Es hat sich gezeigt, daß die neuen innerstaatlichen Garantien nicht genügen, um die Durchführung der vorgesehenen Maßnahmen sicherzustellen. Eine andere Frage ist die, wie die Verankerung aussehen müßte. Hier ergeben sich Möglichkeiten, elastisch zu sein. Es geht ja um die Garantie der Durchfüh-



rung, und man könnte sich Formeln vorstellen, die diese Garantie ohne allzugroße Belastung des italienischen Prestigedenkens ermöglichen könnten.

Würden Sie das Paket jetzt auch ohne internationale Verankerung annehmen oder nicht?

Das ist eine Entscheidung, die die Partei trifft. Bis heute steht die Partei auf dem Standpunkt, daß die Verankerung notwendig ist und daß irgendeine Form der Verankerung kommen muß, über die die Parteigremien und letztlich die Landesversammlung zu entscheiden haben wird.

Ist das auch Ihre persönliche Meinung?

Das ist auch meine persönliche Meinung.

Bieten die Vorschläge der italienischen Regierung im Paket nach Ihrer Meinung eine wirksame Gewähr gegen eine Überfremdung der deutschsprachigen und ladinischen Bevölkerung?

Im Paket sind eine ganze Reihe Maßnahmen und Möglichkeiten enthalten, die uns der Sicherung unserer Volksgruppe näherbringen und von denen wir hoffen können, daß sie genügen werden. Aber wir sind dessen nicht absolut sicher. Umso mehr, als ganz bestimmte Maßnahmen, die direkt eine solche Sicherung gegen die Unterwanderung bieten würden, nicht enthalten sind, und es also beim Paket wohl vom guten Willen des Staates weitgehend abhängen wird, ob diese Maßnahmen zu einer solchen Sicherung führen werden oder nicht.

Wenn die Maßnahmen durch eine internationale Verankerung festgelegt wären, würden Sie dann Ihrer Meinung nach die Gewähr bieten?

Die Situation ist die: Das Paket stellt einen Kompromiß dar. Wenn dieser Kompromiß im Sinne der Abmachungen gemäß durchgeführt würde, dann würde er schon

eine gewisse Gewähr gegen die Überfremdung geben. Allerdings braucht es diese Garantie für die Durchführung, denn wir sind ja belastet durch eine langjährige Erfahrung, die ein negatives Vorzeichen hat.

*Wenn die Regierung auf die Ablehnung einer weiteren Verankerung beharrt, welchen Weg sehen Sie dann zur Lösung der Südtirolfrage?*

Ich habe den Eindruck, daß man wenigstens bisher unsere Forderung auf Garantie der Durchführung bei gewissen politischen italienischen Stellen versteht, man also auf der Suche nach Formeln ist, die für uns und den italienischen Staat tragbar sind. Sollten solche Formeln nicht gefunden werden, und sollte keine Garantie denkbar sein, dann glaube ich, würde für die Partei eine neue Situation entstehen, und man müßte das Ganze noch einmal von vorne überprüfen. Es ist klar, daß es dann nicht mehr um Wünsche geht, sondern um die reale Möglichkeit, unsere Situation zu verbessern. Bisher haben wir die Beschlüsse der Partei und wir haben alle die Aufgabe, uns daran zu halten.

*Halten Sie die derzeitigen Vorschläge im Paket für ein Maximum dessen, was der italienische Staat geben kann?*

Geben will. Ich habe den Eindruck, daß wir in den Verhandlungen, sei es auf bilateraler Ebene, sei es auf der Ebene der persönlichen Kontakte zwischen dem Obmann der SVP und dem italienischen Ministerpräsidenten, zu einem Punkt gelangt sind, über den es in der gegenwärtigen Situation schwer sein wird, hinauszukommen. Das schließt nicht aus, daß in gewissen Punkten die Italiener in ein „*ripensamento*“, ein Neuüberdenken eintraten und daß in gewissen Punkten uns ein Entgegenkommen weiterhin möglich ist. Es ist auch möglich, daß die Gesamtsituation sich so verändert, daß in einer neuen Atmosphäre auch weitere Dinge, die für uns wesentlich erscheinen, noch gewährt werden können. So, wie die Dinge heute liegen, glaube ich, daß wir auf diesem Verhandlungswege alles das herausgeholt haben, was herauszuholen war.

*Geht Ihre Meinung dahin, daß die italienische Regierung bei einer Annahme der jetzigen Vorschläge dieselben auch in großzügiger Weise und auch Ihren persönlichen Erwartungen entsprechend durchführen wird?*

Darauf ist schwer zu antworten. Die Erfahrung läßt uns nicht optimistisch sein. Trotzdem ist eine gewisse Änderung bei verantwortlichen italienischen Politikern erfolgt, das ist unzweifelbar. Man weiß jedoch nicht, inwieweit eine Schwalbe den Sommer macht. Und aus direkter Erfahrung unserer römischen Kontakte wissen wir, wie klein die Zahl derjenigen ist, die einen echten Willen zur Lösung mitbringen, während viele andere entweder meinen, daß die Paketvorschläge schon weil mehr seien, als was man uns geben könnte, oder gar nicht wollen, daß es zu einer Lösung des Problems kommt, weil sie das Problem nicht in seinen Grundlagen erfassen. Das ist wohl die größte Schwierigkeit, mit der wir in Italien zu kämpfen haben, daß man das Problem der nationalen Minderheit nicht begreift.

*Herr Dr. Mitterdorfer, Sie haben wiederholt erklärt, daß die Mittelinks-Regierung Italiens den Problemen unserer Volksgruppe gegenüber aufgeschlossen ist. Wie erklären Sie sich dann, daß die verhältnismäßig wohl leicht zu lösenden Probleme der Südtiroler Hochschülerchaft, wie Anerkennung der ausländischen Studententitel, Militärdienstfragen, insbesondere die beschränkte Aufenthaltserlaubnis unserer Kollegen, die im Ausland studieren, usw., bis heute nicht einer befriedigenden Regelung zugeführt werden konnten?*

Dazu würde ich sagen, daß meine Einschätzung der Mittelinks-Regierung dahin geht, daß sie die bisher beste Konstellation für das Verständnis unserer Lage

geboten hat. Nicht, daß sie uns gegenüber gut sei, sondern die bisher beste Alternative. Daß trotzdem eine ganze Reihe für uns wichtiger Probleme nicht so aufgegriffen werden, wie wir es uns wünschen und wie wir es von einer zutiefst demokratischen Regierung erwarten könnten, liegt daran, daß dieser erste Versuch einer Mittelinks-Regierung der vergangenen Legislaturperiode ja nicht die Tendenzen einer allzu nationalistischen Einstellung unserem Problem gegenüber überwunden hat. Alte Konzeptionen überlagern sich mit neuen Entwicklungen. Ein Beispiel, das viel augenfälliger ist als die von Ihnen genannten, ist das der Staatsbürgerschaften. Wir haben einige hundert Südtiroler, die durch die Rückoptionen staatenlos geworden sind. Selbst deren Kinder bekommen keine Staatsbürgerschaft. Das geht so weit, daß in einem Fall, den ich in der Hand gehabt habe, der Sohn staatenloser Eltern, der in der italienischen Wehrmacht seinen Dienst abgeleistet hatte, hernach auf Antrag die Staatsbürgerschaft nicht bekommen hat, obwohl er nach dem allgemeinen Gesetz ein Recht darauf gehabt hätte. Und diese Dinge tun natürlich weh und nähren das Mißtrauen. Die ganze Geschichte ist so, daß es viel Anstrengung brauchen wird, allmählich zu einer vernünftigen Einstellung der öffentlichen Verwaltung zu gelangen.

*Herr Abgeordneter, welche sind Ihre Meinungen zu einer Universität in Bozen?*

Im Falle der Wiederwahl würde ich mich sicher wieder um die Schulfragen kümmern, weil ich gemerkt habe, wieviel offene Probleme da sind, die geregelt werden müssen und wieviel Interventionen notwendig sind, um die Probleme unserer Schule einer Lösung zuzuführen. Was die Uni betrifft, scheint es unsinnig, zu sagen, wir wollen sie oder wir wollen sie nicht. Hier muß man allen Ernstes das Problem angehen und überprüfen und durchdiskutieren. Ich kann mir vorstellen, daß eine Uni in Südtirol sinnvoll wäre, die die Möglichkeiten eines deutschen Landes, das zu Italien gehört, für den italienischen Staat nutzbar macht. D.h. eine Uni, wie sie seinerzeit Innenminister Scelba angedroht hat, als Mittel zur Entnationalisierung, müssen wir selbstverständlich ablehnen. Eine Uni, die ein Fenster des deutschen Kulturraumes in den italienischen öffnet, könnte nicht nur für uns sinnvoll sein, sondern vor allem auch für Italien. In diesem Sinne wäre eine deutsche Uni in Italien, gerade im Hinblick auf die Entwicklung des Gemeinsamen Marktes von außerordentlicher Bedeutung. Man könnte aber auch an eine Uni denken, in der gewisse Fächer in deutscher, andere in italienischer Sprache vorgetragen würden. Aber das sind Probleme, die meines Erachtens noch nicht genügend durchdiskutiert worden sind, so daß wir uns kein endgültiges Urteil erlauben können.

*Glauben Sie nicht, daß der Optimismus zu groß ist, an eine deutschsprachige Uni zu denken — ich habe Sie vorher so verstanden — und daß der italienische Staat niemals von der Forderung abgehen könnte, nach der die Lehrkräfte italienische Staatsbürger sein müssen?*

Es hängt ganz davon ab, um welche Studienrichtung oder Fakultät es sich dabei handelt. Würden wir eine juristische Fakultät herkiegen, ist die Unmöglichkeit klar, daß nur in deutscher Sprache vorgetragen wird; dort wäre gerade ein zweisprachiger Vortrag wichtig, schon wegen der Terminologie. In Germanistik aber wäre es unerlässlich, daß nur deutsche Kräfte dozieren. Sicher ist dies eine absolut optimistische Vision und es ist nicht klar, ob wir im Hinblick auf solche Visionen, die ja europäisch sind, fort- oder rückschreiten. Denn was wir hier vorhaben, wäre eine europäische Einrichtung. Die Forderung auf die Staatszugehörigkeit der Hochschullehrer wird in Kürze eine absolut überholte Forderung sein.

Aber auf alle Erfahrungen hin, die wir mit Italien gemacht haben, dürfte es wohl vermessen sein, mit solch positiver Entwicklung zu rechnen. Dabei besteht die große Gefahr, daß die Frage der Uni Bozen viel früher faktisch gelöst wird.

Da muß ich Ihnen leider recht geben. Trotzdem glaube ich, daß diese Dinge durchdiskutiert werden müssen, damit man vorbereitet ist, und sich nicht überrollen läßt von einer negativen Entwicklung.

## Hermann NICOLUSSI-LECK

SVP, Kammer

Dr. Hermann NICOLUSSI-LECK, 1913 in Lusern geboren, Rechtsanwalt in Kaltern, 1956 im Südtiroler Landtag. Interview am 3. April 1968 in den Räumen der SH.

*Würden Sie die derzeitigen Vorschläge der italienischen Regierung, die allgemein als Paket bezeichnet werden, auch ohne internationale Verankerung annehmen?*

Ich kenne das Paket nicht genauer, weil ich schon länger aus der Politik heraus bin. Die Verankerung selbst des Paketes würde ich nur dann akzeptieren, wenn sie wirklich eine wirksame juristische und politische wäre, sonst lehne ich lieber eine Verankerung ab. Der Pariser Vertrag ist ja schon verankert. Jede juristische Verankerung vor dem Haager Gerichtshof finde ich etwas delikat und für uns nicht tragbar, denn dort sprechen dann Professoren, internationale Juristen und — wie es immer geht bei einem Rechtsstreit — kann man nie voraussagen, was herauskommt und vor allem hat jeder Richter auch eine politische Einstellung. Ich bin grundsätzlich der Meinung, daß das Paket nur eine juridikale und politische Verankerung haben darf, ansonsten würde ich lieber darauf verzichten, denn der Pariser Vertrag ist ja verankert.

*Sehen Sie eine konkrete Möglichkeit, diese Verankerung durchzusetzen?*

Diese wäre natürlich bei den internationalen und europäischen Gremien möglich. Italien wird sie jedoch aus einem Blickwinkel der politischen Ästhetik nicht gerne annehmen. Aber das Wesentliche des Paketes ist ja immer der Inhalt; wenn man nichts hat, hat man eben nichts, und wenn man etwas hat, hat man eben etwas.

In dieser Welt des Umbruchs müssen wir die Instrumente auf allen Lebensgebieten in die Hand kriegen. Ich bin nicht gerade glücklich über das Paket, weil es ja nie etwas Perfektes sein kann und sein wird. Aber ich bin der Meinung, wir müssen in der Zeit immer das annehmen, was erreichbar ist. Wenn Italien sagt, es gibt uns das Paket — das dann auch durch das Parlament gehen muß — und wenn es uns nur auf nationaler Ebene gegeben wird, so haben wir eben diese Befugnisse und Kompetenzen auf allen Gebieten, auf die man sie uns zuspricht. Die sind nicht perfekt, aber ich kann damit operieren. Wenn ich nichts habe, dann kann ich eben nichts machen.

*Glauben Sie, daß das Paket eine Gewähr bietet gegen die Überfremdung der deutschsprachigen und ladinischen Volksgruppe Südtirols?*

Das Paket an sich ist ja eine Paraphierung von Befugnissen, die man gibt, und die muß der Mensch auswerten. Der Mensch handelt und muß diese Befugnisse selbst im Alltag umsetzen. Sonst nützen uns die schönsten autonomen Befugnisse gar nichts, wenn wir die Kraft nicht aufbringen, dieselben auch in der Tat durchzuführen. Das Problem liegt zum Teil auch bei uns. Solange wir Leute verlieren, die ins Ausland gehen, weil sie dort bessere Verdienstmöglichkeiten haben, bleibt die Tragik bestehen. Es ist ein soziales Problem, wie man den jungen Menschen in allen Berufen am besten in der Heimat einsetzen kann und ihm dasselbe bietet wie anderswo. Das beste Paket rettet uns nur



bis zu einem bestimmten Punkt. Wir haben wohl Befugnisse, die wir ausschöpfen können, aber die Ausschöpfung selbst liegt in unserer Kraft und Stärke.

*Können uns diese Vorschläge der italienischen Regierung vor einer Überfremdung wirksam schützen?*

Teilweise, denn das Arbeitsamt z. B. ist uns ja nicht gegeben worden. Da befürchten die Italiener, daß wir sie benachteiligen. Ich sage mir, das ist eine grundsätzliche Einstellung des modernen Menschen, die man haben muß, wenn man behauptet, daß mein Recht nicht ein Unrecht für einen anderen sein kann. Dies ist zurückzuführen auf die Botangenheit in der Vergangenheit, dieser ideologischen und politischen Vorgegangenheit.

*Welche Möglichkeiten einer Lösung der Südtirolfrage sehen Sie, wenn die Italiener weiterhin auf der Ablehnung der internationalen Verankerung bestehen?*

Wenn Italien auch eine Verankerung ablehnt, so haben wir immer noch das Paket. Es gab eine Neunzehnerkommission, deren Ergebnisse als interne Zugeständnisse erachtet wurden. Diese Kommission, bestehend aus den Vertretern der Koalitionsparteien, arbeitete mit der SVP Vorschläge aus, die man uns zugestehen mußte. Deshalb sche ich nicht ein, daß man unbedingt auf dem Punkt der Verankerung steckenbleiben muß. Dann kommt es natürlich darauf an, daß eine demokratische Regierung den Menschen gibt, was ihnen gebührt.

*Die Landesversammlung der SVP hat aber im März vorigen Jahres beschlossen, das Paket nur mit einer internationalen Verankerung anzunehmen.*

Was ich gesagt habe, ist natürlich meine Meinung. Lieber habe ich keine Verankerung als eine schlechte. Das ist nicht die Meinung der Partei, vielleicht ändert sich auch diese, denn in der Welt ändert sich so vieles. Wenn der heutige Politiker zu irgend etwas eine Unterschrift gibt, so ist die in fünf Jahren überholt. Das heißt deshalb nicht, daß man auf ewige Zeiten zufrieden sein kann. Wir sehen, daß man in der Politik auf allen Lebenswegen unglaublich schnell vorwärts strebt, dann können sie uns doch nicht einen Paragraphen anhängen auf ewige Zeiten, der in fünf Jahren sicher überholt ist.

*Auf jeden Fall würden Sie das Paket trotzdem annehmen, auch wenn Italien auf der Ablehnung der internationalen Verankerung besteht?*

Ja, mit zwei Einschränkungen, und zwar

was das Vetorecht und die Finanzierung im Paket betrifft. Das sind zwei wesentliche Punkte. Das Vetorecht, wie es heute vorgesehen ist, paralisiert die Verwaltung. Jetzt kommt es nur darauf an, daß Jüngsten einen Vorschlag machen, der dieses Vetorecht abändert, zumindestens zeitlich bedingt.

*Sie waren bekanntlich Abgeordneter im Landtag von 1956 bis 1960 und sind bei den Wahlen 1960 nicht mehr wiedergewählt worden. Aus welchem Grunde haben Sie sich zu einer Wiederkandidatur, diesmal für die Kammer, entschieden?*

Ich habe eigentlich überhaupt nicht entschieden. Ich bin einfach angerufen worden, wie der Bezirksausschuß von Bozen getagt hatte. Ich habe dann gesagt, daß es mich nicht interessiert und daß ich nicht annehmen möchte. Man machte mich dann auf die Verantwortung aufmerksam, die ich als Südtiroler trage, und kraft dieser Verantwortung habe ich mich dann den Wählern stellen wollen. Es soll mir niemand sagen, ich hätte abgelehnt, nur weil es mir zu bequem war.

*Sie waren der Verteidiger des verstorbenen Sepp KERSCHBAUMER im Mailänder Sprengstoffprozeß. Glauben Sie, daß dieser Umstand einen Einfluß auf Ihr Wahlergebnis haben wird?*

Ich glaube kaum. Ja vielleicht zwanzig bis dreißig Stimmen.

*Eine italienische Zeitung hat bei der Bekanntgabe der Kandidaten der SVP Sie als „duro“ bezeichnet. Soweit wir informiert sind, waren Sie damals doch einer der Mitbegründer der Richtung „Aufbau“. Wie halten Sie dies vereinbar?*

Ich stehe heute noch zu den Leuten, die damals den Aufbau gegründet haben als Richtung innerhalb der SVP. Wir haben von vornherein erklärt, daß wir keine Spaltung wollten. Das war eine Meinungsäußerung einer Gruppe, die jedoch die Mehrheit innerhalb der Partei nicht erreichte.

Wenn die Italiener mich als „duro“ bezeichnen, so ist das geschichtlich zurückzuführen auf meinen Vetter, den REUTT-NICOLUSSI. Ein Bruder von mir hat in der Waffen-SS gedient und war auch beim Aufbau. Ich bin natürlich als Südtiroler hart und will meine Rechte haben, was im Augenblick das Mögliche ist.

*Haben Sie sich jetzt schon Überlegungen gemacht, welchen besonderen Sachgebieten Sie sich im Falle Ihrer Wahl widmen werden?*

Nein.

## Franz PLAICKNER SVP, Kammer

Franz PLAICKNER, stammt aus Mittewald. 38 Jahre, Arbeiter in der Holzindustrie, Fernstudium, Abschluß an der Sozialakademie in Wien. Arbeit im KVV, Gemeinderat in Meran, Gründer und Obmann des Autonomen Südtiroler Gewerkschaftsbundes (ASGB). Interview am 3. März 1968 in den Räumen der SH.

*Würden Sie die derzeitigen Vorschläge der italienischen Regierung, die im Paket enthalten sind, auch ohne internationale Verankerung annehmen?*

Natürlich wäre eine Verankerung wünschenswert. Aber ich bin der Meinung, daß man es trotzdem annehmen sollte, wenn es auch derzeit nicht zu einer Verankerung käme. Und zwar deswegen, weil wir viel zu viel Zeit verlieren und meines Erachtens eine Verankerung für uns nicht das Ausmaß an Sicherheit bringen würde, das vielleicht notwendig wäre. Meines Erachtens müssen wir für die Verankerung sorgen und zwar für uns selber im Land. Es braucht natürlich viel Kleinarbeit und die Kleinarbeit ist es, die wir vernachlässigen. Ich glaube, wenn wir in zehn Jahren ein Paket bekämen, mit Verankerung, dann würden wir in diesen zehn Jahren so viel verlieren, daß dies die Verankerung niemals aufwiegen könnte.

*Bilden diese Vorschläge nach Ihrer Meinung eine wirkliche Gewähr gegen die Überfremdung der deutschsprachigen und italienischen Bevölkerung Südtirols?*

Es sind natürlich Mängel vorhanden. Aber ich glaube, wir müßten vielmehr trachten, was uns geboten wird, wirklich auszunützen. Es gilt, aus der Isolierung herauszugehen und den Konkurrenzkampf mit unseren italienischen Kollegen aufzunehmen. Ich denke jetzt an das Gebiet der Arbeitsbeschaffung. Heute noch melden sich Südtiroler kaum beim Arbeitsamt von sich aus als Arbeitslose! Natürlich ist der derzeitige Inhalt des Paketes nicht das, was man sich vorstellt, also was eine Volksgruppe braucht. Aber bis jetzt haben wir uns immer nur verteidigt. Da müßte ein Wandel geschaffen werden. Und ich glaube, daß da jetzt in der Jugend wirklich gute Ansätze vorhanden sind. Wenn man so an Jugendversammlungen teilnimmt, auch bei den Arbeitnehmern, so sieht man, daß sie langsam merken, daß es keinen Sinn hat, nur über Dinge zu schimpfen, sondern daß es viel wertvoller ist, sich zu überlegen, was man selber kann.

*Also kurz zusammenfassend: Würden Sie sagen, daß Sie das Paket in dieser Form annehmen wollten?*

Ich würde das Paket annehmen, aus dem einen Grund, weil ich aus Erfahrung weiß, daß wir noch nicht einmal alle Möglichkeiten ausnützen, die wir schon haben. Ich glaube, wir sind gar nicht vorbereitet. Wenn wir heute plötzlich zweitausend Stellen besetzen müßten, wären wir nicht in der Lage, dies auszunützen.

*Sie halten also demnach auch die internationale Verankerung nicht für absolut wichtig?*

Ich halte sie schon für wichtig. Aber ich glaube, wir dürften die Verhandlungen nicht wegen der nicht erreichten internationalen Verankerung absolut abbrechen.

*Und wenn Italien weiterhin auf dieser Ablehnung der internationalen Verankerung besteht, wie stellen Sie sich dann die weitere Entwicklung vor? Welche Möglichkeiten sehen Sie dann, Italien zu zwingen, die Versprechungen einzuhalten?*

Wenn ich das von meinem Arbeitsgebiet aus sehe, glaube ich, daß wir auch von der organisierten Arbeiterschaft her einen Druck ausüben könnten. Aber nur wegen der Verankerung die Verhandlungen fallen lassen, das würde ich nicht. Die große Gefahr sehe ich in dem Vakuum, das da entsteht. Was machen wir dann die nächsten zehn Jahre? Die jungen Leute, die warten uns doch nicht!

*Herr Plaickner, Sie sind der Gründer und der heutige Vorsitzende des ASGB.*





Können Sie was sagen, welches Verhältnis zwischen dem SGB und dem ASGB besteht?

Ich müßte da allerdings einmal feststellen, daß wir von einem SGB als Organisation nicht sprechen können. 1952 wurde die Unione Sindacato gegründet. Und dort steht in den Statuten ganz klar, daß für die deutsche Volksgruppe die Bezeichnung SGB gelte. Also ist es keine eigene Organisation. Und das geht auch aus dem gan-

chere Position gedrängt werden. Also muß es zu einer Zusammenarbeit kommen. Heute sind vielleicht auch zuviel persönliche Differenzen da. Es gibt auch bei den Italienern, bei der CISL, Leute, mit denen wir gut zusammenarbeiten. Im Ausschuß von Meran, im Stadtrat von Meran sind zwei CISL-Vertreter. Mit denen arbeite ich z. B. gut zusammen.

Herr PLAICKNER, bekanntlich hat der ASGB diesen Vertrag mit der UIL abge-

listische Partei, die auch die Interessen der Arbeiterschaft wahrnimmt, begrüßen?

Ich bin kein Sozialist und werde nie einer werden. Persönlich kann ich sie also nicht gut finden. Aber ich glaube, daß eine gewisse Opposition nicht schaden könnte.

Welches Verhältnis besteht zwischen Ihrer Organisation und dem KVV? Ich möchte mich jetzt auf etwas Bestimmtes beziehen: Anläßlich der letzten Landesversammlung des ASGB in Meran hatte der KVV eine klare Stellungnahme des ASGB hinsichtlich seiner christlichen Weltanschauung gefordert. Dieser Beschußantrag des KVV wurde allgemein als Warnung gegen den Abschluß eines Vertrages des ASGB mit der UIL aufgefaßt. Die Landesversammlung des ASGB hat jedoch den Abschluß bejaht. Glauben Sie nicht, daß man dadurch die Erwartungen des KVV enttäuscht hat? Und ziehen Sie eventuelle Folgerungen daraus?

Nein. Erstens stehen wir mit dem KVV immer in Verbindung. Wohl haben wir mit dem KVV vor dem Landeskongreß Besprechungen gepflegt und pflegen sie auch weiterhin. Es besteht sogar die Absicht, daß ein Ausschuß gebildet werde, der die Arbeiten koordinieren soll. Dieser soll sich vierzehntägig oder wenigstens monatlich treffen, um die gemeinsamen Probleme zu besprechen. Es ist selbstverständlich, daß der KVV es lieber gehabt hätte, wenn wir mit einer anderen Gewerkschaft unseren Vertrag geschlossen hätten, und sie haben sich dann auch über die ACLI bemüht. Aber nachdem festgestellt wurde, daß von dieser Seite nie eine autonome Stellung erreichbar wäre, haben auch sie keinen anderen Weg mehr gesehen. Im großen und ganzen ist in beiden Organisationen der Wille vorhanden, gemeinsam für das Wohl der Arbeiter tätig zu sein. Ich sehe keine Gefahr.

Können Sie vielleicht die Aufgaben von KVV und ASGB gegeneinander abgrenzen?

Ja, eine Gewerkschaft hat für das materielle Wohl der Arbeiterschaft zu sorgen. Sie vertritt die materiellen Forderungen. Der KVV hingegen hat die geistige Betreuung. Das einzige Gebiet, wo wir uns vielleicht überschneiden, wäre das des Patronats. Aber dort haben wir uns bis jetzt immer des Patronates des ACLI bedient und werden dies auch in Zukunft tun.

## Roland RIZ

SVP, Kammer

Dr. Roland RIZ, Bozen, 39 Jahre, Rechtsanwalt, 1958—1963 im Parlament in Rom. Interview am 5. April 1968 im Sekretariat der SH, Bozen.

Würden Sie die derzeitigen Vorschläge der italienischen Regierung auch ohne internationale Verankerung annehmen?

Ich glaube, daß niemand bestreiten kann, daß unser Problem politisch und juristisch ein internationales Problem ist. Folglich haben sämtliche Durchführungen des Pariser Vertrages oder sämtliche Konzessionen selbstredend politischen und juristischen Charakter.

Infolgedessen glaube ich, daß die Verankerung, auf die man besteht, unbedingt eine sehr gute sein muß, weil mir persönlich sonst fast lieber keine Verankerung wäre. Die Begründung dafür ist folgende: Eine Beschränkung der Rechte, die ja heute auf dem Pariser Vertrag fußen, wäre eher nachteilig, und eine einseitige Beschränkung, nämlich nur auf politischer oder nur auf juristischer Ebene, wäre sicherlich für die Zukunft Südtirols nicht von Vorteil.

Sie sprachen von einer guten Verankerung. Wie stellen Sie sich eine solche vor und glauben Sie, daß sie realisierbar wäre?

Ich glaube, daß es im Interesse Österreichs, Italiens und vor allem Südtirols ist,



zen Aufbau hervor. Sie haben keine eigenen Gremien. Wenn wir über das Verhältnis sprechen wollen, dann müssen wir vielleicht sagen, wie das Verhältnis zu den Mitgliedern...

Wir meinen das Verhältnis zu den Mitgliedern des CISL-SGB.

Das ist ganz verschieden. Wir haben Betriebe, wo die Zusammenarbeit tadellos funktioniert, und zwar nicht nur mit den deutschen Mitgliedern des CISL, sondern auch mit den italienischen, z. B. in der Krankenkasse bei den Gemeindeangestellten in Meran, und noch in verschiedenen anderen Betrieben. Da stellen die Arbeiter von sich aus die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit über alles andere. Wir haben jetzt auch zur Leitung des SGB — wenn man so sagen kann — Verbindung aufgenommen. Dann haben wir versucht, in Rom zu einer Aussprache mit der CISL zu kommen. Die ist jedoch nicht erfolgt, weil es oben von der CISL abgelehnt wurde. Man hat aber vereinbart, daß die Südtiroler untereinander, ganz gleich, ob sie jetzt vom ASGB oder vom SGB sind, möglichst in Frieden leben sollten. Im großen und ganzen hat man sich auch daran gehalten. Wenn dann natürlich einmal etwas von der CISL aus passiert, dann ist es ohne weiteres möglich, daß die Exponenten des SGB davon gar nichts gewußt haben.

Dann sehen Sie darin praktisch keine politische Gefahr?

Nein. Ich bin auch überzeugt, daß es mit der Zeit zu einer Zusammenarbeit kommen wird.

Zwischen CISL-SGB und ASGB?

Überhaupt zwischen den Gewerkschaften, denn die ganze Entwicklung zwingt dazu. Das letztmal, wie ich in Straßburg war, haben wir doch gesehen, daß die Arbeitgeber einen Block bilden, die Gewerkschaften hingegen getrennt sind und auf internationaler Ebene in eine viel schwä-

chlossen oder ist dabei, ihn abzuschließen.

Ja, wir sind dabei. Am 10. April haben wir in Brüssel eine Zusammenkunft mit der Internationalen, wo die Sache gemeinsam mit den österreichischen und Schweizer Kollegen noch einmal besprochen wird. Und dann werden wir mit der UIL diesen Vertrag unterzeichnen.

Und glauben Sie nicht, daß Sie in Ihrer parlamentarischen Tätigkeit gerade auf diesen Vertrag mit einer italienischen Gewerkschaft Rücksicht nehmen müssen? Halten Sie eventuelle Interessenkonflikte für möglich?

Nein. Und zwar weil wir das von vornherein geklärt haben. Wir geben der UIL nur den Auftrag, uns in Rom bei Verhandlungen und beim Abschluß von Kollektivverträgen auf nationaler Ebene zu vertreten. Aber sonst besteht keine Bindung. Wir haben in keinem Gremium der UIL einen Vertreter und die UIL hat im ASGB auch keinen. Es wäre nur eine paritätische Kommission vorgesehen, die die Verbindung zwischen den zwei Organisationen auf provinzieller Ebene aufrechterhalten soll. Die Verbindungen nach Rom laufen aber nicht über die UIL in Bozen, sondern direkt vom ASGB nach Rom.

Herr PLAICKNER, wie steht Ihre Organisation zur sozialen Fortschrittspartei?

Bitte, ich glaube, wer die Sache verfolgt hat, weiß, daß ich damals, als der Gründer der SFP, Dr. JENNY, bei den Landtagswahlen kandidiert hat, der erste war, der darauf hingewiesen hat, daß er sich als etwas anderes ausgibt, als er in Wirklichkeit ist. Ich habe doch damals das Flugblatt herausgegeben. Ich habe nichts gegen eine Sozialdemokratische Partei. Aber ich glaube, die Art und Weise, wie sie aufgezogen wurde, dient der Arbeiterschaft nicht. Also, wir sehen heute in der SFP nicht eine Vertretung der Arbeiterklasse.

Aber würden Sie im Prinzip eine sozia-

daß die meisten Menschen eine Bestmögliche werde, damit nicht in Zukunft auch über dieses Problem, das doch an und für sich einer einfachen Lösung zuzuführen sein müßte, gestritten werden muß.

*Erachten Sie in der gegenwärtigen Art der Verankerung, wie sie von Südtirol gefordert wird, nicht die ideale Form?*

Ich habe von vielen Verankerungsvorschlägen reden gehört, aber der endgültige Text der Verankerung ist mir nicht bekannt. Ich möchte nur betonen, daß das Südtirol Problem, das auf dem Pariser Vertrag fußt, ein internationales Problem rechtlicher und politischer Art ist. Ich möchte nicht, daß man nach hinten geht und durch eine schlechte Verankerung unsere Rechte irgendwie beschneidet.

*Mit der Zustimmung zur Verankerung unsererseits wäre doch die Erklärung damit verbunden, daß man endgültig zufrieden ist.*

Es gibt keinen Menschen in Italien, der sagen würde, das Südtirol Problem und die damit verbundenen Fragen der Durchführung der Schutzbestimmungen für die Minderheit ist gleichzeitig kein internationales Problem. Es ist wahr, daß die Minderheiten in Italien einen verfassungsrechtlichen Schutz genießen, die Südtiroler Minderheit hat in besonderen noch den internationalen Schutz des Pariser Vertrages. Infolgedessen müßte eine schlechte Verankerung vermieden werden, wobei ich nochmals betonen möchte, daß mir eine gute Verankerung lieber ist als keine.

*Sie sprechen von einem internationalen Problem der Südtirolfrage. Sie waren doch damals einer der Initiatoren der Neunzehnerkommission. Die Einsetzung dieser Kommission, auf Betreiben SCELBRAS, hatte doch bewußt den Zweck, das Südtirolproblem, das ja zu jener Zeit vor der UNO im Zeichen einer internationalen Streitfrage anhänglich gemacht wurde, von dieser internationalen Ebene auf die nationale Ebene zu bringen.*

Ich bin selbst Mitbegründer der Neunzehnerkommission gewesen, weil die Neunzehnerkommission nach meinem diesbezüglichen Antrag im Parlament im Juli 1961 ins Leben gerufen wurde. Ich bin absolut nicht Ihrer Meinung, und zwar aus folgenden Gründen: Die Neunzehnerkommission ist von dem Grundsatz ausgegangen, daß ein Pariser Vertrag besteht, und daß man im Rahmen des Vertrages die Erweiterung der autonomen Rechte an die Provinz Bozen durchführen muß. In diesem Moment spricht man schon von Zugeständnissen, die auf der Basis eines internationalen Vertrages fußen.

Jedermann, der eine Kenntnis des internationalen Rechtes hat, wird zugestehen müssen, daß Zugeständnisse, welche die Durchführung des Pariser Vertrages bedeuten, automatisch eine Erweiterung bzw. eine Durchführung eines internationalen Vertrages darstellen.

*Rom behauptet jedoch, daß es ein nationales Problem sei.*

Italien ist von anderen Voraussetzungen ausgegangen. Italien sagt, das sind unsere Konzessionen zur Durchführung des Pariser Vertrages. In diesem Moment ist es automatisch die Durchführung des Pariser Vertrages. Ich möchte wissen, welcher Rechtslehrer behaupten kann, daß die Durchführung des Pariser Vertrages nicht automatisch internationalen Charakter hätte. Italien hat ja niemals geleugnet, daß das Problem mit Österreich besprochen werden müßte. Sie haben es in Zürich, Zierl, Klagenfurt, Mailand besprochen. Italien hat ja gleichzeitig immer mit Österreich über das Problem verhandelt. Das ist absolut nicht wahr, daß Italien es als rein internes Problem betrachtet, das könnte auch kein Politiker oder Rechtslehrer behaupten.

*Welche Möglichkeiten einer Lösung für Südtirol sehen Sie, wenn Italien weiterhin auf der Ablehnung einer internationalen Verankerung besteht?*

Diese Frage müßten Sie eigentlich an andere wenden, weil, soviel mir bekannt

ist, hat die letzte Landesversammlung durch eine Resolution das Paket grundsätzlich schon angenommen. Infolgedessen wird nur mehr über die Frage der Verankerung gesprochen.

*Bieten nach Ihrer Meinung die im Paket enthaltenen Vorschläge eine effektive Gewähr gegen die Überfremdung der deutschsprachigen und ladinischen Volksgruppe Südtirols?*

Wenn ich objektiv bin, muß ich Ihnen sagen, daß ich die Vorschläge kenne. Ich verstehe jene Tendenzen nicht, die davon ausgehen, daß man alles erreichen müßte, sonst lieber nichts. Für mich ist Politik immer das Erreichen des Bestmöglichen. Ich gehe von dem Standpunkt aus, wenn man heute noch verbessern kann, muß man selbstverständlich verbessern. Ich bin nicht der Meinung, daß alles genügend ist. Andererseits ist das Paket nicht etwas Statisches, sondern automatisch etwas Bewegliches. Wenn wir daran denken, daß morgen in Bozen ein Helikopterplatz notwendig ist, so frage ich, wer dazu die Kompetenz haben wird. Das ist ja ganz evident, daß durch die Evolution der Technik, der Kultur, der Wirtschaft, der sozialen Belange, die ja jedes Jahr weitermarschieren, dieses ganze Problem immer wieder Ergänzungen brauchen wird.

Wenn Sie mich fragen, ob das ein genügender Rechtsschutz ist, dann muß ich Sie fragen, was heute genügend heißt. Es ist jedenfalls ein wesentlich besserer Schutz der deutschen und ladinischen Bevölkerung. Es ist unnützlich, daß wir uns beschweren über Zuwanderung usw. Wir haben recht, aber wir müssen auch alle Mittel ausschöpfen, daß wir unseren Leuten, die in den Bergen sind, und dorten ihre Bauernhöfe überfüllt haben, und einen natürlichen Zustrom in die eigenen Stadtgebiete oder Dorfgebiete suchen, bessere Bedingungen schaffen. Wir müssen alle möglichen Mittel ausschöpfen, um denen neue Arbeitsplätze zu verschaffen, um neue Wege auf gewerblicher, kultureller und sozialer Ebene zu schaffen, weil wir sonst nicht alles getan haben, um die Interessen unserer Volksgruppe zu vertreten. Ich glaube nicht, daß der Absolutismus

bessere Alternative haben, dann bin ich sofort auf ihrer Seite.

*Aber Italien hat doch gezeigt, daß es immer versucht, unsere Forderungen immer weiter herunterzudrücken.*

Ich weiß nur, daß, solange ich im Parlament drinnen war, wir nach vorne marschiert sind. Wir haben damals die Neunzehnerkommission bekommen, wir haben Konzessionen gekriegt. Ich will nicht meine Arbeit herausstreichen. Ich will auch nicht sagen, daß wir jetzt nach hinten gegangen sind. Aber wenn ich das, was wir damals mit der Neunzehnerkommission abgeschlossen haben, mit dem heutigen Paket vergleiche, so muß ich sagen, daß das heutige Paket nicht schlechter ist. Es sind einige Punkte, die ich absolut weniger günstig erachte. Es sind jedoch andere, die das wieder aufwiegen, weil sie günstiger sind. Ich habe einige Bedenken, hauptsächlich auf dem Gebiete des Vetorechts, und das ersehe ich als einen der negativsten Punkte des Paketes. Auch in Fragen Schule habe ich meine Bedenken, hauptsächlich der ladinischen Schule. Das wären die Kritiken, die ich dem heutigen Paket machen möchte, nur bin ich nicht einer, der grundsätzlich verneint.

*Sehen Sie andere Möglichkeiten der Lösung der Südtirolfrage, wenn diese Verankerung nicht erfolgen wird?*

Ich muß Ihnen sagen, daß ich im Moment keine andere Lösung sehe. Ich warte, daß diejenigen, die absolute Verneiner der Verhandlungen sind, mir sagen, welche Alternative sie vorschlagen. Ich werde dann dazu Stellung nehmen.

*Wenn Italien sieht, daß wir mit Nachdruck auf unseren Forderungen bestehen, vielleicht sieht es dann ein, daß es uns gewisse Konzessionen geben muß.*

Ich bin der Ansicht, daß man hartnäckig verhandeln muß, und daß man das Bestmögliche fordern muß. Nur glaube ich, daß ein Nein nicht im Sinne der Resolution der Südtiroler Volkspartei bei der letzten Landesversammlung wäre, an die ich mich halten muß.

*Sie waren doch einer der Mitbegründer*



hier, entweder alles oder nichts, gesund ist. Ich bin der Meinung, daß das Bestmögliche erzielt werden muß. Damit will ich nicht sagen, daß dies, was bis jetzt erreicht wurde, wirklich das Bestmögliche ist.

Selbstverständlich ist es angenehmer, wenn ich jedesmal eine verneinende Politik vertritt. Von dem, die eine solche betreiben, möchte ich nur wissen, welche Alternative sie uns stellen. Sie sollen uns die sagen. Wenn ich sehe, daß sie eine

der Richtung Aufbau. Stimmt es, daß in dieser Richtung vor allem die kapitalkräftigen Interessengruppen vertreten waren?

Ich habe damals die Mitverantwortung der Gründung des Aufbaues getragen und trete heute noch dafür ein. Ich muß Ihrer Behauptung widersprechen. Ich glaube, es waren damals alle Kreise und Schichten der Bevölkerung, gleich, ob auf sozialer, auf wirtschaftlicher, auf kultureller Ebene vertreten.

Sie können doch nicht abstreiten, daß es zum Großteil kapitalkräftige Interessengruppen waren?

Das war kein Großteil. Diese Schmutzpropaganda, die gemacht worden ist, mit den sogenannten Pfeffersäcken, das ist eine absolute Verleumdung. Das war damals eine Bewegung, die den Aufbruch der damaligen sozialen und wirtschaftlichen Kräfte in Südtirol mit sich bringen wollte und mit sich gebracht hat. Man hat aufgehört, rein zu politisieren. Ich muß heute mit Freude feststellen, daß diese Begriffe nun Allgemeinrat geworden sind. Wenn Ihr mich fragt, ob dieser Weg heute noch notwendig wäre, dann muß ich Euch sagen, daß er nicht mehr notwendig ist. Man muß nur wach bleiben, damit man nicht einen Weg des reaktionären Konservatismus geht, sondern einen absolut aufgeschlossenen, neuzeitlichen.

Was sagen Sie dann zu jener fast offiziellen Erklärung, nach der der Hauptzweck des „Aufbaues“ dazu gedient hätte, das Kapital von Mailand wieder nach Südtirol zu bringen?

Ich glaube, das ist die übelste und gemeinste Verleumdung, die herumgesprengt worden ist, als man versuchte, uns den Boden abzugraben. Wenn man das damalige Programm durchliest, dann wird man sehen, daß es ein Aufbruch war zur Schaffung und Förderung neuer Arbeitsplätze, ein neuer Aufschwung in Gewerbe und Handel, ein neuer Aufschwung unserer Kulturkreise, unserer Familienkreise und unserer religiösen Grundsätze der Familie, die wir haben.

Hat die Richtung Aufbau nicht in der Bevölkerung Verwirrung gestiftet und eine erste Spaltung innerhalb der SVP bedeutet? Bekanntlich hat auch Dr. Jenny mit der Gründung einer eigenen Richtung, des Arbeitskreises für Sozialen Fortschritt, innerhalb der Partei begonnen.

Ich glaube, daß diejenigen, die von dieser Mentalität ausgehen, unserem Volke großen Schaden zufügen. Diese Menschen, die diese Behauptungen aufstellen, gehen von der Voraussetzung aus, daß man in unserem Land nicht frei sprechen darf, während wir davon ausgegangen sind, daß innerhalb der SVP Richtungen frei ihre Meinungen sagen dürfen und frei ihre Meinungen öffentlich sagen müssen, weil es eine Pflicht ist, das Gespräch offen zu führen.

Wir sind von der Voraussetzung ausgegangen, daß ein Südtiroler das Recht auf seine Meinungsäußerung hat. Wenn unsere Partei als Sammelpartei bestehen will, dann muß dieses Recht eingeräumt werden. Abschließend möchte ich noch etwas sagen: Ich glaube, daß unsere Partei auf zwei Grundsätzen fußen muß:

1. Daß sie als Sammelpartei den einzelnen Mitgliedern der Partei und den einzelnen Richtungen der Partei die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung geben muß.

2. Daß jedes Mitglied und jede Richtung in der Sammelpartei, wenn es überstimmt werden sollte, die Pflicht hat, keine Nebenpartei aufzustellen. Ich glaube, daß wir das zur Genüge bewiesen haben. Denn als ich ausgeschlossen worden bin, hätte ich leicht die Möglichkeit gehabt, eine andere Partei aufzustellen. Damals war ich absolut dagegen, eine Partei aufzustellen. Man weiß genau, und es ist zu bekannt, daß gerade damals, als Raffener eine neue Partei aufgestellt hatte, ich einer der größten Gegner war und gegen die Spaltung überhaupt war. Meines Erachtens ist nicht wichtig unser Interesse, sondern wichtig ist das Überleben unserer Volksgruppe. Deshalb muß man sagen, daß man mit dem Meinungssterror und mit dem Gesinnungssterror innerhalb der Partei unbedingt aufhören muß. Wir müssen auf ganz anderer Ebene unseren Volkskampf führen. Nicht durch interne Zerfleischung, durch eine solche werden wir als Volksgruppe zugrunde gehen.

Glauben Sie nicht, daß der Zusammenschluß der Linkskräfte eine Reaktion auf

den Zusammenschluß der Gruppe Aufbau war?

Das glaube ich nicht. Ich verneine, daß der Aufbau eine Rechtsrichtung ist; der Aufbau war in meinen Augen eine zentrumlinke Richtung. Es war eine Richtung mit modernen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Tendenzen, die absolut im Widerspruch zu einer reaktionären Tendenz war. Ich glaube, daß die reaktionären Kräfte genau die waren, die dagegen waren. Heute glaube ich, daß vieles überholt ist, denn durch die Entwicklung sind jene Begriffe, von denen damals gesprochen wurde, in der SVP heute Allgemeinrat geworden.

War die Gründung der Richtung Aufbau eigentlich nicht ein Versuch, die Kräfte vor 1956 wieder an die politische Macht zu bringen?

Ich glaube nicht. Weil gewisse Kräfte, wie zum Beispiel auch ich, vor 1956 noch gar nichts zu tun hatten. Und letzten Endes hat jeder das Recht, in einer Sammelpartei alles zu tun, um möglichst politischen Einfluß zu gewinnen. Das ist der Sinn jedes politischen Kampfes.

Von den italienischen Pressestimmen werden Sie als „elemento moderato“ bezeichnet. Glauben Sie, daß die Italiener in Ihnen im Falle Ihrer Wahl den Verfechter einer nachgiebigeren Linie sehen?

Ich stelle nicht in Abrede, daß ich mich selbst als gemäßigtes Element bezeichne, da ich immer von der Voraussetzung ausgehe, daß man einen Volkstumskampf auch mit den demokratischen Mitteln des Wortes und der Vernunft führen kann und daß auf diesem Wege die Erreichung unserer Ziele leichter sein wird, und daß wir unsere Volksgruppe mehr schützen.

Daß die Italiener in mir einen solchen Vertreter sehen, das kann ich mir nicht vorstellen, denn ich glaube, genügend oft bewiesen zu haben, daß ich für die Belange unserer Volksgruppe mit allen zu meiner Verfügung stehenden Mitteln einträte und die Rechte unserer Gruppe bestmöglich verteidige. Ich gehe nur von dem Grundsatz aus: fortiter in re, suaviter in modo. Ich glaube, das ist der beste Weg, um baldmöglichst zum Schutze unserer Volksgruppe zu gelangen.

## Karl VAJA

SVP, Kammer

Dr. Ing. Karl VAJA, in Bozen 1962 im Landwirtschaftsinspektorat Bozen tätig (Weinbaureferat), seit 1963 Abgeordneter in der römischen Kammer. Das Gespräch fand am 3. April 1968 in der SVP, Bozen, statt.

Herr Dr. VAJA, würden Sie im Falle Ihrer Wahl die heutigen Vorschläge der italienischen Regierung, die allgemein als Paket bezeichnet werden, auch ohne internationale Verankerung annehmen?

Es ist schwer, auf diese Frage zu antworten, auch wenn ich gebeten wurde, kurz zu sein. Ich glaube, so wie heute die Dinge liegen, müssen wir doch die Partei-richtlinie befolgen; auch als Volksvertreter mit Eigenverantwortung. Und ich glaube, daß kollegiale Ausarbeitungen politischer Zielsetzungen immer einer Eigeninitiative, einer persönlichen Initiative vorzuziehen sind. Und hier müßte ich, so wie heute die Parteientscheidungen liegen, nein sagen zu dieser Frage, d. h. also Nichtannahme ohne internationale Verankerung.

Dürfen wir Sie fragen, unterscheidet sich diese Antwort von Ihrer persönlichen Ansicht?

So wie ich jetzt die Dinge überblicken kann, wobei ich immer eine gewisse Dynamik in der Politik als möglich erachte, muß ich sagen, es gibt verschiedene Möglichkeiten der Entwicklung. Es hat vor einem Jahr Optimisten bei uns gegeben, die vielleicht positive Ergebnisse in diesem Jahr erwartet haben. Ich habe nie zu diesen Optimisten gehört (nicht weil ich keine

Lösung will; ich gehöre eigentlich zu denen, die eine Lösung wünschen), weil ich einfach aus objektiven Gründen nicht glauben konnte, daß diese Entscheidung so schnell bevorsteht. Die Dynamik wird vielleicht in einem Jahre diese Frage als überholt hinstellen.

Wir möchten Sie fragen, ob diese derzeitigen Vorschläge nach Ihrer persönlichen Meinung vielleicht eine effektive Gewähr gegen die Überfremdung der deutschsprachigen und ladinischen Bevölkerung Südtirols darstellen?

Ich glaube nicht, daß die heutigen Vorschläge eine Gewähr bilden. Ich möchte sagen, es sind klare Fortschritte.

Könnten Sie einen Grund nennen, warum das nicht ist?

Es ist schwer. Auf dem Papier gibt es viele positive Punkte. Wenn man sich dann die praktische Anwendung vorstellt, gibt es gewisse Schwerefälle, im System der Anwendung dieser Kompetenzen, ich denke an die Klausel der Bilanzabstimmung, die Situation mit der Wirtschaftsprogrammierung. Man weiß ja nicht, wie weit diese Kompetenzen durch die nationale Wirtschaftsprogrammierung irgendwie eingeengt werden oder zu Bedeutungslosigkeit herabgemindert werden könnten. Dann z. B. gibt es noch die Frage, daß der Staat selbst noch Sektoren leitet, auf denen wir selbständig zu operieren hätten. Es gibt eine gewisse Überschneidung der Kompetenzen. Und dann die zentralistischen und etwas nationalistischen Tendenzen, bei aller Anerkennung der vernünftigen und entgegenkommenden Meinungen, die heute in verantwortlichen italienischen Regierungskreisen herrschen. Es herrschte eine gewisse Mißbrauenseinstellung uns gegenüber vor, die dem Staate noch die Möglichkeiten bieten, etwas zu nehmen. Es gibt bestimmt positive Möglichkeiten. Ich bin der Meinung, das soll kein Schlagwort sein, daß letzten Endes es vom Widerstandswillen, vom Behauptungswillen der Bevölkerung und des einzelnen Südtirolers selbst auch abhängt.

Wenn die italienische Regierung auf die Ablehnung dieser internationalen Verankerung besteht, welche Möglichkeiten sehen Sie dann, dieses Problem einer zufriedenstellenden Lösung zuzuführen?

Das sind Fragen, auf die in der Politik schwer zu antworten ist. Ähnlich, wenn man der Bundesrepublik Deutschland sagt, wenn ihr die Wiedervereinigung immer abgelehnt bekommt, wie stellt ihr euch die Weiterentwicklung vor? Es ist immer so, daß man neue Wege, neue Möglichkeiten einer Akkomodierung der Schwierigkeiten anstreben muß. Es ist eine elastische Vorgangsweise meiner Ansicht nach in der Politik notwendig. Wer hätte vor fünf Jahren geglaubt, daß der italienische Standpunkt sich so verändert hat! Das möchte ich eben als positiven Erfolg hinstellen. Ich glaube, daß diese Ablehnung nie ganz sein kann, daß eben die Einigkeit und Geschlossenheit der Südtiroler zutage tritt. Denn ich glaube, daß man auf die Dauer dem Gewicht des ganzen Südtiroler Volkes nicht dauernd Widerstand leisten kann, ohne sich unglaubwürdig zu machen bei Äußerungen, wie europäisch man denke usw. Das ist dem italienischen Staat immer schwieriger gemacht. Aber — bitte, das ist eine persönliche Meinung — ich könnte mir ohne weiteres vorstellen, daß die italienische Regierung — und es ist ja von MORO gesagt worden im Juni — eines schönen Tages sagt, die Südtiroler stimmen nicht zu, wir tun aus eigener Initiative denen was an Befugnissen und an Zugeständnissen einräumen. Ich könnte mir vorstellen, daß eine einseitige Durchführung ohne unsere Zustimmung in diesem Falle letzten Endes Italien in ein besseres Licht rücken könnte, und uns gewissermaßen die Möglichkeiten immer offen läßt, letzten Endes zu beurteilen, ob das ausreichend oder nicht. Ich weiß nicht, ob das nicht etwas gewagt ist zu sagen.

Gibt es praktisch schon Alternativvorschläge?



Es gibt keine Alternativvorschläge. Ich glaube, wir müssen den Weg fortschreiten, der jetzt eingeleitet ist und praktisch schon zu einem Ende der Verhandlungen hinweist. Das ist die letzte Einsetzung des Sechserkomitees, und man hat damals klare Forderungen an Rom gestellt. Meines Wissens ist die Antwort bis heute noch nicht eingetroffen. Also gibt es bis dahin Alternativvorschläge.

Einige mehr persönliche Fragen, die sich auf die nächste Wahl beziehen. Sie erhielten bekanntlich bei den letzten Parlamentswahlen die meisten Vorzugsstimmen. Hoffen Sie bei dieser Wahl wiederum auf ein solches Ergebnis?

Ich möchte ganz gleich sagen, daß ich überzeugt bin, daß sich das nicht mehr wiederholt und daß ich diese Vorzugsstimmenwahl ohne Bescheidenheit als reine Zufälligkeit und in den Umständen der damaligen Zeit gelegen erblicke. Ich war kein aussichtsreicher Kandidat und ich habe mich nicht gefreut über dieses Ergebnis damals.

Anschließend an dieses gute Ergebnis der Wahl wurde daraufhin öfters bemängelt, daß die parlamentarische Aktivität nicht Ihrem Stimmenergebnis entsprochen habe. Glauben Sie, daß es da an einer mangelnden Information liegt?

Ich glaube, daß ich vor mir selbst bestehen kann. Für die Sachen setze ich

Das ist natürlich dem einzelnen Südtiroler Bürger nicht gerade möglich, hier immer ein klares Urteil zu fällen, aber ich glaube schon, daß das Urteilsvermögen der Südtiroler Bevölkerung eher zugenommen hat und daß die Manövrierfähigkeit doch etwas nachgelassen hat. Man kann das als Positivum werten, besonders auch bei der Jugend, die heute oft mit sehr viel Interesse an der Politik teilnimmt, daß sie allerdings größere Gefahr läuft, irreführt zu werden.

Würden Sie das vielleicht näher erklären?

Der jugendliche Schwung ist eine günstige Voraussetzung für Aktivität. Und kann mißbraucht werden durch Propaganda. Bei dieser Gelegenheit möchte ich besonders auf die Wichtigkeit der Geschlossenheit in der Parteiführung und in der Politik hinweisen. Nur wenn alle zusammenhalten, kann etwas erreicht werden. Ich kann Ihnen sagen, sollte ich nicht gewählt werden, dann würde ich niemals versuchen, irgendwie eine Abspaltung in der Partei zu bewirken, und zwar aus Überzeugung, nicht nur etwa aus Korrektheit.

Sie sind Kandidat für das Unterland. Bekanntlich war das Unterland nach dem Krieg am stärksten der italienischen Unterwanderung ausgesetzt. Wie sehen Sie diese Lage in der Zukunft?

## FRIEDL VOLGGER

SVP, Senat

Dr. Friedl VOLGGER, 1914 in Rinnau geboren, Dolomitenredakteur, erster Organisationsleiter der SVP, 1938 Abgeordneter in der römischen Kammer, seit 1960 im Bozener Landtag, Senatskandidat im Wahlkreis Brunico. Interview am 3. April 1963 im Sekretariat der SVP.

Herr Dr. Volgger, würden Sie die derzeitigen Vorschläge der italienischen Regierung, das sogenannte Paket, auch ohne internationale Verankerung annehmen oder nicht?

Ich frage mich immer, was man unter Verankerung versteht. Über eine Absicherung zur Durchführung des Paketes, ob politischer oder juristischer Natur, wird es noch manche Meinungsverschiedenheiten im Parlausschuß der SVP geben. Ohne eine Absicherung juristischer oder politischer Natur, glaube ich, kommt die Annahme des Paketes nicht in Frage.

Bieten die Vorschläge im Paket eine wirksame Gewähr gegen eine Überfremdung der deutsch- und ladinischsprachigen Bevölkerung?

Ich glaube, daß die italienischen Vorschläge die Position der ladinischen und deutschsprachigen Bevölkerung wesentlich verbessern. Es wird vor allem vom Einsatz des Volkes abhängen, ob sie eine Gewähr gegen eine Überfremdung bieten. Die besten Paragraphen helfen nichts, wenn das Volk, vor allem die Jugend, nicht gewillt ist, die Eigenart zu erhalten. Gewiß sind Gesetze und Paragraphen notwendig. Aber sie haben noch nie das Schicksal eines Volkes entschieden. Das entscheidet nur das Volk selbst, die Männer und die Frauen, die Jungen und die Alten.

Meinen Sie, daß ein „Paket“ unnütz wäre?

Absolut nicht. Paragraphen stellen aber nur die Voraussetzung dar für die Erhaltung des Südtiroler Volkstums.

Die Kompetenzen des Paketes zusammen mit dem Abwehrwillen des Volkes müßten dann genügen?

Ich glaube, es wäre ein großer Fortschritt zur Erhaltung des Volkes. Ein deutscher Politiker hat mir vor kurzem gesagt, die Tragik der Deutschen bestehe darin, daß sie immer und sofort etwas Perfektes wollten, ob im Guten oder im Bösen, und den Perfektionismus gibt es nicht in Geschichte und Politik.

Wenn die italienische Regierung weiterhin auf die Ablehnung einer Verankerung besteht, sehen Sie dann eine Möglichkeit, dieses Problem einer befriedigenden Lösung zuzuführen und welche?

Ich glaube, die italienische Regierung ist sich darüber völlig bewußt, daß nach sechsjährigen Verhandlungen zwischen Österreich und Italien im Auftrage der Vereinten Nationen auch ein internationaler Abschluß gefunden werden muß. Ich glaube, daß Österreich mit gutem Gewissen zu den Vereinten Nationen zurückkehren kann, falls Italien eine Absicherung der Verhandlungsergebnisse verweigern sollte. Dann bleiben als letzte Instanz die Vereinten Nationen?

Oder z. B. der Europarat.

Stimmt es, Herr Dr. Volgger, daß Sie als einer der größten Verfechter der Vollaautonomie für Südtirol gelten? Los-Trennung Südtirols von Trient und Errichtung einer eigenen echten Autonomie für unsere Provinz als Mindestforderung unserer Volksgruppe, so daß bei Nichtverwirklichung derselben das Selbstbestimmungsrecht gefordert würde?

Den Perfektionismus in Geschichte und Politik gibt es eben nicht. Und die Leute müßten überlegen, die reine Trennung der Region in beide Provinzen und die Übertragung der Befugnisse auf die Provinzen allein würde nicht genügen. Denn die Region ist auf verschiedenen Sachgebieten, die für uns lebensnotwendig sind, nicht zuständig; ich erwähne die Arbeitsvermittlung, das Meldewesen, die Gemeinde-



mich ein, die ich übernahm, Einzelanliegen von Gruppen, von Interessengemeinschaften und überhaupt von politischen Anliegen. Ich kann mir schwer vorstellen, wie man mehr oder weniger starke Aktivität feststellen kann. Ich glaube, daß ich ziemlich viel Aktivität entfaltet habe, daß man manchmal die Informationsmöglichkeiten nicht hat und auf der anderen Seite vielleicht auch nicht so fordert. Denn viele Dinge der parlamentarischen Tätigkeit sind ja Kleinarbeit, Tagesbedürfnisfragen der verschiedenen Wirtschaftszweige, die die Allgemeinheit dann weniger interessieren, oder nur Gruppen, die daran interessiert sind, z. B. Bauernbund. Und ich bin überzeugt, daß ich auch einige Erfolge auf diesem Gebiet aufweisen kann. Ich leugne, daß diese Stimmen zu Recht bestehen.

Glauben Sie dann, daß die Information durch die Lokalpresse genügend ist? Daß sie genügend berichtet über das, was von Politikern geschieht? Könnte man diesen Zustand unter Umständen ändern?

Vielleicht durch eine größere Informationsfähigkeit, wobei man sagen muß, daß die Presse immer bereit war, Sachen, die ihr geliefert wurden, in der Presse mitzuteilen.

Glauben Sie, daß die Wählerschaft manövrierbar ist, d. h., daß sie ohne eigenes Urteil praktisch sich von den Versprechungen der Parteigänge beeinflussen läßt?

Ich bin Kandidat vom Unterland, aber in dem Moment, wo es sich um das Parlament handelt, natürlich für ganz Südtirol. Das Unterland ist das Bollwerk gegen die italienische Unterwanderung, das am meisten in Mitleidenschaft gezogen wird. Und wenn ich Ihnen sage, daß mein Vater nach dem ersten Weltkrieg nicht Italienisch konnte hier in Neumarkt, wo wir heute schon halb und halb sind, dann können Sie sich vorstellen, welche Entwicklung dieses Land getroffen hat. Wir dürfen nicht die Ansicht der Reservatsbildung pflegen, sondern unsere fortschrittliche Einstellung kann nur auf dem Boden der Eigenständigkeit gedeihen, zur Erhaltung unserer Eigenart. Ich glaube, daß wir unseren vorgehenden Vertretern und unseren Eltern doch Dank schuldig sind. Und daß die Jugend heute oft vergißt, daß sie Dank der Leistungen der Vorfahren gewisse Einrichtungen und Vorteile genießt.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, dieser Gefahr entgegenzutreten?

Darin, daß wir politisch stark sind, daß wir die Instrumente in die Hand nehmen, die auf diesem Gebiet einfließen haben, daß wir zu unserem natürlichen Kulturraum — Deutschland, Österreich, Schweiz — engen Kontakt pflegen. Ich habe große Hoffnungen in die zukünftige Entwicklung Europas, daß die Grenzen illusorisch werden, wobei gewisse Schwierigkeiten freilich nicht zu übersehen sind.

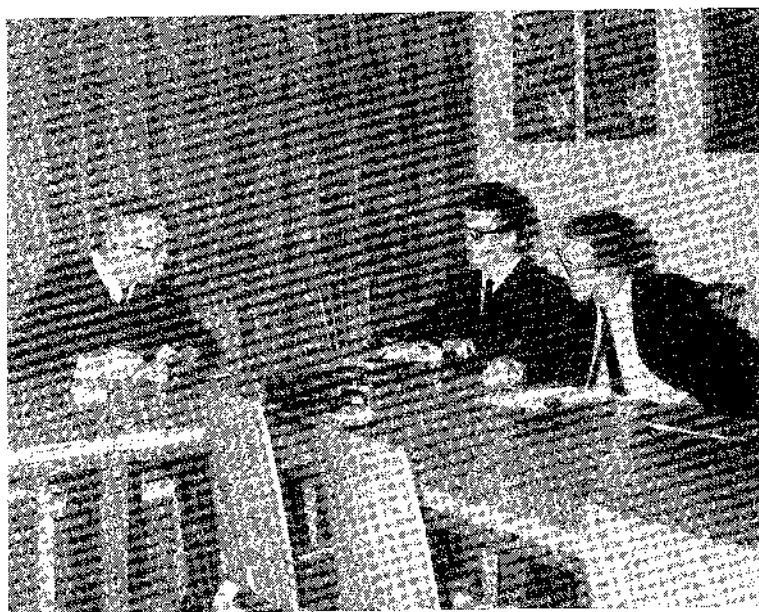
gekrezierte. Zu einer Autonomie muß der Staat auch von den Befugnissen, die er heute allein innehat, etwas hinzugeben und das hat er getan. Die Zugeständnisse befriedigen nicht ganz. Er hat immerhin bei Arbeitsvermittlung, im Meldewesen und bei den Gemeindegemeinschaften großes Mitspracherecht eingeräumt.

Immerhin bleiben die Zugeständnisse noch weit zurück hinter dem, was man sich in Sigmundskron unter einer Vollautonomie vorstellte.

Ich glaube, die Zugeständnisse im Paket würden doch einen wesentlichen Fortschritt im Sinne einer Selbstverwaltung darstellen.

Es hat allgemein überrascht, daß Sie als Kandidat für den Senat des Wahlkreises Brixen aufgestellt wurden. Wie man erfahren konnte, hat die Mehrheit der Wahlbezirke Brixen Sie nicht als Kandidat für diesen Wahlkreis vorgeschlagen. Hat man sich dadurch nicht, mit Rücksicht auf den relativ schwachen Erfolg bei den Landtagswahlen 1964, über die demokratische Willensbildung der Wählerschaft hinweggesetzt?

Der Bezirksausschuß der SVP Bozen hat mich mit größter Mehrheit als Senatskandidat des Wahlkreises Brixen vorgeschlagen. Der Bezirksausschuß Bozen konnte dies tun, weil ein Großteil des Bezirkes Bozen zum Senatswahlkreis Brixen gehört (30.000 Einwohner des SVP-Bezirktes Bozen gehören zum Senatswahlkreis Brixen). Ebenso hat mich der Bezirk Meran als Senatskandidaten vorgeschlagen, unabhän-



gig davon, ob für Bozen oder Brixen. (Ein bedeutender Teil des Bezirkes Meran gehört ebenfalls zum Wahlkreis Brixen). Schließlich hat der von Brixen vorgeschlagene Senatskandidat Abg. Dr. MITTERDORFER zu meinen Gunsten auf seine Kandidatur verzichtet.

das Paket nicht annehmen kann. Ich glaube, das ist auch die Meinung unserer Partei und vieler Südtiroler, die sich Gedanken darüber machen.

SH: Wir bitten Sie nochmals, möglichst kurz zu antworten. — Im Falle, daß man nicht weiterkommt und das Paket ablehnen muß, wie sehen Sie Alternativen, wie man weiterverhandeln kann, um das Südtirolproblem einer befriedigenden Lösung zuzuführen?

TAPPEINER: Falls das sogenannte Paket, wie es jetzt aussieht, nicht durchgeht, können wir Möglichkeiten darin sehen, daß die Bestrebungen aller Parteien dahin gehen — zumindest ist diese Initiative von seiten der Sozialisten durchgedrungen —, Italien in einen Bundesstaat aufzulösen, und daß die SFP Möglichkeiten sucht, aus dieser Dezentralisierung des Staates Vorteile zu ziehen.

SH: Ist das die Idee, die Ihre Gruppe vertritt, oder dürfte das auch die Idee Dr. BRUGGERs sein?

TAPPEINER: Ich wüßte nicht, daß Dr. BRUGGER Äußerungen dieser Art gemacht hat. Es könnte ja sein. Ich spreche hier von meiner Person aus und ich weiß nicht, ob man das als Meinung der Partei hinstellen kann.

SH: Glauben Sie, daß von Ihrer Warte aus eine Zusammenarbeit mit den Sozialisten zu neuen Aspekten führen würde?

TAPPEINER: Ich glaube auf jeden Fall, denn in Italien waren es gerade die Sozialisten, die den autonomistischen Gedanken vorwärtsgetrieben haben. Wenn wir uns erinnern, waren es gerade die Sozialisten, die in der letzten Legislaturperiode der DC das Ultimatum gestellt haben, in dieser Legislaturperiode die Regionen zu verwirklichen. Die DC hat freilich im Laufe ihrer Regierungsarbeit versucht, die Sachen zu verzögern, aber die Ansätze, glaube ich, sind mit dem Regionenwahlgesetz da.

SH: Glauben Sie, diese Ansätze finden sich auch bei den Sozialisten innerhalb der Region?

TAPPEINER: Man kann sagen, daß die Sozialisten in der Region nationalistischere Töne anschlagen als die Sozialisten in Rom. Teilweise wird es auch unsere Schuld sein, die Schuld der Südtiroler Volksgruppe, denn ein Radikalismus auf unserer Seite muß notwendigerweise einen Radikalismus auf italienischer Seite provozieren. Und dem kann sich auch eine sozialistische Partei nicht ganz entziehen. Es ist schwierig, festzustellen, wer die Schuld an dieser Radikalisierung trägt, viele Anzeichen deuten darauf hin, daß sie auf unserer Seite liegen.

SH: Nun eine ganz andere Frage: Könnten Sie uns ganz kurz Ihr Konzept mittei-

## Forums-Kurzinterview mit der SFP

Wenn wir im folgenden ein „Forums-Kurzinterview“ veröffentlichen, sind wir uns aller Mängel bewußt. Aus Raumgründen konnte auf Antworten nicht näher eingegangen werden, konnten Fragen nicht präzisiert werden, obwohl es manchmal als unbedingt notwendig erscheint. Es konnte somit zu keinem eingehenderen Gespräch mit den Kandidaten der SFP kommen, vielmehr ist es ein Versuch, die Kandidaten vorzustellen. Es war aus Raumgründen unmöglich, alle Südtiroler Kandidaten durch ein eigenes Interview vorzustellen.

Das Forumsinterview — am 9. April 1967 — wurde folgendermaßen abgewickelt: Der Vorsitzende der SFP, Dr. Egmont JENNY, bestimmte nach jeder Frage den Herrn, der darauf antworten sollte. Da sieben Parlamentskandidaten anwesend waren, konnte jeder einzelne nur eine oder wenige Fragen beantworten.

Das Interview ist als erster „SKOLAST“-Versuch dieser Art zu werten. (Die Redaktion)

Anwesende Kandidaten der SFP:

Kammer: Lids BIRBÄMER, 1920 in Meran geboren, Vertreter, wohnt in Bozen.

Norbert FLORENTH, 29 Jahre, Lehrer in Laas.

Walter PEER, in Kurlatsch 1926 geboren, Beamter.

Dr. Peter TAPPEINER, 1942 in Laas geboren, Jurist.

Leonhard THOMA, 1916 in Süls geboren, Beamter in Bozen.

Senat: Wahlkreis Bozen: Hans Toni HOFFER, 1916 in Bozen geboren, Kaufmann, wohnt in Bozen.

Wahlkreis: Wetzolombardo: Dr. Luis LUNGER, 1914 in Tiers geboren, Beamter, Gemeinderat in Bozen.

SH: Wir möchten Sie bitten, die Fragen möglichst kurz zu beantworten, da wir nicht gerne Kürzungen vornehmen wollen. — Würden Sie das Paket auch ohne internationale Verankerung im Falle Ihrer Wahl annehmen?

HOFFER: Dazu ist zu sagen, daß die SFP und ich persönlich der Ansicht bin, daß die Kompetenzen und Rechte, die im Paket enthalten sind, eigentlich aus dem Pariser Vertrag erwachsen, und demnach an sich schon international verankert sind. Sollten sich da irgendwelche Meinungsverschiedenheiten zwischen der italienischen Regierung und der Südtiroler Minderheit ergeben, ist es klar, daß man das Paket ohne internationale Verankerung nicht annehmen kann. Das ergibt sich aus der einfachen Tatsache, daß wir mit der italienischen Regierung in den letzten fünfzig Jahren so unliebsame Erfahrungen gemacht haben, daß man sich auf so was nicht mehr einlassen kann.

SH: Heißt das, daß nach Ihrer Meinung das Paket, so wie es jetzt ist, keine Gewähr bildet gegen eine Überfremdung durch die Italiener?

HOFFER: Ich wehre mich im Prinzip schon gegen den Ausdruck Paket. Denn es ist immer gefährlich, wenn es bei Verhandlungen gelingt, dem Partner seine Slogans, seine Ausdrücke anzuhängen, und das Wort Paket ist ein solcher Slogan von Außenminister FANFANI, genau so wie der Slogan, daß das Pariser Abkommen ein nationales Abkommen ist. Der Name Paket schließt schon ein, daß es sich um etwas handelt, von dem man nicht weiß, was drinnen ist, über das nicht diskutiert und nicht verhandelt werden soll usw. Dadurch, daß man das Wort Paket übernommen hat, ergeben sich jetzt verhandlungstechnisch sehr viele Schwierigkeiten. Man muß einmal vor allem wissen, was im Paket drinnen ist. Dann muß entsprechend verhandelt werden, und wenn die Rechte, die drinnen enthalten sind, nicht genügen, dann muß man eben weiterverhandeln, bis das Ziel erreicht ist, das wir brauchen.

THOMA: Nachdem der Ministerpräsident MORO das Paket eigentlich nur als eine Arbeitshypothese bezeichnet hat, so ist das an und für sich schon eine sehr fragwürdige Sache, nicht so sehr als Arbeitshypothese, sondern für die Südtiroler, sich zu dieser Arbeitshypothese zu verpflichten. Und schon die Tatsache, daß die italienische Regierung durch das Veto zum EWG-Beitritt den Außenminister TONCIC seinerzeit fast mit allen Mitteln gezwungen hat, das Paket durchzubringen, und schließlich, wie er das nicht zustandgebracht hat, haben sie ihn in die Wüste geschickt, das alles läßt doch vermuten, daß das Paket als solches, das wir ja in ganz Südtirol nicht kennen, etwas Bedenkliches enthält und man es nicht ohne weiteres annehmen kann. Wenn die Italiener sagen, sie können die internationale Garantie nicht hinnehmen, wenn sie sich dadurch in ihrer Ehre beeinträchtigt fühlen, so müssen sie das wenigstens konstitutionell versichern. Das wäre eine Form, über die man dann reden könnte. So wie das momentan ist, glaube ich, daß man



ten, das Sie sich von der wirtschaftlichen Entwicklung Südtirols machen?

FLORINETH: Wir sind uns klar, daß es mit der künstlichen Forcierung der Landwirtschaft, die bis jetzt betrieben worden ist, nicht mehr weitergehen kann. Es ist das eine ganz natürliche Sache, daß wir eine Strukturveränderung vornehmen müssen, wie sie in anderen Ländern schon gemacht worden ist, daß wir annähernd auf jene prozentuelle Verteilung kommen, die in der Schweiz, in Deutschland, in Österreich jetzt gang und gäbe ist, die nämlich den Bauernstand auf ein gewisses Minimum reduziert, und zwar auf ein Minimum, das eben wirtschaftlich tragbar ist. Das hat man bis jetzt verhindert; man hat strikte eine Industrialisierung des Landes verhindert. Ich könnte Ihnen da Dutzende von Beispielen sagen, ich sage Dutzende.

SH: Nennen Sie eines!

FLORINETH: Z. B. die Verhinderung der Industrie in Naturns. Da haben die Menners-Werke angesucht. Man hat Ihnen den Grund nicht gegeben. Selbstverständlich hat diese sehr gute Firma dann den Grund in Trient kostenlos zur Verfügung gestellt bekommen.

SH: War es die Gemeinde, die den Grund Ihnen verweigerte?

FLORINETH: Ja. — Weiters ist z. B. in Brixen eine Industrie für 2000 Arbeitsplätze verhindert worden. Dann in Toblach usw.

SH: Vertreten Sie mehr eine dezentralisierte Industrialisierung?

FLORINETH: Ja, da muß man sagen, dieses Wort sollten letzten Endes die Fachleute haben und die Wirtschaftsfachleute. Wir können einem Assessor, der vielleicht juristisch ganz gut gebildet ist, der die Verwaltungskompetenzen beherrscht, nicht zumuten, daß er in Wirtschaftssachen auch solch eine As ist. Und wir müssen darauf hinarbeiten, daß, wie in Österreich und in Deutschland, die Fachleute mehr zum Zuge kommen; daß Gremien gegründet werden, wo diese Fachleute sprechen können. Es ist bei uns in dieser Hinsicht noch sehr wenig getan worden. Das werden Sie wissen. Es ist ja so, daß sich in Innsbruck die Dissertationen über die Wirtschaft in Südtirol langsam häufen. Man sollte diese Sachen benutzen. Das ist aber in der Zuständigkeit der Regierung, die dementsprechende Richtlinien erläßt.

SH: Um zu einer grundsätzlichen Frage zu kommen. Was halten Sie vom Marxismus heute? Was hält die SFP vom Marxismus?

TAPPEINER: Als moderne sozialdemokratische Partei müssen wir berücksichtigen, unter welchen Verhältnissen der Marxismus zustande gekommen ist, daß die Voraussetzungen, wie sie damals bestanden haben, heute nicht mehr in dieser Schärfe bestehen. Was die antireligiöse Komponente des ursprünglichen Marxismus anbelangt, glaube ich, kann ich ganz ruhig sagen, daß wir uns damit nicht mehr identifizieren können.

SH: Inwiefern identifizieren Sie sich mit dem Marxismus, wenn Sie schon diesen Ausdruck gebrauchen?

TAPPEINER: Wir identifizieren uns insofern mit dem Marxismus, als Marx die schwächere Position, in der sich der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber gegenüber befindet, aufgedeckt hat, und daß wir immer auch die Interessen des kleinen Mannes, des schwächeren Teiles berücksichtigen müssen.

SH: Das wird die Idee des Klassenkampfes sein, wie sie Marx vertreten hat, wenn ich richtig verstanden habe?

TAPPEINER: Das ist eine Frage der Terminologie. Sie nennen es Klassenkampf, ich möchte es als Interessengegensatz bezeichnen.

SH: Darf ich vielleicht eine kleine Zwischenfrage stellen: Halten Sie am dialektischen Dreischritt fest?

SFP: Vielleicht können Sie die Frage präzisieren?

SH: Marxismus dürfte doch mehr als ein Sozialprogramm sein. Sie haben ihn dargelegt, als wäre er nur eine soziale Erneuerung.

TAPPEINER: Bitte, das muß nicht das Programm des Marxismus sein, sondern ich habe nur dargelegt, was heutzutage noch aktuell ist. Und im übrigen, glaube ich, kann ich mich dem britischen Premier anschließen, der gesagt hat: Man kann die politischen Tagesfragen nicht damit abtun, daß man immer wieder an das Grab des Karl Marx pilgert.

SH: Ein Merkmal des Marxismus ist die Verteidigung der Dialektik, und zwar nicht nur als Denkprinzip, sondern auch als Seinsprinzip, also als Prinzip der Entwicklung. Akzeptieren Sie das?

TAPPEINER: Ich als Jurist kann nicht antworten. Da müssen Sie schon einen Philosophen sprechen lassen.

FLORINETH: Ich glaube, der politische Determinismus, wie ihn Marx geprägt hat, ist nicht zu verwirklichen. Was wir wollen, ist natürlich, daß wir an die Wirkung und die Kraft des Verstandes glauben und daß wir alle Probleme, die immer wieder auftauchen, immer wieder neu untersuchen. Es war sicher eine Leistung, daß Marx wesentlich dazu beigetragen hat, das Problem der industriellen Revolution zu lösen. Insofern können wir ihm zustimmen. Wenn er aber sagt, daß durch Theses, Antitheses und Synthesis ein effektives Paradies auf Erden geschaffen wird, das hat sich ja durch die Tatsachen widerlegt. Wir wollen nur dauernd die Probleme in Angriff nehmen und nicht stehen bleiben. Das ist letzten Endes die Aufgabe jedes Sozialismus.

SH: Damit ist aber die Frage nach der Dialektik nicht beantwortet.

FLORINETH: Ich habe schon gesagt, daß wir an einen Determinismus, wie ihn Marx geprägt hat, nicht glauben. Das ist zumindest meine Meinung.

SH: Abschließend noch zwei Fragen: Wie grenzt sich das grundsätzliche Programm der SFP ab vom grundsätzlichen Programm der österreichischen SPÖ? Unterscheidet es sich überhaupt oder nicht und gibt es eine Zusammenarbeit?

BIRBAMER: Eine Zusammenarbeit wird es schon geben, aber wir werden uns nach unseren Verhältnissen richten müssen und uns danach richten, was der Bevölkerung am meisten zugute kommt.

SH: Inwiefern unterscheidet es sich?

BIRBAMER: Daß wir mit den Italienern zusammenleben und eine andere Lebensform angenommen haben. Wir haben auch andere soziale Grundsteine hier durch die italienischen Gesetze, als sie in Österreich existieren, wo der Sozialismus ja im Gesetz praktisch schon verankert ist. Wir haben, glaube ich, größere soziale Probleme als die Sozialisten in Österreich, wo man schon seit vielen Jahren an diesen Problemen arbeitet.

SH: Glauben Sie, daß in Österreich der Sozialismus als Opposition noch wirkliche Aufgaben zu erfüllen hat oder ob er nur die Aufgabe hat, die Alternative zu stellen?

BIRBAMER: Ich glaube, daß der Sozialismus in Österreich noch sehr viel Arbeit hat, denn die Erfolge in letzter Zeit beweisen ja, daß seine Wege die richtigen sind.

SH: Dann eine letzte Frage, und diesmal möchte ich doch auf den grundsätzlichen Unterschied Gewicht legen: Hier ist nur ein Unterschied aufgezeigt worden, der durch äußere Umstände gegeben ist. Besteht aber ein grundsätzlicher Unterschied zu dem Programm der Sozialdemokraten Deutschlands?

BIRBAMER: Ich glaube ja, da wir in Südtirol noch größere Aufgaben haben, weil wir als Minderheit bestehen müssen, und unsere Aufgabe ist es, daß die Bevölkerung auf ein Lebensniveau kommt, daß Sie überleben kann.

JENNY: Aber die Frage lautete anders: Sie wollten den Unterschied zwischen dem Godesberger Programm und dem Programm der SFP wissen?

HOPFER: Dazu ist folgendes zu sagen, und das gilt auch vom österreichischen Sozialismus: Jedes Land braucht den Sozialismus, den es verdient, und wenn es ihn nicht hat, dann wandelt sich das. Das Godesberger Programm war etwas überstürzt und es gibt weite Kreise in der SPD in Deutschland, die das bedauern, und so wird es zu einem absoluten Umbruch in



der SPD kommen, der sogar vielleicht zu einer Teilung führen kann. Denn die wirtschaftlichen Verhältnisse haben gezeigt, daß man mit dem Godesberger Programm wohl wahrscheinlich an einen ewigen Wohlstand gedacht hat, daß man aber viele Grundsätze über Bord geworfen hat, ohne die ein moderner demokratischer Sozialismus nicht auskommen kann. In Österreich gibt es auch, wie Sie vielleicht wissen, zwei Strömungen im Sozialismus, und wenn Sie uns fragen, welcher Strömung wir näherliegen, der wir uns anschließen, dann kann ich Ihnen sagen, das ist der moderne demokratische Sozialismus von

Dr. KREISKY, der sich nach unserem Empfinden und soweit es die Erfolge zeigten, richtig entwickelt.

SH: Wie würden Sie sich im Falle einer Wahl die Zusammenarbeit mit der SVP in Rom vorstellen?

PEER: Da müßten wir zuerst sehen, wie die SVP gewillt wäre, mit uns zusammenzuarbeiten. Denn wir haben schon unseren guten Willen gezeigt, daß wir zusammenarbeiten möchten zum Wohle Südtirols. Aber leider wurde dieser gute Wille von der Gegenseite abgeschlagen. Wir würden in Rom versuchen, das Bestmögliche für unser Volk herauszuholen und mit der SVP

mitzuarbeiten, wenn sie es will. Wenn sie nicht will, dann gehen wir unseren eigenen Weg, um auch ans Ziel zu kommen.

SH: Würden Sie dann eine Verbindung suchen mit den italienischen Sozialisten?

PEER: Sowieso. Mit jeder italienischen Partei, die uns gut gesinnt ist.

SH: Würden Sie sich der gemischten Gruppe oder der italienischen sozialistischen Partei anschließen (zumindest parlamentarisch)?

PEER: Es ist unser Recht, daß uns die gemischte Gruppe aufnimmt. Wenn es noch eine Koalition gäbe, müßten wir uns der stärkeren Gruppe anschließen.

## Die Völkerrechtliche Lage am Golf von Akaba

(Schluß von Seite 13)

die Anliegerstaaten befördern wollen, bis jetzt verkehrt haben und durch Garantien von USA und GB weiterhin verkehren werden. Aus diesem Grunde möchten die genannten Staaten an ihrem Standpunkt festhalten, daß der Golf von Akaba und seine Meerenge, die Straße von Tirana, eine internationale Straße sei. Darüberhinaus müsse der Golf für die Schifffahrt für alle Nationen offen bleiben. Obwohl die einzige, von Schiffen passierbare Stelle in territorialen Gewässern der VAR liegt, müsse die freie Durchfahrt durch die Meerenge von Tirana den Schiffen aller Nationen erhalten bleiben, solange das Problem vom Internationalen Gerichtshof noch nicht behandelt und ein Urteil anderslautenden Tenors noch nicht verkündet worden sei.

Andererseits machten die arabischen und die ihnen befreundeten Staaten geltend, der Golf sei nie eine internationale Straße gewesen, sondern eine historische, und damit ein internes arabisches Gewässer. Ihr Argument stützt sich auf folgende Überlegung: Geschichtlich gesehen war der Golf von Akaba zunächst ein arabischer Golf. Von 700 n. Chr. bis zur osmanischen Okkupation im Jahre 1517 war der Golf ein ausschließlich arabischer Golf. Auch während der osmanischen Kontrolle war er nur von arabischen Ländern umgeben. Vom Ende des 1. Weltkrieges bis zur Gründung des Staates Israel stand der Golf unter Kontrolle des britischen Palästina-Mandats bzw. der jetzigen arabischen Staaten. Außerdem hat er für die arabischen Küstenstaaten eine große strategische Bedeutung und schließlich ist auch eine Bedeutung für die Pilgerfahrt der Muslime nicht zu verkennen. Der Eingang des Golfes von Akaba liegt ausschließlich in den territorialen Gewässern der VAR und Saudi-Arabiens. Auch nach den klassischen Regeln des Völkerrechts, die die Territorialgewässer mit einem Minimum von 8 Meilen begrenzen, liegt die einzige von Schiffen passierbare Stelle in der Meerenge von Tirana innerhalb eines Abstandes von 3 Meilen von der ägyptischen Küste entfernt, also innerhalb der Territorialgewässer der VAR.

Der Golf von Akaba unterliege vollständig der gemeinsamen Souveränität der Anliegerstaaten, nämlich der VAR, Saudi-Arabiens und Jordaniens. Die Existenz Israels am Golf ist nach dieser Darstellung als illegal zu betrachten, denn selbst der Hafen Eilat ist durch widerrechtliche Gewaltanwendung nach der Feuertstellung 1949 eingenommen worden; das aber stellt eine Verletzung des Waffenstillstandsabkommens dar.

Gleichwohl bleibt damit noch ungeklärt, ob der Golf ein internes, innerarabisches Gewässer ist. Soviel ich weiß, liegt kein ausdrücklicher Vertrag vor, in dem die arabischen Staaten sich geeinigt hätten, daß der Golf ihnen gemeinsam gehörte. Selbst wenn ein solcher Vertrag zustande gekommen wäre, würde Israel nicht zustimmen, denn schließlich hat Israel als de-facto-Anliegerstaat ein lebenswichtiges Interesse an einer Mitbestimmung über die rechtliche Ausgestaltung des Golfes. Es liegt also bislang keine gemeinsame Erklärung der Anliegerstaaten über den Golf vor. Demnach ist der Golf kein internes arabisches Gewässer. Angesichts dieser Streitfrage sehe ich nur zwei Möglichkeiten, wie das Problem im Sinne einer Entscheidung für die Bezeichnung und Anerkennung des Golfes als internationale Wasserstraße gelöst werden könnte:

Einerseits könnte eine rechtliche Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes oder der Seerechtskonvention die Einordnung definitiv festlegen. Zum anderen bleibt die Möglichkeit einer gemeinsamen Vereinbarung der Anliegerstaaten, den Golf zu internationalisieren, ihn also zu einer internationalen Wasserstraße zu erklären. Soweit mir bekannt ist, sind diese beiden Möglichkeiten bislang nicht wahrgenommen oder erfüllt worden.

Von entscheidender Bedeutung für die Beurteilung der Lage am Golf wird es nun sein, ob der Waffenstillstand zwischen den Arabern und den Israelis einem Friedensvertrag gleichkommt, oder ob es nur eine vorübergehende Feuereinstellung war. Israel schloß mit jedem einzelnen kriegführenden arabischen Staat ein Waffenstillstandsabkommen. Während die arabischen Staaten dieses Abkommen jeweils von ihrer militärischen Vertretung unterzeichnen ließen, gehörten der israelischen Waffenstillstandskommission sowohl militärische als auch zivile Vertreter an. Auch der Weltfriedensrat hat die Frage untersucht, ob Israel und Ägypten Frieden geschlossen haben oder ob sich die beiden Staaten noch im Kriegszustand befinden. Vom UN-Sicherheitsrat wurde am 1. 9. 1951 eine Resolution verabschiedet, in der es hieß, die ägyptische Regierung solle ihre Blockade gegen

Israel aufheben, da es zwischen den beiden Staaten keinen Krieg mehr gebe. Er fügte hinzu, daß der Waffenstillstand das Ende der Feindseligkeiten bedeute (der damalige britische Chefdelegierte bei den Vereinten Nationen sagte hierzu: „Es ist dabei nicht von Bedeutung, ob die Blockade irgendeine rechtliche Grundlage hat, sondern, ob es vernünftig und zumutbar ist, sie fortzuführen.“ Das ist der Gedanke, welcher dem beim Rat eingebrachten Resolutionsentwurf zugrunde liegt.) In Wirklichkeit jedoch hat es keinerlei Anzeichen dafür gegeben, daß durch das Waffenstillstandsabkommen der Krieg zwischen Israel und den Arabischen Staaten ein Ende gefunden hat. Gewiß hat es eine ganze Reihe von Waffenstillstandsabkommen gegeben, auf Grund derer man wirklichen Frieden erzielt hat, und natürlich soll der Waffenstillstand dazu dienen, einen endgültigen Frieden zu erreichen. Es kommt jedoch darauf an, wie die vertragsunterzeichnenden Parteien sich verhalten und ob sie echten Frieden wünschen, d. h. ob sie zu einem politischen Kompromiß bereit sind. Auf diese Weise könnte man vielleicht durch den Verzicht beider Parteien auf frühere politische Positionen oder Rechtsstandpunkte zur Annahme eines endgültigen Friedens kommen.

Auf dieser Ebene argumentieren die beiden Hauptträger des Konfliktes, nämlich Ägypten und Israel. Die israelische Regierung behauptet, daß kein Kriegszustand mit den Arabern mehr bestehe, der Krieg wurde von ihr am 24. 2. 1949 für beendet erklärt. Ägypten dagegen ist der Meinung, daß der Krieg mit den Israelis immer noch andauert. Ich möchte darauf hinweisen, daß es außer den beiden Kampfhandlungen im Jahre 1956 und 1967 noch mehr als 35.000 Zwischenfälle in diesem Raum gab und es erscheint daher nicht angebracht, hier von Frieden zu sprechen. Ich meine, der Kriegszustand bleibt solange bestehen, bis eine gemeinsame, anderslautende Erklärung von beiden Parteien vorliegt. Ein generelles Abstellen auf den Zustand bloßer Waffenruhe in Hinsicht auf eine Gleichstellung mit dem Friedenszustand zwischen den Ländern der VAR und Israel halte ich für juristisch unexakt. Denn das Waffenstillstandsabkommen berechtigt Israel nicht, die Durchfahrt durch den Golf von Akaba zu erzwingen, da dieses Abkommen nicht den Kriegszustand beendet, sondern Stillstand zu bringen.

Es ist festzustellen, daß es keinen Vertrag über die freie Durchfahrt durch den Golf von Akaba gibt. Der frühere, in solchem Falle herrschende Schulstreit hat heute nur noch historische Bedeutung; Ob nämlich nur solche Maßnahmen zulässig seien, die der Feind vor Unterzeichnung des Vertrages nicht hätte verhindern können, oder ob alle Maßnahmen gestattet sind, die nicht ausdrücklich vertraglich verboten sind. Gerade im Seerecht wird das sehr deutlich: Einerseits wurden Seeblockaden unangefochten durchgeführt, wenn ein vertragliches Verbot fehlte; so etwa die Fortführung der englischen Blockade der deutschen Küsten im November 1918. (Dah eine, während eines Waffenstillstandes neu errichtete Blockade als rechtswidrig angesehen wird, sei nur am Rande erwähnt.) Andererseits mehrten sich die Beispiele solcher Regelungen in deutschen, koreanischen oder indochinesischen Waffenstillstandsabkommen. An eine solche Praxis anknüpfend steht das überwiegende Schrifttum in der Seeblockade der These der Zulässigkeit als nicht verbotene Maßnahme positiv zustimmend gegenüber. Das ist der rechtliche Hintergrund der Erklärung der Ägyptischen Regierung bei den Vereinten Nationen und der übrigen Welt. Auf jeden Fall hat die VAR auf Grund des Kriegszustandes der zwischen ihr und Israel bis jetzt besteht, völkerrechtlich die Berechtigung, in ihren Gewässern den maritimen Transport zu einem feindlichen Staat, der mit ihr in Kriegszustand steht, zu beschränken. Nach arabischer Ansicht ist hierbei Artikel 16, Absatz 4 des Internationalen Abkommens über territoriale Gewässer der Seerechtskonvention von 1958 nicht anwendbar, da er grundsätzlich nur im Falle friedlicher Beziehungen zwischen zwei Ländern anwendbar ist, nicht jedoch in dem bestehenden Kriegszustand zwischen den arabischen Ländern und Israel. Auf Grund der vorgenannten Tatsache ist die Haltung der VAR in Bezug auf die Wahrung ihrer Interessen und die Beschränkung der Schifffahrt durch ihre territorialen Gewässer gegen ein Land, das sich bis heute mit ihm in Kriegszustand befindet, vollkommen berechtigt. Ägypten übt nur sein Recht als Kriegsführender in Übereinstimmung mit dem Waffenstillstandsvertrag und dem Grundsatz des Völkerrechtes aus. Es liegt auf der Hand, daß diese Regelung im hohen Maße unbefriedigend ist. Eine Blockade kann im Extremfall die Wirtschaft der Gegners völlig abschüttern. Es ist bekannt, in welchem Maße die israelische Wirtschaft unter ihr leidet. — Das ist die Fortsetzung des Krieges mit wirtschaftlichen Mitteln, die den Gegner zwingen kann,

die Forderungen und Wünsche des blockadeführenden Staates zu erfüllen.

Die Ägypter haben diesen wirtschaftlichen Ruin Israels wiederholt versucht und werden es auch weiterhin versuchen, wenn ihnen die Möglichkeit dazu gegeben wird. Lord SIMONS sagte zum Hemels-Fall: Alle diese Maßnahmen finden ihre Rechtfertigung darin, daß während des Waffenstillstandes die Auffüllung der Vorräte des Gegners und das Anwachsen seines Kriegspotentials verhindert werden soll.

Daher wird dieses Problem auch in Zukunft eine der schwierigsten Fragen des Völkerrechtes darstellen. Die politische Lösung wird da-

bei dadurch erschwert, daß die Parteien bisher nicht bereit waren, die Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofes anzuerkennen.

Das Vorgehen der Parteien ist mit den Grundsätzen der Vereinten Nationen unvereinbar. Sie mißachteten deren Charta, insbesondere Artikel 2, Abs. 3, indem sie eine Lösung nicht auf friedlichem Wege herbeiführen wollten. Dies ist umso bedauerlicher, als alle beteiligten Staaten der UNO angehören. Die beste Möglichkeit der Konfliktbeilegung bleibt daher: entweder ein Friedensvertrag durch partielle Übereinkunft oder das gemeinsame Anrufen des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag.

## Promotionen

**MAIR Kari**, promoviert zum Doktor der gesamten Heilkunde an der Universität Innsbruck.

**ALBER Markus**, promoviert zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Innsbruck.

**NIEDERHOFER Alfred**, promoviert zum Doktor der Philosophie (Mathematik und Physik) an der Universität Innsbruck.

**GRIESSMAIR Hans**, promoviert zum Doktor der Philosophie an der Universität in Innsbruck.

**NIEDERSTÄTTER Anton**, promoviert zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität in Padua.

**MUMELTER Erwin**, promoviert zum Diplomingenieur (Maschinenbau) an der Technischen Hochschule Graz.

**POBITZER Ernst**, promoviert zum Doktor der Handelswissenschaften an der Universität Florenz.

**RASTNER Egon**, graduiert zum Diplomingenieur an der Technischen Hochschule in Wien.

(Dipl.-Arbeit: Entwicklung und Konstruktion eines Durchfluß-Magneten (Regel-Organ).

**BERTOOLDI Heinz**, promoviert zum Doktor der Wirtschafts- und Handelswissenschaften in Mailand.

Diss.: Die Programmierung der Einführung eines Markenartikels auf dem deutschen Markt unter besonderer Berücksichtigung der Spirituosenindustrie.

**OBRIST Ernfried**, promoviert zum Dr. Ingenieur an der Universität Padua.

**VESCOLI Michael**, promoviert zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Padua.

**TAPPEINER Peter**, promoviert zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Padua.

**MERANER Johann**, promoviert zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Padua.

**HEISS Heinrich**, promoviert zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Padua.

**SCHWARZER Siegfried**, promoviert zum Doktor der Handelswissenschaften an der Universität Venedig.

**MIRIBUNG Karl**, promoviert zum Diplomingenieur in Agrarwissenschaften an der Hochschule für Bodenkultur in Wien.

Fußnoten zum Artikel: Vom Sinn oder Unsinn Katholik zu sein.

Obiger Artikel war ein Brief an einen Freund. Die häufigen Zitate aus K. Rahners „Schriften zur Theologie“ sollen nur anzeigen, daß es im wesentlichen darum ging, den bei dessen Theologie empfundenen Trost weiterzugeben.

Sämtliche Hinweise beziehen sich auf: K. Rahner, Schriften zur Theologie, Bd. VI, 1965; Bd. VII, 1966.

1	S. 34, VI	15	S. 401, VII
2	S. 103, VII	16	S. 56, VI
3	S. 104, VII	17	S. 108, VII
4	S. 53, VI	18	S. 106, VII
5	S. 13, VI	19	S. 21, VII
6	S. 229, VII	20	S. 22, VII
7	id.	21	S. 104, VII
8	S. 245, VII	22	S. 231, VII
9	S. 24, VI	23	S. 104, VII
10	S. 43, VI	24	S. 120, VII
11	S. 44, VI	25	id.
12	S. 33, VI	26	S. 24, VII
13	id.	27	S. 401, VII
14	id.	28	S. 227, VIII.

### Conceptus

- die Zeitschrift der Münchner, Innsbrucker und Salzburger Philosophiestudenten
- Erscheint 5mal im Jahr
- wird herausgegeben von: Günter Posch (Österreich), Meinrad Perrez (Schweiz), Pepi Zelger (Südtirol) und Reinhard Kleinknecht (Deutschland)
- ist philosophische Fachzeitschrift und zugleich Studentenzeitschrift.
- Der Jahresbezug kostet für Südtirol 1000 L, für Österreich 33 öS. Die Einzelnummer im Buchhandel 5 öS.
- Anschrift der Redaktion: Conceptus, Höffinger Gasse 26 A - 6020 Innsbruck

## HELFT DEM SÜDTIROLER KINDERDORF!

Zentralkanzlei: 39012 Meran, Rennweg 52, Telefon 30-2-87, Sparkasse Meran, Kto. 660900

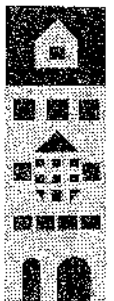
damit auch das arme, verlassene Kind ein nützliches Mitglied der menschlichen Gesellschaft werden kann.

Die Zukunft unseres Landes liegt in den Händen unserer Kinder. Die Zukunft unserer Kinder liegt in unserer Hand.

**fr. eccel**

INC. FR. ECCEL, BOZEN, LAUBEN 45 - SPEZIALHAUS FÜR INNENAUSSTATTUNG

TEPPICHE  
VORHANG-  
U. MÜBEL-  
STOFFE  
  
LÄUFER  
TEPPICH-  
BÖDEN  
  
M Ö B E L





Hannes — der Pulli von MÄSER —  
der täglich neue Freunde gewinnt.



Sanitätshaus

**Ladurner**

Meran

Freiheitsstraße 146/a  
Telefon (0473) 24 4 22

**Ärztemöbel**

Medizinische Apparate  
und Instrumente,  
Sanitätsartikel,  
Laboratoriumsgeräte,  
Übernahme bzw. Vermittlung von  
Einrichtungen aus zweiter Hand  
Okkasionen  
Zahlungserleichterungen



Ihr Brillen-  
Fachgeschäft

„Die Brücke“ müssen Sie lesen!

Es ist eine freie, unabhängige Monatszeitschrift für Kultur und  
Zeitgeschehen und — die Neuheit unseres Landes.

Herausgeber: Alexander Langer, Josef Schmid, Siegfried Stuffer.  
Anschrift der Redaktion: Die Brücke, Bozen, Postfach 166

Einzelnummer L. 200. — Jahresabonnement L. 1800.

Herausgeber und Verwaltung:

Südtiroler Hochschülerschaft,  
39100 Bozen, Waltherhaus, Tel. 24 6 14

Redaktion: Hans NOTDURFTER, Pepi ZELGER  
Verantwortlich für den Inhalt: Hans GAMPER

Druck: ATHESIA, 39100 Bozen, Weinbergweg 7, Tel. 41 4 44  
Klischees: Ernst PERTL, 39100 Bozen, Rosministraße 40  
Tel. 27 0 65

Anzeigen: Kurt LIBARDI, Meran, Romstraße 90, Tel. 30 1 09

Skolast, 4—6 Hefte im Jahr Einzelpreis Lire 300

Abonnement: Italien Lire 1200  
Österreich öS 60  
Deutschland DM 10

Italien: Postsparkasse Konto Nr. 14/1177, Bozen  
Österreich: Creditanstalt - Bankverein Innsbruck, Konto  
Nr. 89-64371

Deutschland: Bayrische Staatsbank, München, Konto Nr.  
94-098

Die Artikel geben die Meinung der Autoren wieder.  
Eintragung: Landesgericht Bozen R. St. I/56, Erlaß vom  
18. Juni 1956

**skolast**

Südtiroler Hochschülerzeitung